Morgenausgabe

Nr. 569 / A 289 — 44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag 2. Dezember 1927

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Sozialdemokratie gegen Bürgerblock!

Genosse Aufhäuser begründet die Wirtschaftsinterpellation. — Curtius gegen Schacht. — Die Sprache der Scharfmacher.

Sozialdemokratische Wirtschaftsinterpellation im Reichstag. Anklage gegen den Bürgerblock. Vier Tage sind vorgesehen. Ein großes geistiges Ringen im Parlament um die Grundprobleme der deutschen Wirtschaftsführung — das könnten diese vier Tage sein.

Sie werden es nicht sein — denn in diesem Reichstag ist keine Regierung mehr, die wahrhaft führend sein könnte, auf dem Gebiete der Politik wie der Wirtschaft. Die Zügel sind der Regierung des Bürgerblocks längst aus der Hand geglitten. Die Interessenten regieren, und die Regierung des Bürgerblocks erfüllt die Funktion, für sie die Mauer zu machen. Das ist das Ergebnis des ersten Tages dieser Auseinandersetzung.

Auf der einen Seite die Sozialdemokratie. Ein klar umrissenes volkswirtschaftliches Programm mit dem Ziele der Volkswohlfahrt. Eine wuchtige Anklagerede des Genossen Aufhäuser: Versagen der Regierung in der Frage der Senkung der Preise und in der Kartellpolitik. Versagen in der Zollpolitik: Erhöhung von Lebensmittelzöllen, keine Senkung von Industriezöllen. Schwäche gegenüber den Scharfmachern, die sich anschicken, die Dreischichtenverordnung für die Schwerindustrie zu sabotieren. Schwäche gegenüber den Versuchen, durch Erschütterung des deutschen Kredits im Ausland die Versorgungsbetriebe der Gemeinden den privaten Großkonzernen in die Hand zu spielen.

Die andere Seite: die Scharfmacher der Schwerindustrie, die Großagrarier, die Hugenberg und Silverberg, die Thyssen und Klöckner, die Schieles, dazu der Reichsbankpräsident Schacht, der Sachwalter privatkapitalistischer Anschläge gegen die deutschen Gemeinden. Das sind die realen Kräfte, ihr Ziel ist es, die Arbeiterschaft niederzuhalten, eine lückenlose Konzernherrschaft über das deutsche Volk aufzurichten.

Und die Regierung? Herr Curtius, der Reichswirtschaftsminister, sprach von vielem, nur nicht davon, was die Regierung wolle. Sie deckt Schachts Angriffe gegen die Gemeinden nicht — aber was wird sie gegen die von Schacht vertretenen Tendenzen tun? Herr Brauns, der Arbeitsminister, feierte die Erfolge der deutschen Sozialpolitik — aber er schwieg über die Frage, ob die Regierung die Durchführung des Dreischichtensystems in der Schwerindustrie erzwingen werde. In dieser Regierung bestimmen die Deutschnationalen, und deutschnationale Politik heißt Interessentenpolitik. Wo die Absicht besteht, Interessentenwünsche brutal gegen das Volk durchzusetzen, hört der Geist auf. Die Minister des Bürgerblocks dürfen Reden halten — aber sie können sich nicht geistig auseinandersetzen.

Nach den Ministern sprach der deutschnationale Abgeordnete Rademacher. Da sprach der Bürgerblock. Herr Rademacher, Bergwerksdirektor in Borna bei Leipzig, Vertreter jener Unternehmergruppe, gegen deren Hungerlöhne sich der mitteldeutsche Braunkohlenstreik wandte. Agrarzölle müssen hochgehalten werden, Handelsvertrag mit Polen darf keine Herabsetzung bringen, Dreischichtensystem wird nicht durchgeführt, Dawes-Plan ist nicht erfüllbar.

Bebend vor sittlicher Empörung forderte Herr Rademacher die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, ihre Wähler doch endlich dazu zu erziehen, daß sie den Wahlzettel nicht zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile mißbrauchen. In der Tat, ein unerhörter Materialismus dieser Invaliden und Altersrentner, dieser Erwerbslosen und Kriegsopfer, dieser fürstlich entlohnten Arbeiter, die durch Sozialdemokraten ständig Forderungen an den Reichstag zu stellen wagen. Sie sollen sich am Idealismus dieser Bergwerksdirektoren Rademacher und Leopold, der Hugenberg, Reichert und Schiele ein Beispiel nehmen.

Dieser Bergwerksdirektor aus Borna — das ist der Bürgerblock wie er leibt und lebt. Von volkswirtschaftlicher Zielsetzung, von Geist keine Spur — um so mehr scharfmacherischer Wille.

Mit einem Satze enthüllte Herr Rademacher die Ziele der Unternehmer, für die der Bürgerblock die Mauer macht; er beglückwünschte Herrn Schacht zu seinem Kampf gegen die Städte und deren Sozialisierungsbestrebungen von hinten herum. Da sind die Bundesgenossen beisammen. Herr Schacht, dem die Ehrenmitgliedschaft in der Deutschnationalen Partei angetragen wird, weil er nach Kräften den Kredit der deutschen Gemeinden im Ausland schädigt, die deutschnationalen Scharfmacher, die ihre lückenlose Herrschaft über das Volk errichten wollen und den Dawes-Plan zu neuer Ausbeutung der Arbeiterschaft ausnutzen wollen.

Und der Bürgerblock? Er ist die Regierung, in der diese Kräfte führend sind!

•

Die Sitzung wird um 15 Uhr vom Präsidenten **Löbe** eröffnet. Haus und Tribünen sind gut besucht, am Regierungstisch sitzen der Reichswirtschaftsminister Dr. **Curtius**, Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns**, Reichsfinanzminister Dr. **Köhler**.

Ein kommunistischer Antrag auf Aussetzung des Strafverfahrens gegen die Mitglieder der früheren Zentrale der KPD. wegen Vorbereitung zum Hochverrat bis zum Ende der Wahlperiode wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht die **sozialdemokratische Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung.**

Abg. Müller-Franken wendet sich dagegen, daß mit dieser großen Aussprache noch mehrere Interpellationen über die Notlage im Aachener Gebiet, im Rheinland und in der Pfalz sowie über die Verkehrspolitik im Osten verbunden werden. Das Haus schließt sich dem Vorschlag des Präsidenten an, diese Interpellationen erst am Sonnabend zu behandeln. Das Wort zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation erhält dann

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Konjunktur wird durch verschiedene Maßnahmen der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung ernstlich bedroht. Neue Erschütterungen der Wirtschaft und weitere Teuerung durch Senkung der Reallöhne, Erschwerung der Lebenshaltung aller Konsumneten und Steigerung der Not der Rentner sind unausbleiblich, wenn nicht unverzüglich alles geschieht, um ein weiteres Ansteigen der Preise zu verhindern und die Erhöhung der Einkommen der werktätigen Bevölkerung zu fördern.

Die Regierung hat die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation in der Zwischentagung des Reichstags verhindert, es bedurfte erst der Unterhaltung mit dem Reparationsagenten und des Auftretens des Reichsbankpräsidenten Schacht, um die Regierung zu veranlassen, uns Rede und Antwort zu stehen. Auch jetzt ist es noch nicht zu spät, um diese Beratung ernstlich zu führen, der Reichstag muß den Willen haben, der Regierung die Wege zu zeigen, die sie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu gehen hat. Das Reichswirtschaftsministerium hat behauptet, daß es sich bei der gegenwärtigen Konjunktur um eine Mengenkonjunktur und nicht um eine Preiskonjunktur handle. Tatsächlich ist der Aufschwung der Konjunktur mit einer wesentlichen Erhöhung der Preise verbunden.

Der Großhandelsindex der Fertigwaren ist von 154,1 auf 173, also um mehr als 10 Proz., gestiegen, zu derselben Zeit, wo auf dem Weltmarkt die Preise gesunken sind.

Das zeigt, daß unsere Wirtschaftspolitik falsche Wege geht. Das Wirtschafts- und Arbeitsministerium sind der Meinung, daß Lohnsteigerungen die Konjunktur gefährden würden. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß die Konjunktur nur dann erhalten und erhöht werden kann, wenn Produktion und Absatz in Uebereinstimmung gebracht und die Kapitalbeschaffung geregelt werden kann.

Die Erhöhung der Reallöhne sichert geradezu die Konjunktur.

Was wir bei den Lohnbewegungen der letzten Wochen erlebt haben, bedeutete nicht nur die Anpassung der Reallöhne an die Steigerung der Preise, sondern auch den Versuch, den Arbeitern den ihnen gebührenden Anteil an der Rationalisierung zu verschaffen. Das Ergebnis der Rationalisierung ist bisher restlos den Unternehmern zugute gekommen, sie konnten es in Konjunkturgewinne ummünzen. Wir weisen in Uebereinstimmung mit dem Institut für Konjunkturforschung auf die Gefahr hin, daß der Reallohn sinkt, während zu gleicher Zeit die Produktivität steigt.

Mit Entschiedenheit wenden wir uns gegen die Behauptung, daß jede Lohnsteigerung auch eine Preissteigerung zur Folge haben müsse.

Die Gegenwartsfrage des deutschen Volkes ist die, ob Preis- und Lohnsteigerung dieselbe Wirkung erzeugen. Jede Preiserhöhung bedeutet, daß die Ausbreitung des Konsums verhindert wird, jede Lohnerhöhung bedeutet, daß sich der Konsum vermehrt. **Preiserhöhung bedeutet Hemmung des Massenverbrauchs, Unterstützung der rückständigen Betriebe, Lohnerhöhung bedeutet den Zwang zur Produktionssteigerung und zur Entwicklung der Betriebe und der gesamten Produktion.** Deshalb bekämpfen wir die Parole des Wirtschaftsministeriums, das stabile Preise und stabile Löhne erhalten bleiben müßten.

Wir verlangen im Interesse der Arbeiterklasse, im Interesse der Erhaltung und Steigerung der Konjunktur den Kampf gegen die Steigerung der Preise und für die Erhöhung der Löhne.

Wenn freilich die Regierung gewillt wäre, konjunkturfördernd zu wirken, dann hätte sie schon längst in ihren eigenen Betrieben

Die Reichsbahn als Scharfmacher

Der sächsische Landtag über den Dresdener Konflikt. — Der Güterverkehr um Dresden stockt.

Dresden, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

In der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtags lagen nicht nur je ein sozialdemokratischer und ein kommunistischer Antrag vor, die ein vermittelndes Eingreifen der sächsischen Regierung in dem Konflikt zwischen den Dresdener Eisenbahnern und der Reichsbahndirektion forderten, sondern auch ein Antrag der Deutschen Volkspartei gleichen Inhalts, in dem gesagt wird, daß der Arbeitskonflikt in unberechtigten Arbeiterentlassungen seinen Grund habe.

Im Auftrage unserer Partei begründete Genosse **Kautzsch** den Fraktionsantrag, wobei er ausführte, er sei von der Organisation zu der Erklärung ermächtigt, daß sie durchaus am Tarif festhalte und nur Notmaßnahmen gegen die Tarifbrüche der Reichsbahn ergriffen habe.

Auch der Redner der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Voigt, wandte sich entschieden gegen die Reichsbahnverwaltung, die Methoden angewandt habe, wie sie sonst nur vor zwanzig Jahren üblich gewesen seien. Er warf der Direktion vor, daß sie Vorschläge der Gewerkschaften, die den Konflikt erträglich regeln wollten, in brüsker Weise zurückgewiesen habe.

Die Regierung gab eine Erklärung ab, in der gesagt wurde, daß der Landesschlichter sich bereit erklärt habe, einen Einigungsversuch zu unternehmen. Dieser Vorschlag sei aber zunächst von der Reichsbahn mit dem Hinweis abgelehnt worden, daß noch unmittelbare Verhandlungen zwischen den Parteien im Gange seien.

Die Regierung werde auch weiterhin von allen Möglichkeiten Gebrauch machen, die sich für eine gütliche Beilegung des Streits ergeben. Die drei vorliegenden Anträge wurden **gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.** Die Wirtschaftsparteiler enthielten sich der Stimme.

•

Im übrigen hat heute vormittag die Reichsbahndirektion Dresden eine Besprechung mit den Vertretern der Presse abgehalten. In dieser Besprechung wurden von den Pressevertretern an die Reichsbahndirektion verschiedene Fragen gerichtet, die aber entweder gar nicht oder unbefriedigend beantwortet wurden. Die Presse hat heute abend zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsbahndirektion in der heutigen Besprechung nicht in der Lage gewesen ist, die von den Mitgliedern vorgebrachten Tatsachenbehauptungen zu entkräften.

Gegenwärtig befinden sich nunmehr außer den 1300 Werkstättenarbeitern in Dresden

1400 Betriebsarbeiter im Streik,

und zwar kommen in Frage: Güterbodenarbeiter, Rangierarbeiter, Streckenarbeiter und sonstige Bahnhofsbetriebsarbeiter. Dadurch ist der gesamte Güterverkehr stillgelegt. Die Reichsbahn trägt sich schon mit dem Gedanken, die Annahme von weiteren Gütern zu sperren.

Gegenwärtig werden schon die für Dresden bestimmten Güterzüge in den vorhergehenden Stationen aufgelöst, weil der größte Rangierbahnhof Dresdens, der zugleich der größte Rangierbahnhof Sachsens ist, vollständig verstopft ist.

die Löhne erhöhen müssen. Bisher hat sie aber jede Erhöhung der Löhne in den Reichsbetrieben abgelehnt. Für ungelernte Arbeiter wird in den Reichsbetrieben noch ein Wochenlohn von 22 M. gezahlt. In Königsberg erhalten die gelernten Arbeiter bei einer 41stündigen Wochenarbeitszeit einen Lohn von 29 bis 32 M. Dieser Lohn ist sogar noch niedriger als vor dem Kriege. (Hört, hört! bei den Soz.) Statt mit gutem Beispiel vorzugehen, hat sich das Finanzministerium sogar von der Reichsbahn ins Schlepptau nehmen lassen.

Wir fragen das Finanzministerium: Ist es nun endlich gewillt, mit den zuständigen Organisationen Tarifverhandlungen einzuleiten, damit endlich angemessene Löhne in seinen Betrieben erreicht werden?

Wir fordern weiter Erhöhung der Leistungen der Angestellten- und Invalidenversicherung sowie der Sozialrenten. Die von uns eingebrachten Anträge dazu müssen unverzüglich zur Verhandlung kommen. Die Unternehmer haben immer behauptet, daß die Soziallasten, die sie zu tragen hätten, außerordentlich hoch seien. Wenn das der Fall wäre, dann würden sie sich nicht noch freiwillig neue Lasten auferlegen, wie beispielsweise die neuerrichtete Kriegskasse, für die pro Mann und Monat 5 Mark erhoben werden. (Hört, hört! links.) In einem Rundschreiben ist der Zweck dieser neuen Kriegskasse dargelegt worden. Es wird dort erklärt, daß sich die Industrie durch diese Ausgabe eine Lohnerhöhung von 2½ Proz. erspare. Mit dieser Kriegskasse soll aber nicht nur gegen die Arbeiterschaft gekämpft werden, sondern die Unternehmer haben offen ausgesprochen, daß das Reichsarbeitsministerium in der Frage des Inkrafttretens der Dreischichtenverordnung für die Schwereisenbetriebe gefügig gemacht werden soll. Die Regierung soll gezwungen werden, auf die Durchführung der Verordnung am 1. Januar 1928 zu verzichten. Darf die Regierung die Bildung einer solchen Kriegskasse zur Sabotierung der Gesetzgebung dulden? Ist das Reichsarbeitsministerium bereit, die Verordnung am 1. Januar in Kraft zu setzen oder will sie etwa den Absichten der Unternehmer nachgeben?

Die Fragen der Lohnerhöhung und der Regelung der Arbeitszeit müssen illusorisch bleiben, wenn nicht endlich in der Wirtschaftspolitik des Deutschen Reichs eine Aenderung herbeigeführt wird. Wir müssen feststellen, daß

die Regierung gegenüber dem Preisauftrieb völlig versagt

hat. Weder in der Zoll- noch in der Kartellpolitik ist auch nur das geringste geschehen, um der Teuerung entgegenzuwirken. Auf die Ankündigung der Zollsenkungsaktion durch das Reichswirtschaftsministerium ist bisher noch nichts erfolgt. Im Gegenteil, wir haben eine Erhöhung der Zölle auf wichtige Lebensmittel erlebt, wie auf Zucker, auf Mehl, auf Mais. Die versprochene Ermäßigung der Industriezölle wird von den Geheimräten des Ernährungs- und Wirtschaftsministeriums sabotiert (Hört, hört! links.) Das gleiche Versagen sehen wir auch in der Kartellpolitik. Die in der Oeffentlichkeit erhobenen Vorwürfe gegen eine Reihe von Kartellen wird erst nicht weiter untersucht. Nicht anders sieht es auf dem Gebiete der Handelsverträge aus. Die Verhandlungen mit Polen zeigen, welche starken Hemmungen auf deutscher Seite vorhanden sind. Von der heutigen Regierung können wir auf dem Gebiete der Handelsvertragsverhandlungen nicht allzuviel erwarten, aber alle diese ungünstigen Erscheinungen in der Wirtschaftspolitik gehen auf Kosten der deutschen Konsumenten, und die Frage der Haltung der Konjunktur hängt wesentlich ab von der Erhaltung des Lebensstandards der Konsumenten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Erhaltung der Konjunktur ist aber auch abhängig vom Zustrom ausländischen Kapitals.

Die Ausweitung der Produktion ist nur möglich, wenn ihr erhebliche Kapitalien zugeführt werden.

Der Zustrom ausländischen Kapitals gewinnt erhebliche Bedeutung, wenn wir die Zinssätze des Inlandes mit denen im Auslande vergleichen. Das ausländische Kapital ist zum Teil auch erforderlich, um diese Zinsspannung auszugleichen. Wer den ausländischen Kapitalstrom hemmen will, der hemmt zugleich diesen Ausgleich. Die Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird nicht dadurch festgestellt, daß man mechanisch die Zahl der ausländischen Anleihen zusammenrechnet. Im Auslande hat man auch diese Zusammenhänge erkannt. Im Auslande hat man auch nur danach gefragt, welche Entwicklung sich in der deutschen Produktion vollzieht. Erst im Anschluß an die neuen Schacht-Diskussionen sind Schwierigkeiten entstanden. Herr Schacht hat den Gemeinden den guten Rat gegeben, sich auf die eigene Kraft des deutschen Kapitalmarktes zu stützen. Dabei ist ihm doch bekannt, daß dieser Markt überlastet ist, daß die Möglichkeiten zur Beschaffung innerer Anleihen auf ein Minimalmaß beschränkt sind, nicht zuletzt durch solche Maßnahmen, die mit seiner eigenen Tätigkeit im Zusammenhang stehen. Herr Schacht hat aber diese allgemeinen Ausführungen über die Auslandsanleihen mit einer

ungeheuerlichen Hetze gegen die deutschen Gemeinden

verbunden. (Sehr richtig! links.) Wir Sozialdemokraten sind die letzten, die dem Reichsbankpräsidenten das Recht und die Pflicht bestreiten, zur Aufrechterhaltung der Währung und bei der Beobachtung der Wirtschaft Kritik an der öffentlichen und an der privaten Finanzgebarung zu üben. Wir Sozialdemokraten kritisieren selbst die Fehler, die in den Gemeinden gemacht werden, aber wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen die hemmungslose Verallgemeinerung, durch die der Reichsbankpräsident das Ansehen der deutschen Gemeinden vor der Welt herabgesetzt hat. (Sehr wahr! links.)

Dadurch hat nicht nur die Kreditfähigkeit der Gemeinden, sondern auch die der Gesamtwirtschaft eine schwere Bedrohung erfahren. Gerade wenn man eine Kontrolle über die Finanzpolitik der Gemeinden erzielen will, muß man sich vor solchen Uebertreibungen hüten. Die Reichsregierung hat sich dazu noch nicht geäußert, sie scheint auch damit einverstanden zu sein, daß der Reichsbankpräsident die Richtlinien abändert, die zwischen ihm und dem Reichsfinanzministerium vereinbart sind. Die Beratungsstelle hat überhaupt ihren Betrieb geschlossen.

Durch diese plötzliche Sperre gegenüber den Gemeinden sind ungeheure Werte für die deutsche Wirtschaft verloren gegangen.

Die Beratungsstelle hätte vor ihrer Schließung wenigstens das eine noch tun sollen, Herrn Schacht dahin zu beraten, er solle keine Rede mehr halten. (Sehr wahr! links.)

In Bochum hat Herr Schacht sogar die unerhörte Behauptung aufgestellt, daß das Anleihebedürfnis der Gemeinden lediglich auf das Luxusbedürfnis der Gemeinden zurückzuführen sei, obwohl er selbst erklärte, daß er nur einen unvollkommenen Ausschnitt aus den kommunalen Finanzen zur Verfügung habe. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Gegen industrielle Auslandsanleihen hat Herr Schacht nichts einzuwenden gehabt. Aber als neben den 5 Milliarden für die Industrie auch noch 500 Millionen für die Gemeinden aufgenommen werden sollten, da war mit einem Male die Währung erschüttert. (Lachen links.) Dabei zeigt sich bei einem Vergleich der deutschen Gemeinden mit denen des Auslandes, daß ihr Anleihebedürfnis wesentlich geringer ist. Durch den Anleihebedarf der Gemeinden soll nicht der laufende Bedarf gedeckt werden, sondern es handelt sich um einen Uebergangsbedarf für den Wiederaufbau, um die Wiedergutmachung des Schadens, der durch zwölfjährigen Raubbau, nicht durch Schuld der Gemeinden getrieben worden ist. (Sehr wahr! links.) Herr Schacht hat ja für solchen Uebergang auch selbst Kredite zur Verfügung gestellt, das war 1924, wo ein Teil der Reichsbankkredite zur Spekulation in französischen Franken verwendet wurde. Die Gesamtsummen der kommunalen Anleihen von 1¾ Milliarden verteilt sich auf eine Dauer von 22 bis 23 Jahren; im Durchschnitt ergibt sich für die Gemeinden eine Jahreslast von 54 bis 56 Millionen Mark. Will Herr Schacht seine Behauptung noch aufrechterhalten, daß daran die Währung kaputtgehen soll? Wagt jemand zu sagen, daß die Leistungsfähigkeit der gesamten deutschen Kommunalwesen hinter solchen minimalen Zahlen zurückbleiben muß? (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir hätten erwarten müssen, daß die Reichsregierung diesem Treiben ein Ende macht, daß sie die deutschen Gemeinden vor solchen ungerechten Angriffen schützt, daß sie dem Auslande Aufklärung darüber gibt, daß die Stellung der deutschen Gemeinden anders ist als die des Auslandes.

Die deutschen Gemeinden sind zu Trägern wichtiger volkswirtschaftlicher Aufgaben geworden,

sie unterhalten die großen Versorgungsbetriebe, die aufgebaut und verstärkt werden müssen. Die erhöhten Ansprüche der Bevölkerung an die Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität müssen befriedigt werden. Diese Versorgungsbetriebe haben in allen Ländern ein großes Anleihebedürfnis. Von den amerikanischen Anleihen ist allein ein Drittel an deutsche Versorgungsbetriebe gegeben worden. Herr Dr. Schacht hat aber weiter die Ausgaben für Stadien, Spielplätze, Grünflächen getadelt, er hat sie im Hansabund als „soziale Annehmlichkeiten" bezeichnet. Herr Schacht bewies damit nur, daß er

keine Ahnung von dem sozialen Elend der städtischen Bevölkerung

hat, daß er ihre Lebensbedürfnisse nicht kennt, daß er nicht weiß, daß alles geschehen muß, um das deutsche Volk arbeitsfähig und gesund zu erhalten. **Wenn Herr Schacht von Oekonomie redet, dann denkt er nur an die Maschinen, wir aber denken vor allem dabei an die Menschen.** Hat man denn bei den Krediten an die Landwirtschaft immer gefragt, ob sie zu produktiven Zwecken verwendet werden? Wir sind gewiß Freunde der Landwirtschaft, wenn aber die große Verschuldung der Landwirtschaft festgestellt werden muß, so darf man doch auch eine solche Frage stellen. Herr Schacht hat auf die Jahre 1925 und 1926 hingewiesen; gerade in diesen Jahren hatten die deutschen Gemeinden ganz besonders schwere Aufgaben zu lösen gehabt. Sie mußten 2 Millionen Arbeitslose versorgen. **Wenn sich heute die Regierung und Herr Schacht über die Konjunktur überhaupt unterhalten können, dann verdanken sie das den Gemeinden, die in diesen beiden Jahren durchgehalten haben.** (Sehr wahr! links.) Die Arbeitslosen sind nicht vor die Reichsbank gezogen, sondern vor die Rathäuser, von Herrn Schacht haben sie keine Hilfe bekommen. Wenn er nur eine Ahnung von dem sozialen Leben hätte, so würde er den Gemeinden den Dank dafür aussprechen müssen, daß sie wahre soziale Großtaten vollbracht haben. (Sehr wahr! links.)

Die beste Produktivität wird durch die beste Sozialpolitik erzielt, durch den Schutz und die Erhaltung von Leben und Gesundheit der Arbeiter.

Die Reichsregierung hat sich bei der Hetze gegen die Gemeinden nicht nur passiv verhalten, sie ließ sie durch ihre Organe sogar noch unterstützen. Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik", die vom Statistischen Reichsamt herausgegeben wird, hat Material veröffentlicht das in tendenziöser Weise den Feldzug Schachts gegen die Gemeinden im Interesse des Privatkapitals fördern sollte. Billigt die Reichsregierung es, daß sich das Statistische Reichsamt in den Dienst des Privatkapitals stellt? Die Folge dieser Hetze ist nicht nur eine Bedrohung der Kreditfähigkeit der Gemeinden, sondern auch eine Untergrabung des Vertrauens in die ganze kommunale Finanzwirtschaft. Wichtige Projekte können nicht mehr in Angriff genommen werden,

der Wohnungsbau wird gehemmt,

und das muß ungünstig zurückwirken auf die Konjunktur und auf die Haltung der Währung. Herr Schacht ist damit zum Schrittmacher geworden der Herren Hugenberg, Silverberg und der anderen Vertreter der Schwerindustrie, die durch Aushöhlung der wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden diese zur höchsten Not treiben wollen, damit sie als reife Frucht dem Privatkapital anheimfallen. Wie stellt sich die Reichsregierung zu dieser Frage Kreditschädigungsaktion des Herrn Schacht? Wie soll der Wohnungsbau für 1928 unter solchen Umständen finanziert werden? Soll etwa eine neue Attacke gegen die Mieter geritten werden? Unsere ganze Wirtschaftspolitik zeigt, wie stark seit dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung der Einfluß der Großagrarier und der Schwerindustriellen geworden ist. **Der Reichstag muß erst entscheiden, was wichtiger ist: deutschnationale Parteipolitik oder Wirtschaftspolitik im Interesse des deutschen Volkes.** Im Jahre 1925 beim Antritt der ersten Rechtsregierung wurde erklärt, daß die großen finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen nur gegen die Sozialdemokratie gelöst werden könnten. Die Entwicklung der nächsten Wochen wird zeigen, ob man diese Politik weiter treiben will. Jetzt besteht noch die Möglichkeit, die Konjunktur zu erhalten. Entweder man folgt unseren Vorschlägen oder man geht die Wege der deutschnationalen Interessenpolitik.

Die Entscheidung liegt in der Richtung: Entweder unter deutschnationaler Führung Zerschlagung der Konjunktur, neue Wirtschaftskrise und neue große Arbeitslosigkeit oder unter sozialdemokratischer Führung Förderung und Erhaltung der Konjunktur und damit Aufstieg des deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

(Weiterer Bericht siehe 2. Beilage.)

Poincarés neueste Erfindung.

Elsässer dütsch und Autonomistenbewegung als Friedenshindernis!

Paris, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Poincaré erklärt in seiner Antwort auf einen Brief des elsässischen Abg. Seltz zur Beschlagnahme der autonomistischen Zeitungen, daß die französische Regierung weit davon entfernt sei, die deutsche Sprache verbannen zu wollen. Sie wolle ihr den gebührenden Platz einräumen, den der traditionelle Dialekt in einem Grenzlande, das 40 Jahre von Frankreich getrennt war, erlangt habe; sie könne jedoch nicht zugeben, daß die deutsche Sprache in Frankreich zweite Landessprache wäre. Die Autonomistenzeitungen könnten in Deutschland den Gedanken aufkommen lassen, daß Elsaß-Lothringen in irgendeiner Form in das Deutsche Reich zurückkehren wolle, während man in Frankreich den Eindruck habe, daß die autonomistische Propaganda von außenher eine gewisse Ermutigung finde. Insofern sei diese Bewegung ein ernstes Hindernis auf dem Wege zur deutsch-französischen Annäherung und zur Sicherung des Friedens. Die Regierung müsse in Wahrung der nationalen Tradition alle Maßnahmen gegen Machenschaften, welche die Unteilbarkeit Frankreichs berühren, treffen.

Briand und Mussolini.

Paris, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Zu der Aeußerung Briands in der Kammer, daß er zu einer Aussprache mit Mussolini bereit wäre, wird behauptet, daß eine solche Zusammenkunft schon für die nächste Zeit in Vorbereitung sei. Wie wir zuverlässig erfahren, entspricht das nicht den Tatsachen. Briand hat seine Aeußerung in rein hypothetischer Form gesagt und wollte auch nur so verstanden sein.

Schwere Unruhen in Schanghai.

Mordanschläge und Straßenbahnstillstand.

Schanghai, 1. Dezember.

Die Lage wird immer bedrohlicher, da sich wiederauflebende Gewalttätigkeiten häufen. Kaum ein Tag vergeht ohne Mord oder Mordversuch an Polizisten und Fabrikwerkmeistern. Die Einschüchterungsversuche gegenüber den Verkehrsangestellten, die zum Streik veranlaßt werden sollen, erreichten gestern nachmittag ihren Höhepunkt. Auf einen Straßenbahnzug wurden Schüsse abgegeben, durch die eine Engländerin und drei Chinesen verwundet wurden. Zwei der Täter wurden von einem chinesischen Polizisten erschossen. Der Straßenbahnverkehr wurde eingestellt.

Wenn auch zu beachten ist, daß diese Alarmmeldung aus britischer Quelle kommt, so ist auch nicht vergessen, daß Kanton vor kurzem in die Gewalt der Kommunisten übergegangen war, ohne daß seither gemeldet worden wäre, daß diese Machthaber wieder vertrieben seien. So wird es sich wohl auch in Schanghai um ein Wiederaufleben der radikalsten Bewegung für die Unabhängigkeit und darum gegen ihre Feinde, die Briten, handeln.

Genfer Dokumentenlawine.

Was wird aus dem Sicherheitsausschuß herauskommen?

V. Sch. **Genf, 1. Dezember.** (Eigenbericht.)

Die Vorschläge von Benesch und Politis über die Arbeitsmethoden des neuen Sicherheitskomitees hatten zu deutlich die Tendenz offenbart, einigen Spezialisten der Sicherheitsfrage Gelegenheit zu geben, jahrelang gelehrte Arbeit ohne praktischen Nutzen zu leisten. Das ging nun sogar dem Vater des Sicherheitskomitees zu weit: Paul-Boncour erklärte im weiteren Verlauf der Debatte, er benötige, ehe er seine Zustimmung zu einem Arbeitsprogramm gebe, dessen schriftliche Fixierung. Sogar Lord Cushendun ergriff das Wort, um vor der Gefahr eindringlich zu warnen, daß man vor lauter Studien nicht zum praktischen Ergebnis gelange. Er gebrauchte das Wort von einer „Dokumentenlawine", die das Sicherheitskomitee entfesseln und unter der es erdrückt werden würde. Daraufhin wurde die Sitzung auf morgen vertagt, um auf Grund schriftlicher Vorschläge die Aufgaben des Komitees festzulegen.

Selbst die Vertreter der großen Militärmächte scheinen das Gefühl zu haben, daß es so nicht weitergehe und daß etwas Positives für die Abrüstung bald geschehen müsse. Würde man die von Benesch und Politis vorgeschlagenen Methoden angenommen haben, dann hätte man zwar eine jahrelange oder sogar lebenslängliche Pfründe für einige Rechtsgelehrte geschaffen, sonst aber nichts. Für die Mitglieder und besonders für die Berichterstatter des Sicherheitskomitees wäre das zwar eine vorzügliche „Sicherheit", aber die Völker würden in dieser Unfruchtbarkeit den Beweis eines Bankrotts des Völkerbundes erblicken. Schon jetzt ist der Druck der öffentlichen Meinung, namentlich in England, so stark, daß er Lord Cushendun veranlaßte, seine Warnung vor uferlosen Studien auszusprechen. Sicherlich hat auch die Anwesenheit der russischen Delegation in diesem Sinne gewirkt und darin liegt ja der Hauptwert ihrer Beteiligung.

Der Völkerbund als Registriermaschine.

Genf, 1. Dezember. (Schweizer Depeschenag.)

Mehrere dem Sicherheitskomitee angehörende Delegierte beabsichtigen, einen Zusatz der Völkerbundssatzung dahin zu beantragen, daß der Völkerbund künftig Verträge nicht automatisch registriere, die offenkundig gegen die Aufrechterhaltung des Friedens verstoßen.

Sturm im australischen Parlament.

Arbeiterparteiler ausgeschlossen.

Canberra, 1. Dezember.

Ministerpräsident Bruce schlug im Abgeordnetenhaus vor, die Debatte über die Tagesordnung zu vertagen, um die Lage der Industrie, besonders die Krise in der Schiffahrt, zu erörtern. Mitglieder der Arbeiterpartei unterbrachen ihn. Es entstanden Lärmszenen, die zwei Stunden dauerten. Ein Arbeiterparteiler wurde ausgeschlossen. In einem Antrag schlug Bruce vor, die Kammer und die Regierung sollten alle Schritte unterstützen, die die Zusammenarbeit aller australischen Staaten zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung und zur Sicherung der gemeinnützigen Unternehmungen fördern können. (Diesen Ton antisozialistischer Regierungen kennt man und versteht, daß er Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter ankündigt. Red. d. V.).

Zutrauen zum roten Wien.

Ueberzeichnung der Dollaranleihe.

Wien, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Aus New York wird gemeldet, daß die Ausgabe der Wiener Stadtanleihe von 30 Millionen Dollar am Mittwoch großen Erfolg gehabt hat. Die Zeichnungen übersteigen den aufgelegten Betrag beträchtlich.

Sicherungsverwahrung oder nicht?

Der Kampf gegen Berufsverbrecher. — Sozialdemokratie gegen Blankovollmachten.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstags beschäftigte sich gestern mit § 59 des Entwurfs, der vorsieht, daß das Gericht gegen jemand, der schon einmal zum Tode oder zu Zuchthaus verurteilt war und aufs neue als ein für die öffentliche Sicherheit gefährlicher Gewohnheitsverbrecher zu einer Strafe verurteilt wird, neben der Strafe auf Sicherungsverwahrung erkennen kann.

Die beiden Berichterstatter, **Wegmann** (Z.) und **Wunderlich** (D. Vp.) erklärten sich für den Regierungsentwurf mit der Begründung, daß die menschliche Gesellschaft vor den Gewohnheitsverbrechern geschützt werden müsse.

Genosse Dr. **Rosenfeld** begründete den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des § 59, indem er hervorhob, daß gewiß auch die Sozialdemokraten die menschliche Gesellschaft vor den Gewohnheitsverbrechern schützen wollten, daß sie aber der Meinung seien, die durch den Gesetzentwurf vorgesehenen Verschärfungen der gegen Gewohnheitsverbrecher möglichen Strafen reichten schon aus, die Gesellschaft zu schützen, solle doch das Gericht die Möglichkeit bekommen, auf Zuchthaus bis zu 15 Jahren zuerkennen, also auf lange Zeit die Verbrecher festzuhalten. Der Unterschied zwischen Sicherungsverwahrung und Zuchthausstrafe sei nicht sehr groß. Einen Etikettenschwindel, von dem man wegen des nur im Namen steckenden Unterschiedes gesprochen habe, dürfe man nicht unterstützen. Es sei auch merkwürdig, daß man in diesem Augenblick zu dem schweren Sicherungsmittel der Verwahrung greifen wolle, wo noch gar nicht zu übersehen sei, ob der neugeplante Strafvollzug wesentliche Besserungen bringen werde. Die Hoffnungslosigkeit, die über den Sicherungsverwahrungsanstalten liege, die der Verbrecher unter Umständen gar nicht mehr verlassen dürfe, erschwere eine günstige Beeinflussung der Verbrecher.

Nach Abg. **Rädel** (Komm.) trat für die Streichung des § 59 ein, während Abg. **Barth** (Dnat.) sich für die Sicherungsverwahrung aussprach.

Genosse **Landsberg** führte aus, daß der Gedanke der Sicherungsverwahrung an sich bestechend sei, da diese Maßnahme doch nur Verbrecher treffen solle, die immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt gerieten und daher eine Gefahr für die Gesellschaft darstellten. Wenn man aber dem Gericht die Möglichkeit gebe, schon beim Urteilsspruch neben der Strafe die Sicherungsverwahrung zu verhängen, so werde damit von vornherein zum Ausdruck gebracht, daß die Strafe, die bessern solle, vergeblich sein werde. Man wisse auch nicht genug darüber, wie die Sicherungsverwahrung in der Praxis aussehen würde. Der Gesetzgeber solle der Regierung eine Vollmacht geben, ohne genau zu wissen, welchen Gebrauch die Regierung von dieser Vollmacht machen werde. Man könne sich vorstellen, daß Anstalten geschaffen würden, die eine günstige Wirkung ausübten. Wer aber könne wissen, ob die einzelnen Länder die Anstalten vernünftig einrichten würden? Wünschenswert sei, daß das nicht den einzelnen Ländern überlassen bleibe, sondern daß das Reich Verwahrungsanstalten einrichtet. Auch über die Entlassung aus der Sicherungsanstalt wisse man zu wenig. Es müsse ein auserlesenes Kollegium sein, das darüber zu entscheiden habe. In ihm müßten psychologisch und pädagogisch gebildete Männer, von höchstem menschlichen Wohlwollen erfüllt, die Entscheidung treffen. Solange dies alles ungewiß sei, müsse die Sozialdemokratische Partei den § 59 ablehnen.

Ministerialdirektor **Dunke** erkannte an, daß man bei der Entscheidung über § 59 vor einem der ernstesten Entschlüsse stehe. Die Strafanstalten, die der Erziehung, Besserung und Ertüchtigung der Gefangenen dienten, müssen von den Elementen befreit werden, die doch nicht mehr geändert werden könnten. Die Berufsverbrecher seien geradezu die Lehrmeister für Verbrecher. Die Bürger müßten vor ihnen geschützt werden. Es sei eine Art Kulturschande, daß man in Deutschland nicht längst, wie in anderen Ländern, die Sicherungsverwahrung eingeführt habe. Reichsanstalten seien leider vorläufig noch nicht möglich. Man müsse der Entwicklung vertrauen, die schon dahin führen würde, daß Sicherungsanstalten geschaffen würden, die auch den sozialdemokratischen Bedenken standhalten würden.

Der Leiter des Berliner Kriminalpolizeiamts, **Hagemann**, wies auf die an sich nicht sehr große Zahl der Berufsverbrecher hin, welche die Polizei genau kenne und die doch nach manchmal recht kurzen Strafen entlassen würden und die Möglichkeit bekämen, neue Verbrechen zu begehen. Nur die typischen Berufsverbrecher sollten der Sicherungsverwahrung überliefert werden, das würde ein großer Gewinn für die Gesellschaft sein. Abg. **Kahl** betonte, daß alle bedeutenden Kriminalisten in der Forderung der Sicherungsverwahrung seit langer Zeit einig seien. Es sei ein Bedürfnis der Gesellschaft, die Menschheit vor den Berufsverbrechern zu schützen.

Der Ausschuß vertagte alsdann die Weiterberatung auf heute.

Zu Steubens Gedächtnis.

Eine Rede des Reichsaußenministers.

Gestern nachmittag 17 Uhr veranstaltete die Vereinigung Karl Schurz unter dem Titel: „Ein deutscher Pionier in den Vereinigten Staaten von Amerika" in den Räumen des Reichswirtschaftsrats eine Gedenkfeier zu Ehren des Deutschamerikaners von Steuben.

Die Veranstaltung begann mit einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Vereinigung, Reichstagsabgeordneten Erkelenz, der neben dem Reichsminister Stresemann und dem amerikanischen Botschaftsrat Pool den jüngsternannten deutschen Botschafter in Washington, von Prittwitz, begrüßte. Dann nahm Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort.

In einem Rückblick auf die Zeit, in der Steuben wirkte, stellte der Minister „den jämmerlichen Seelen der deutschen Fürsten, die ihre Landeskinder für Geld verkauften", den König Friedrich II. von Preußen gegenüber, der den Durchmarsch solcher Söldlinge durch sein Gebiet verboten habe. Preußen war der erste Staat, der die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten anerkannte, und wenn man die Verhältnisse von damals auf heute übertrage, so könne man hoffen, daß die Nachkriegspsychose bald endgültig vorbei sei und das Verstehen der Völker untereinander in immer wachsendem Maße wiederkomme. (Stürmischer Beifall.)

Dann behandelte Stresemann den Anteil des deutschen Volkes am Aufbau Nordamerikas und sagte, daß niemand ihn schöner gewürdigt habe als der Botschafter Shurman in seiner gestrigen Rede im Madison Square Garden in New York. Nach 1848 hätten die besten Deutschen den neuen Erdteil aufsuchen müssen, die dem deutschen Volke in der Paulskirche den Gedanken der Einigkeit eingehämmert hätten. Wie die Gegner des amerikanischen Befreiungskrieges, England und Amerika, nach Beendigung des Kampfes anderthalb Jahrhunderte in Frieden gelebt hätten — (hier irrt sich Stresemann: Der letzte, zweite englisch-amerikanische Krieg, der 1812 begann, wurde am 24. Dezember 1814 durch den Frieden von Gent beendet.) — so möge auch zwischen den Feinden des Weltkrieges und namentlich zwischen den beiden großen Republiken diesseits und jenseits des Ozeans Frieden und Freundschaft einkehren!

In glänzendem Deutsch sprach danach Professor Schreiber, Yale, USA. Er würdigte Steuben als deutschen Pflichtmenschen und Pionier in Amerika. Botschaftsrat Pool von der amerikanischen Vertretung in Berlin fand kurze Worte über die Freundschaft der beiden Völker.

Reichstagsabgeordneter Erkelenz schloß die Kundgebung mit den Worten Shurmans:

„Trennende Kräfte sind nirgends sichtbar. Der Krieg, der uns eine Zeitlang trennte, gehört der Vergangenheit an, und die als Folge des Krieges entstandenen Gesinnungen sind schon ein Anachronismus. 140 Jahre lang — von der Ankunft Steubens in Amerika bis zum Jahre 1917 — haben die Regierungen Deutschlands und der Vereinigten Staaten — die eine monarchisch, die andere republikanisch — den Frieden aufrechterhalten. Warum sollten nicht die beiden Völker, unter der Aegide ihrer demokratischen Republiken, miteinander in Friede und Freundschaft leben, bis zum Morgengrauen der halbtausendjährigen Steuben-Feier, ja, des tausendjährigen Reiches selber. Möge die Hoffnung, der Wunsch und der Wille beider Völker solch eine brüderliche Vereinigung und solch einen glorreichen Frieden erzielen und erhalten."

Musikalische und rezitatorische Darbietungen von Schöpfungen der großen Deutschamerikaner Carl Schurz und Konrad Krez rahmten die Feier ein.

Etatsberatung im Galopp.

Der Reichsrat soll es in einer Woche schaffen.

Der Reichsetat für das Jahr 1928 ist vor einigen Tagen dem Reichsrat zugegangen. Er hat beschlossen, den Beginn der Beratungen auf den 9. Dezember festzusetzen und sie am 15. Dezember zu beenden. Dadurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß der Reichstag sich noch vor den Weihnachtsferien mit dem Etat in erster Lesung beschäftigt. Ob diese Dispositionen innegehalten werden können, dürfte noch zweifelhaft sein.

Das Gesetz über die Liquidationsschäden soll im Reichsrat am 6., 7. und 8. Dezember zur Beratung gelangen. Die Beratung des Arbeitsschutzgesetzes wird bis nach Weihnachten vertagt.

Neue bayerische Blamage.

Keine Reichsratssitzung ohne Judenriecherei.

Gegen die Einbürgerung des Diplomingenieurs Heinrich Schapiro in den preußischen Staatsverband hatten Bayern und Württemberg Bedenken erhoben. Die Vollversammlung des Reichsrats schloß sich dem Ausschußbeschluß an, diese Bedenken für unbegründet zu erklären.

Wird sich der bayerische Gesandte von Preger in jeder Reichsratssitzung erheben, um namens der bayerischen Staatsregierung in offiziellen Antisemitismus zu machen?

Volkspartei gegen Zwergschulen.

Eine wichtige Aenderung des Schulgesetzes.

Nach Ablehnung vieler sozialdemokratischer Verbesserungsanträge zum Schulgesetz konnte gestern im Bildungsausschuß des Reichstags doch ein Erfolg erzielt werden. Die neue Fassung des § 9 schließt zwar das Entstehen von Zwergschulen nicht aus, erschwert sie jedoch. Der Paragraph erhält folgenden Zusatz:

„Ein geordneter Schulbetrieb wird beeinträchtigt, wenn in der Gemeinde die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehende Entwicklungshöhe der Schulen nach Aufbau und Zahl der Klassen, Unterrichtsabteilungen und Unterrichtseinrichtungen nicht verbleibt oder wesentlich herabgemindert wird."

Damit ist dem Entstehen von Zwergschulen ein wesentliches Hindernis entgegengestellt. Alle Verschlechterungsanträge der Deutschnationalen und des Zentrums werden durch Volkspartei, Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten abgewehrt, bis auf einen, der Sachsen schlechter stellt. Möglich wurde der geringe Fortschritt dadurch, daß die Volkspartei gegen die übrigen Regierungsparteien stimmte.

Der Fall Hölz.

Der Reichsbegnadigungs-Ausschuß trat gestern unter Vorsitz des Abg. Dr. Moses (Soz.) zusammen, um 1. den Bericht des Reichsjustizministeriums über den Umfang der Begnadigung im allgemeinen entgegenzunehmen und 2. Informationen zu erhalten über den gegenwärtigen Stand der Affäre Hölz.

Das Vorverfahren gegen den Bergarbeiter Friehe, der sich bekanntlich schon vor längerer Zeit selbst bezichtigt hat, den Gutsbesitzer Heß erschossen zu haben, ist immer noch nicht zum Abschluß gelangt, so daß der Oberreichsanwalt auch nicht in der Lage war, zu einem Wiederaufnahmeverfahren der Sache Hölz Stellung zu nehmen.

Hölz selbst hat in einem Schreiben an das Reichsjustizministerium mitgeteilt, daß er der Roten Hilfe und seinem Verteidiger Dr. Apfel-Berlin seine Vollmacht entzogen habe.

Genfer Abrüstungskonferenz.

Litwinow: „Wie herrlich ist diese Taube auf dem Dache!"
Alle (laut): „Begeisternd!" (Leise): „Nur den Sperling in der Hand nicht fliegen lassen!"

Die Schandwirtschaft in Südtirol.

Das Deutschtum soll ausgerottet werden.

Innsbruck, 1. Dezember.

Der „Pusterthaler Bote", der in Bruneck als Wochenblatt erscheint, erhielt von der italienischen Polizeibehörde die Mitteilung, daß er nicht mehr in deutscher Sprache gedruckt werden dürfe, sondern ab 1. Dezember d. J. ausschließlich in italienischer Sprache zu erscheinen hat.

In den Gasthäusern müssen mindestens ebenso viele italienische Zeitungen aufliegen als deutsche. Inhaber öffentlicher Betriebe oder öffentlicher, dem Publikum zugänglicher Lokale, die eine Bibliothek zur Verfügung ihrer Besucher halten, müssen ab 1. Januar 1928 in sechs Monaten dafür sorgen, daß die Bibliothek ebenso viele italienische wie andere Werke enthalte.

40 Deutsche, die in Taufers im Vintschgau wegen angeblicher Besudelung eines Mussolinibildes verhaftet waren, sind freigelassen worden, da sich herausstellte, daß die Tat von italienischen Finanzsoldaten verübt worden ist. Die Tafel am Geburtshause Andreas Hofers im Passeyrtal soll von den Behörden entfernt werden!

*

Die Nachricht von einem Anschlag auf Mussolini wird dementiert.

Der Innenkommissar abgesetzt.

Weil er Stalin — Bourgeoisdienst vorwirft.

Moskau, 1. Dezember.

Aus Angaben Jaroslawskis erfährt man, welche Gründe die Sowjetregierung bewogen haben, den Volkskommissar des Innern, Bjeloborodow, von seinem Posten zu entfernen und durch Jegorow zu ersetzen. Bjeloborodow hat sich in letzter Zeit durch ganz besonderen Eifer im Dienst der Opposition hervorgetan. Er hatte die Bearbeitung der Bevölkerung des Uralgebiets im Sinn des Oppositionsprogramms übernommen und sich in Begleitung mehrerer anderer Oppositionspolitiker dorthin begeben. Nach einer Parteiversammlung hat er das Lokal in großer Erregung verlassen und offenbar noch in dieser verbitterten Stimmung sich an die das Versammlungslokal bewachenden Rotarmisten mit einer Ansprache gewandt, in welcher er u. a. sagte: sie, die Soldaten, wüßten gar nicht, in wessen Dienst sie hier auf Posten ständen, sie dienten einer „fremden Klasse". Daraus entwickelte sich eine Unterredung, in der Bjeloborodow zu verstehen gab, daß er die Parteimehrheit bereits als eine solche „fremde Klasse" ansehe. Dieser Vorfall veranlaßte die örtliche GPU., eine Anzeige zu erstatten, worauf die Zentralkontrollkommission der KP. eine Untersuchung anordnete. Diese ergab dann, daß Bjeloborodow auf offener Straße in einer Versammlung von Parteilosen als Redner aufgetreten war und dabei u. a. erklärt hatte: Stalins Gruppe führe eine Politik im Interesse der Bourgeoisie. Jaroslawski sieht besonders in Bjeloborodows Versuch, die Soldaten zu beeinflussen, „ein Moment des Hochverrats". Früher hat Bjeloborodow in der Kommunistischen Partei eine bedeutende Rolle gespielt, die seit dem Untergang der Zarenfamilie datierte, woran er in hervorragendem Maß beteiligt war.

London, 1. Dezember. (EP.)

Der 15. Jahreskongreß der Kommunistischen Partei in Moskau billigte den Ausschluß Trotzkis, Sinowjews und Kamenews aus der Partei. An dem Kongreß nahmen 1500 Delegierte teil.

Ueberraschung im Reichsrat.

Oder Keudells schlechtes Gewissen.

Am Schlusse der gestrigen Reichsratssitzung erhob sich der Vertreter der preußischen Staatsregierung, Staatssekretär Weismann, und bat ums Wort zur Abgabe einer Erklärung.

Reichsinnenminister von Keudell, der den Vorsitz führte, wurde um eine Nuance blasser und schlug nach kurzem Zögern vor, diese Erklärung in vertraulicher Sitzung entgegenzunehmen.

Es erhob sich kein Widerspruch, und so wurde der Ausschluß der Oeffentlichkeit beschlossen.

Nun erklärte Staatssekretär Weismann namens der preußischen Staatsregierung — es sei nicht leicht, mit der Etatsberatung bis zum 16. Dezember fertig zu werden!

Der Reichsbahnkonflikt in Dresden

Die Direktion zur Beilegung unfähig.

Dresden, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Die gesamte Dresdener Presse steht auf der Seite der Streikenden. Es war bisher nur eine einzige Tageszeitung, die deutschnationalen „Dresdener Nachrichten", die auf Seite der Reichsbahndirektion standen. Am Donnerstagabend schrieb aber selbst dieses deutschnationale Blatt folgendes:

„Die Allgemeinheit wird, das müssen wir leider gestehen, das Gefühl des Erstaunens nicht los, daß es der Reichsbahndirektion nicht gelungen ist, wegen zwei Mann mit der ganzen Belegschaft des großen Ausbesserungswerkes Dresden-Friedrichstadt zur Einigung zu kommen. Gewiß, formal ist die Reichsbahndirektion im vollen Recht; denn es liegt ein glatter Tarifbruch vor, wenn während der Dienststunden die 1300 Mann der Belegschaft sich in einer zusammengelaufenen Versammlung zusammenfinden. Eigentlich hätten hierauf sämtliche Arbeiter entlassen werden müssen, doch hat die Reichsbahndirektion nur die drei Hauptredner herausgegriffen und dann noch die Kündigung gegen einen schon lange bewährten Arbeiter zurückgenommen.

Die beiden Entlassenen hätten übrigens auch das Arbeitsgericht anrufen können, das gerade für solche Fälle geschaffen worden ist. Rechtlich steht die Reichsbahndirektion also völlig einwandfrei da. Psychologisch hat sie dagegen nicht ganz richtig gehandelt, denn schließlich läßt eine ganze Belegschaft von 1300 Mann nicht grundlos von der Arbeit weg.

Die Erregung innerhalb der Belegschaft muß doch recht groß sein, und da hätte sich die Reichsbahndirektion aus den Kreisen der Arbeitnehmer, ehe sie zu ihrer Maßregelung schritt, einmal beraten lassen müssen."

Mit dieser Beurteilung in einem deutschnationalen Blatt vergleiche man die Verhandlungen im Sächsischen Landtag, worüber wir im Hauptblatt berichten. Wenn die Reichsbahndirektion Dresden jetzt immer noch nicht einsieht, daß ihr Vorgehen falsch und ihre Weigerung zur Beilegung des Konflikts noch verkehrter war und ungeheuren Schaden anrichten muß, dann ist ihr nicht zu helfen.

Vielleicht sieht sich die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft bemüßigt, in ihrer Dresdener Direktion einmal nach dem Rechten zu sehen, bevor die Bewegung noch größeren Umfang annimmt. Das ist bei der erregten Stimmung der Eisenbahner allerorts, zumal aber im Dresdener Bezirk, stark zu befürchten.

Dabei war mit der Wiedereinstellung der zwei Mann der Dresdener Konflikt im Handumdrehen beigelegt.

Dresden, 1. Dezember. (WTB.)

Nach dem gestrigen ergebnislosen Abbruch der Verhandlungen zwischen der Reichsbahndirektion und dem Einheitsverband der Eisenbahnarbeiter Deutschlands sind nach Angaben der Bezirksleitung gestern und heute früh etwa 1000 Betriebsarbeiter der verschiedenen Dienststellen in den Streik getreten. Besonders betroffen hiervon sind die Güterböden und Güterumladungsstellen, weniger die Verkehrsstellen. Die Reichsbahndirektion versucht gegenwärtig, durch die Heranziehung von Beamten den Betrieb weiter aufrechtzuerhalten. Ob das auf die Dauer gelingen wird, ist nach Angaben der Reichsbahndirektion vorläufig noch nicht abzusehen, da man noch kein klares Bild über die Zahl der Streikenden hat.

Es ist bereits am gestrigen Donnerstag verschiedentlich zu recht bedeutenden Zugverspätungen gekommen. Bei Dresden—Plauen kam es gestern vormittag gegen 6 Uhr infolge Aufeinanderfahrens zweier Güterzüge zu einer 2½stündigen Verkehrsstörung, durch die auch ein Schnellzug und mehrere Personenzüge große Verspätungen erfuhren. Der Unfall soll jedoch nach Angaben der Reichsbahndirektion nicht im Zusammenhang mit dem Streik stehen, sondern durch unsichtiges Wetter herbeigeführt worden sein.

Ob die Reichsbahndirektion Dresden sich zu einer Annahmesperre für Güter genötigt sehen wird, ist ebenfalls im Augenblick noch nicht zu übersehen, jedoch muß bei einem Steigen der Zahl der Streikenden gegebenenfalls mit einer solchen Maßnahme gerechnet werden. Die Reichsbahndirektion Dresden plant die möglichst umgehende Wiedereröffnung der Werkstätten in Dresden-Friedrichstadt

unter Hinzuziehung von auswärtigen Arbeitern.

Es finden entsprechende Vormerkungen statt. Von seiten des Einheitsverbandes wird mit einer Ausbreitung des Streiks über Dresden hinaus gerechnet, wenn nicht eine sofortige Einigung erzielt werden kann.

Gegenwärtig finden zwischen den beiden Parteien keine Verhandlungen statt. Es sind auch bis auf weiteres keine in Aussicht genommen, nachdem die gestrigen Forderungen der Arbeitnehmer, 1. Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter, 2. keinen Lohnabzug, 3. keine Maßregelung von der Reichsbahndirektion als „unerfüllbar" abgelehnt worden sind.

•

Nach diesen Auslassungen der Reichsbahndirektion Dresden ist es kein Wunder, daß es zu einem solchen Konflikt überhaupt gekommen ist und die Einigungsverhandlungen gescheitert sind. Die Arbeiter sind durch das Verhalten der vorgesetzten Stellen direkt in den Streik hineingetrieben worden. Und nun will die Reichsbahndirektion, daß die Arbeiter sich willkürliche Entlassungen und Maßregelungen gefallen lassen sollen, um ihr aus der Verlegenheit zu helfen.

Sind etwa so viele überflüssige Beamte im Dresdener Direktionsbezirk, daß ihre „Heranziehung" zu der Bewältigung der Arbeiten der Ausgesperrten ausreicht, um den Betrieb aufrechtzuerhalten? Das glaubt doch die Direktion selber nicht. Sie meint nur, daß es ihr auf die Dauer nicht gelinge. Damit dokumentiert sie zugleich ihre friedlichen Absichten, sich auf einen Dauerkonflikt einzurichten. Ihr Plan, die Werkstättenarbeiter zu maßregeln und „auswärtige Arbeiter", das heißt

Streikbrecher heranzuziehen,

ist mehr als Drohung gegen die Streikenden gedacht. Was sie zur Beilegung des Konflikts weiter tun will, verrät die Direktion nicht. Sie glaubt offenbar, daß derartige Differenzen am einfachsten „erledigt" werden, indem man einen Teil der Arbeiter auf die Straße setzt, um den anderen Teil um so gefügiger zu machen.

Die Reichsbahndirektion ist doch in erster Linie dazu da, um den öffentlichen Verkehr aufrechtzuerhalten. Sie scheint jedoch ihre vornehmere Aufgabe darin zu erblicken, ihr Prestige den Eisenbahnern gegenüber durch Gewalt- und Willkürmaßnahmen herauszukehren. Auf diese Weise kann sie es leicht dahin bringen, daß der ganze Betrieb zum Stillstand kommt, über die Grenze Dresdens hinaus, an all den Orten, aus denen „Arbeitswillige" beordert werden. Den Befähigungsnachweis zur Schlichtung von Differenzen hat die Dresdener Direktion nicht erbracht.

Die Bezirksleitung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat an den Reichsbahndirektionspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie erklärt, die Organisation stehe infolge ihres Verantwortungsbewußtseins gegenüber der gesamten Bevölkerung und Wirtschaft zur Vermeidung größerer Spannungen der Reichsbahndirektion zu Verhandlungen zur Verfügung.

Eisenbahnerstreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 1. Dezember. (Mtb.)

Infolge von Lohndifferenzen ist heute abend ein großer Teil der Saareisenbahnerschaft in den Ausstand getreten. Die Eisenbahndirektion hat Vorsorge getroffen, daß der Zugverkehr in normalem Umfang durchgeführt werden kann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Wieder ist einer unserer Alten, Wilhelm Haback, nach langem, schwerem Leiden verstorben. Er war als Funktionär der Partei in Neukölln und ebenso in seiner Branche der Mechaniker des Deutschen Metallarbeiterverbandes kein Fremder. Seine Einäscherung findet am Sonnabend um 17½ Uhr in Baumschulenweg, Krematorium, statt.

Die Branchenkommission hat beschlossen, daß sämtliche Branchenkollegen an dieser Bestattungsfeier teilnehmen sollen.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Freitag, 19½ Uhr, sagen die Gruppen: **Lichtenberg:** Jugendheim Scharnweberstr. 29, Heiterer Abend. — **Hermannplatz:** Jugendheim Sanderstr. 11, Ecke Hobrechtstraße. Heimbesprechung. Gemeinschaftsspiele. Ohne Heimausweis und Verbandsbuch kein Zutritt. — **Schöneweide:** Jugendheim Lausitzer Str. 2 (Falter Saal). Heimbesprechung. Zutritt nur mit Heimausweis und Verbandsbuch. — **Wedding:** Gruppenheim Stadtbad Wedding, Gerichtstr. 65-66. Heimbesprechung und fröhliche Wissenschaft. Verbandsbuchkontrolle. — **Zeppelinplatz:** Gruppenheim Städtisches Jugendheim des Bezirksamts Wedding, Turiner Ecke Greifstraße (Eingang Turiner Straße). Heimbesprechung: „Die Zither lockt — die Geige klingt." — **Nordkreis, Kursus 1:** Jugendheim Eberswalder Str. 10, Zimmer 13. Beginn des 2. Kursusabschnittes: „Aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung." — **Volkstanzkursus:** Südkreis Turnhalle Paruther Str. 20.

Jugendgruppe des FDB. Heute, Freitag, 19½ Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: **Bezirk Lichtenberg:** Gesangsraum des Realgymnasiums Parkaue 12. Heimbesprechung. Neuwahl. — **Bezirk Südwest:** Jugendheim Belle-Alliance-Str. 7/10. Heimbesprechung. Neuwahl.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlern; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen" und „Stadtbeilage".

Musikaufträge übergibt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Dönhoff 3277—78. Geschäftszeit 9—5, Sonntags 10—2 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch.

WERTHEIM

Preise soweit Vorrat;
Fleisch, Fische, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Jeden Freitag und Sonnabend: Billige Stoff-Reste und Abschnitte

Frisches Fleisch

Kaßler, Speer und Kamm 1.–
Schweinebauch, Blatt u. Rück. m. Bip 0.80
Schweineschinken u. Kamm 0.85
Kalbskamm, Brust und Rücken 0.72
Kalbskeule, ganz und geteilt 0.85
Schmorfleisch u. Roastbeef mit Knochen 0.95
Liesen 0.80, Gehacktes 0.72

Prima Gefrierfleisch

Rinderkamm und Brust 0.60
Schmorfleisch mit Knochen 0.70
Hammelvorderfl. u. Rücken 0.78

Fische

Goldbarse ohne Kopf Pfund 14 und 20 Pfg.
Rotzungen .... Pfund 28 und 18 Pfg.
Kabeljau u. Seelachs, ohne Kopf, ganze Fische ..... Pfund 20 Pfg.
Schellfische .... Pfund 14 und 28 Pfg.
Lebende Karpfen Pfund 80 Pfg. an

Räucherwaren

Fettbücklinge Pfund 55 Pfg. und 48 Pfg.
Rolbarse in Stücken ..... Pfund 40 Pfg.
Makrelen ..... Pfund 58 Pfg.
Spickaale .... Pfund 2.75 Hund 52 Pfg.
Seeaal ..... Pfund 1.25

Kolonialwaren

Auszugmehl ..... 5 Pfund-Beutel 1.30, 1.50
Weizenmehl Pfund 21 Pf.
Auszugmehl 23, 27, 30 Pf.
Kartoffelmehl Pfund 28 Pf.
Maispuder .. Pfund 26 Pf.
Weizenpuder Pfund 46 Pf.
Mandeln süß Pfd 2.10 bitt. 2.20
Mohn blau Pfd. 60 weiß 70 Pf.
Backpulver 8 Beutel 30 Pf.
Sultanin. Pfd. 48, 62, 78 Pf.
Rosinen Pfd. 56, 65, 85 Pf.
Korinthen Pfund 70, 78 Pf.
Zitronat ..... Pfund 1.60
Orangeat ..... Pfund 1 M.
Kokusnuß geraspelt Pfund 58 Pf.
Mandelio ... Pfund 60 Pf.
Vanillin-Zucker 8 Beutel 20 Pf.
Vanille-Schoten, Back-Oele und Essenzen

Konfitüren und Tee

Sandgebäck ..... ¼ Pfund 25 Pf. Pfund 95 Pf.
Dessert-Brezeln ..... ¼ Pfund 38 Pf. Pfund 1.50
Vollmilch-Schokolade .... 8 Tafeln à 100 Gramm 95 Pf.
Milchkaramellen ..... ¼ Pfund 25 Pf. ½ Pfund 45 Pf.

Tee-Mischungen	Indien	China	Ceylon	Darjeeling
¼ Pfund	1.55	1.70	1.25 1.85	2 M.

Wein

Roter Johannisbeerwein, Spanischer Tafelwein, Tarragona Rot aus — Vom Faß, Preise für 1 Liter: 95 Pf., 1.20, 1.30
Preise für ¾ Flasche ohne Glas.
1925 Niersteiner sehr ansprechend 1.30
1925 St. Justin feiner Burgundertyp .....
1921 Wiltinger reifer Saarwein .....
1926 Liebfraumilch sehr saftig, fruchtig 1.60
1925 Niersteiner Fritzenhölle lieblich, feine Art
1921 Lieserer Schloßberg Wachst. Krebs pikant, fett
1922 Chât. La Lagune-Gouny eleg. Bordeaux 2 M
Zwei feine Original-Kreszenzen mit Korkbrand
1922 Neumagener Rosengärtchen Gymnasium Trier 2.25
1920 Bodenheimer Hoch Riesling Spätlese (Weingut Kerz III) 2.50
Orig. franz. Weinbrand „Fine Dolfi" 42 Vol. % in Frankr. abgef. 6.20

Wurstwaren

Landleberwurst Pfund 1.15
Dampfwurst .... Pfund 1.15
Rotwurst ..... Pfund 1.25
Mortadella .... Pfund 1.25
Speck fett Pfd 1.25 mager 1.35
Jagdwurst ..... Pfund 1.45
Mettwurst (Braunschweiger Art) .. Pfund 1.45
Schinken polnische Pfd. 1.45
Filetwurst ..... Pfund 1.45
Schinkenspeck .. Pfund 1.65
Zervelatwurst .. Pfund 1.70
Salamiwurst .... Pfund 1.70

Königstraße, Rosenthaler Straße, Moritzplatz:
Mettwurst weiche .. Pfund 1.20
Teewurst ..... Pfund 1.55

Konserven

½ Dose
Br.-u. Schnittbohnen 55 Pf.
Kohlrabi in Scheiben .... 44 Pf.
Leipziger Allerlei .. 85 Pf.
Birnen halbe Frucht .... 95 Pf.
Ananas Hawai 8 Scheiben .. 1.20
Schattenmorellen .. 1.32
Brathering, Hering in Gelee 2 Pfd.-Dose 85 Pf.
Bienenhonig 1 Pfund-Glas 1.20
2 Pfund-Glas 2.40

Konfitüren

Pflaumen 2 Pfd.-Eimer .. 95 Pf.
Aprikosen 2 Pfd.-Eimer .. 1.10
Erdbeeren 2 Pfd.-Eimer .. 1.35

Obst u. Gemüse

Musäpfel ..... 2 Pfund 25 Pf.
Amorettenbirnen 2 Pfund 25 Pf.
Goldparmänen ... Pfund 20 Pf.
Baumanns Ren. ... Pfund 25 Pf.
Mandarinen ..... Pfund 25 Pf.
Kranzfeigen ..... Pfund 28 Pf.
Bananen ..... Pfund 36 Pf.
Schweizer Aepfel Schöner von Boskoop und Rote Calvillen ..... Pfund 30 Pf.
Apfelsinen Dutzend 60 70 1.–
Ananas frische ... Pfund 85 Pf.
Weißkohl dänischer .... Pfund 5 Pf.
Möhren gewaschen ..... Pfund 6 Pf.
Rot-, Wirsingkohl . Pfund 10 Pf.
Rosenkohl ..... Pfund 25 Pf.

Butter u. Käse

Allgäuer Stangen-Limburger ..... Pfund 50 Pfg.
Edamer, Holländer, Gouda, dän. ..... 78 Pfg.
Steinbuscher ..... Pfund 90 Pfg.
Tilsiter, vollfett .... Pfund 90 Pfg. an
Schweizer, bayr. ..... Pfund 1.45
dänischer ..... Pfund 98 Pfg.
Emmenthaler ohne Rinde Karton 125 Gramm 85 Pfg. 6 Portionen 92 Pfg.
Molkerei-Butter Pfd. 1.90
Sibirische Pfd. 1.93
Tafel- Pfd. 2.06
Dänische Pfd. 2.18
Talg ..... 1 Pfund-Paket 50 Pfg.
Margarine Pfund 58 Pfg. und 50 Pfg.
Kokosfett .... 1 Pfund-Tafel 55 Pfg.

Geflügel und Wild

Brat- u. Suppenhühner (Poulets) ..... Pfund 85 Pfg. an
Gänse gefroren ..... Pfund 90 Pfg. an
Fett- u. Bratgänse . Pfund 1.15 an
Hasen, gest. eift u. ausgeworfen. Pfd. 90 Pfg. an
Rehblätter ..... Pfund 1.15 an

Zigarren in allen Preislagen.
Weihnachtspackung 25 St. 2.50 3.– 3.75 5.–
Zigaretten der bekannten Marken.
Spezial-Marke Selim 25 St. 95 Pf. 100 St. 3.60 1000 St. 33.50

Heute, Freitag, Vorführung von
Homokord-Schallplatten
Leipziger Straße, I. Stock
im Antiquitäten-Saal
von 11–1½ und 4–6½ Uhr.
Eintrittskarten kostenlos
in der Abteilung Musik-Apparate, Zwischenstock.

Festnahme eines Doppelmörders.

Mordüberfall auf ein Ehepaar. — Auch Gastwirt Rogowski sein Opfer.

Ein brutaler und in seinen Motiven völlig unklarer Mordversuch wurde gestern nachmittag an einem hochbetagten Ehepaar Rackow im Osten Berlins verübt, dem der Ehemann Rackow leider erlegen ist. Glücklicherweise gelang es noch im Laufe des gestrigen Abends der Kriminalpolizei, in der Person des 32 Jahre alten Motorschlossers August Krause den Täter festzunehmen. Schon die ersten Feststellungen haben ergeben, daß Krause aber nicht nur diese Bluttat, sondern auch den Raubmord an dem Gastwirt Rogowski auf dem Gewissen hat.

In dem Hause Schlesische Str. 13, einem der ältesten Häuser jener Gegend, betrieb lange Jahre hindurch der jetzt 69 Jahre alte Paul Rackow mit seiner Frau, die jetzt 64 Jahre zählt, ein Möbeltransportgeschäft und Rollfuhrwesen. Als dem Ehepaar die Last des Geschäftes zu viel wurde, übertrugen sie es dem Sohne, der jetzt der Inhaber ist. Gestern nachmittag gegen 13½ Uhr befand sich Frau Rackow in der Küche der Wohnung, als ein Mann eintrat. Sie erkannte in ihm einen 32 Jahre alten Motorschlosser August Krause, der früher einmal mit dem jungen Rackow zusammen auf derselben Arbeitsstelle gewesen war. Nach der Begrüßung erzählte Krause, daß er einen Kraftwagen von Witzleben nach dem Hamburger Bahnhof abschleppen lassen müßte. Die alte Frau bat Krause wiederzukommen, sobald ihr Sohn zugegen sei. Frau Rackow wandte sich wieder dem Herd zu. Plötzlich zog der Mann ein in braunes Packpapier gewickeltes Beil hervor und hieb damit nach Frau Rackow. Zum Glück glitt der Schlag am Haar ab und traf nur die Schulter, so daß eine nicht gefährliche Verletzung entstand. Laut um Hilfe rufend, eilte die Angefallene auf den Hof hinaus. Krause wandte sich unterdessen nach der neben der Küche liegenden Stube, in der der alte Rackow sich aufzuhalten pflegt, der vor kurzem einen Schlaganfall erlitten hat und gelähmt ist. Krause schlug auf den Hilflosen mit der scharfen Seite des Beiles mehrmals ein und verletzte ihn sehr schwer am Kopfe. Die Hilferufe der Frau hatten Hausbewohner alarmiert und Krause flüchtete jetzt durch den Gang und die Gastwirtschaft auf die Straße. Trotz der Verfolgung gelang es ihm, an der Ecke der Falkensteinstraße auf einen Zug der Straßenbahnlinie 4 zu springen und zu entkommen.

Der schwer verletzte Rackow wurde nach dem Bethanienkrankenhause gebracht, wo er im Laufe des Abends seinen Verletzungen erlag.

Wider Erwarten schnell gelang es der Polizei, den Täter zu fassen. Wir erfahren darüber folgende Einzelheiten: In ihren Nachforschungen zur Aufklärung des Verbrechens in der Grünauer Straße gingen die Kommissare Braschwitz und Thomas mit einem Heer von Beamten jeder Spur nach, die zum Teil durch Zeugenaussagen angegeben worden waren. Mehrere Personen hatten am vergangenen Montag vormittag einen

Mann mit einem auffallenden schwarzen Schnurrbart

gesehen, der in die Gastwirtschaft von Rogowski hineinging. Nachmittags gegen 1 Uhr sah ihn ein Mädchen wieder vom Görlitzer Bahnhof her die Grünauer Straße entlangkommen und in das Lokal hineingehen. Er benahm sich dabei ganz ruhig und gelassen. Dieser selbe Mann mußte es sein, den die Frau aus dem Mordhause bald nach der Tat hatte aus dem Lokal kommen und in eiligem Schritt nach dem Kottbuser Ufer gehen sehen. Bei den Beobachtungen in den Straßen in der Umgebung des Bahnhofes sahen nun gestern am späten Nachmittag die Beamten der Dienststelle B 5 einen Mann mit einem starken schwarzen Schnurrbart, auf den die Beschreibung, die das Mädchen geliefert hatte, zu passen schien. Er stand im Begriff, eine Gastwirtschaft an der Ecke der Forster und Grünauer Straße zu betreten. Rasch griffen die Beamten zu, nahmen ihn fest und brachten den Mann, von dem man zunächst nicht den Namen wußte, mit einem Kraftwagen nach dem Polizeipräsidium.

Unabhängig von der Ermittlungsarbeit der Mordkommission Braschwitz-Thomas war Kriminalkommissar Dr. Berndorff mit seinen Beamten auf der

Suche nach dem Schlosser August Krause,

der in der Schlesischen Straße 13 den Fuhrunternehmer Paul Rackow und dessen Ehefrau mit dem Beil niedergeschlagen hatte. Von Leuten, die Krause kannten, erfuhr man, daß er in der Reichenberger Straße 63a für sich allein als lediger Mann hauste. Er war nicht zu Hause, eine Durchsuchung seiner Wohnung — einer einzelnen Küche — im Quergebäude, förderte sehr stark belastendes Material zutage. Man entdeckte ein kleines Handbeil, dessen Gehäuse oben stark mit Blut besudelt war. Bei dem eingehenden Verhör, dem der Verhaftete sofort unterzogen wurde, leugnete er beharrlich jedes Verbrechen, nicht nur den Mordanschlag auf das Ehepaar Rackow, sondern auch den Mord an Rogowski. Es ist aber

nicht daran zu zweifeln, daß Krause für beide Verbrechen

in Betracht kommt. Schwer belastet wird Krause durch den Zustand seines Mantels. Auf diesem sind nicht nur die frischen Blutspuren deutlich zu sehen, die er in der Schlesischen Straße davontrug, sondern auch ältere, bereits eingetrocknete Flecke und Spritzer, die zweifellos von dem Morde an Rogowski herrühren.

Krause stammt aus Wellenberg im Kreise Ortelsburg und ist gelernter Schlosser. Am 10. November d. J. kündigte er seine Arbeit als Chauffeur in Britz und verrichtete seitdem Aushilfearbeiten. Nebenbei bezog er Arbeitslosenunterstützung. Er ist ein jähzorniger, unbeherrschter Mensch, der außerdem dem Trunke ergeben ist. Ohne Zweifel ist er ein Mensch, der, besonders wenn er getrunken hat, zu allem fähig ist. Die Nachforschungen, ob ihm noch andere Verbrechen zur Last fallen, sind noch im Gange.

Ein verbitterter Kriegsinvalide.

Widerstand im Gerichtssaal. — 14 mal vorbestraft.

Er zählt etwa 50 Jahre, ist 100 Proz. erwerbsunfähig — ein Opfer des Krieges, ein Epileptiker — und mußte jahrelang um seine hundertprozentige Rente kämpfen. So wurde er erbittert gegen alles und alle. Denn jemand mußte doch an seinem Unglück schuld, mußte für sein verfehltes Leben verantwortlich sein.

Er bettelte sich durch. „Betteln ist verboten!" Verboten? „Was bleibt mir denn anderes übrig, als zu betteln? Gebt mir meine Rente, die ich ehrlich verdient habe durch mein Blut, das ich hundertprozentig für das Vaterland gelassen habe. Verboten! Verflucht eure Gesetze, die zu leben verbieten." Das Gesetz hat aber im Richter seinen Hüter. Elfmal erscheint der hundertprozentig erwerbsunfähige Bettler vor dem Hüter des Gesetzes. Elfmal wird er während der zwei Jahre 1924/26 wegen Bettelns bestraft. Und dreimal wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Denn er will sich sein Recht zum Betteln nicht nehmen lassen. Er versteht es nicht, daß die Polizei ihn daran hindern will. So leistet er Widerstand und könnte 1 Jahr 2 Monate im Gefängnis hinter Mauern über sein Recht auf Arbeit, auf Gesundheit, auf Genießen nachdenken, wenn er haftfähig wäre. Er ist aber schwerer Epileptiker. Man kann ihn nicht hinter Gefängnismauern halten. Soviel Nachsicht besitzt auch das Gesetz. Eines Tages saß der Unglückliche im Gerichtssaal, diesmal als Zuhörer. Aus einem Grunde, der sich nicht feststellen ließ, wurde er plötzlich laut. Der Justizwachtmeister rief ihn zur Ruhe. Er wurde noch lauter. Der Justizwachtmeister wies ihn zur Tür hinaus. Er wollte nicht gehen, wurde hinausgedrängt, machte auf der Treppe Krach, widersetzte sich dem Polizeiobermachtmeister, der hinzugekommen war, und wurde immer renitenter, so daß ihm schließlich die Handfesseln angelegt werden mußten — ihm, dem 100 Proz. Erwerbsunfähigen. Er kam ins Untersuchungsgefängnis und wurde nach einigen Tagen auf freien Fuß gesetzt.

Nun stand er vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Er könne sich, so sagt er, an den Vorfall nicht erinnern und wisse nur, daß er höflich um etwas gebeten habe. Sonst wisse er nichts. Die Sachverständigen wollten für ihn den § 51 nicht gelten lassen. Der Verteidiger verwies auch darauf, daß der Angeklagte, ein Mann von 51 Jahren, sich inzwischen verheiratet habe, und daß er nach Bewilligung seiner Rente jetzt in geordneten Verhältnissen lebe. Das Gericht sprach den Angeklagten auf Grund des § 51 frei. Auf Zureden seines Verteidigers begrub der Angeklagte nun auch das Kriegsbeil und reichte zum Zeichen seiner Versöhnung mit seinen vermeintlichen „Todfeinden" den dienstuenden Justizwachtmeistern beim Verlassen des Gerichtssaales die Hand. Rechtsanwalt Dr. Anderssen wird sich nunmehr bemühen, durch einen Gnadenakt die noch schwebenden Haftstrafen aus der Welt zu schaffen.

In der Tretmühle.

Ein Chef mit „sozialem Verständnis".

Wieder eine Tragödie der alternden Arbeiterin. Jahrelang hatte sie in der Fabrik schwerste Arbeit verrichtet. Als sie aber über die Fünfzig hinaus war, als Augen und Füße immer schwächer wurden, da konnte sie nur noch leichtere Arbeit verrichten. Zuletzt arbeitete sie in der Daunenfabrik an einer Füllmaschine, wo sie wenigstens zeitweilig sitzen konnte. Aber auch diese Arbeit ging immer schwerer vonstatten. Nicht, daß ihr die Arbeit übermäßig schwer wurde, aber die lange Arbeitszeit, die zehn und zwölf und noch mehr Stunden am Tage betrug, ohne daß die Ueberstunden etwa besonders bezahlt wurden, strengte sie zu sehr an. Zu kündigen wagte sie nicht, denn in einer Zeit größter Arbeitslosigkeit ist es für eine alte Arbeiterin, die schon auf die Sechzig zusteuert, fast unmöglich, eine neue Beschäftigung zu finden. Und so schluckte sie ihren Aerger hinunter, nur daß sie hin und wieder bei der Arbeit über diese unerhörte Ausnutzung schimpfte. Es war weniger ein Schimpfen im eigentlichen Sinne des Wortes, als vielmehr ein mehr oder minder leises Räsonieren, mehr für sich selbst bestimmt, als für ihren Chef. Aber einmal gebrauchte sie das Wort „Tretmühle", und dieses wurde von einer Aufseherin dem Arbeitgeber gemeldet. Die Folge war die fristlose Entlassung der alten Arbeiterin.

Die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht verlief recht dramatisch. Obgleich die Richter für die Tragik des Falles volles Verständnis hatten, konnten sie der Klägerin doch nicht helfen, zumal da diese die Klage vollständig falsch angefaßt hatte. Und so konnte denn der Chef noch im Brustton der Ueberzeugung von seinem „großen sozialen Verständnis" reden und davon sprechen, daß er der Klägerin überhaupt schon seit Jahren „das Gnadenbrot" gegeben hatte. Zuletzt erklärte er sich großmütig mit Geste bereit, der Klägerin einen Betrag von 25 M. zu zahlen, wenn diese sich mit ihrer fristlosen Entlassung einverstanden erklärte und eine Erklärung abgab, daß sie keinerlei Ansprüche mehr habe. In ihrer Hilflosigkeit und Unbeholfenheit stimmte die Alte diesem „Vergleich" zu.

Zustellung der Steuerkarten für 1928.

Die Steuerkarten für 1928 sollen allen Arbeitnehmern Berlins, die ihre Wohnung seit dem 10. Oktober ds. J. nicht gewechselt haben, Anfang Dezember zugestellt werden. Arbeitnehmer, die nach dem 10. Oktober d. J. innerhalb Groß-Berlins verzogen sind, müssen ihre Steuerkarten von dem Bezirkssteueramt abholen, in dessen Bezirk sie sich bei der Personenstandsaufnahme am 10. Oktober d. J. in die Haushaltungsliste eingetragen haben, oder bei diesem Steueramt die Uebersendung durch die Post beantragen. In solchen Anträgen ist die Wohnung am 10. Oktober d. J. und die jetzige Wohnung anzugeben. Den nach dem 10. Oktober d. J. aus anderen Orten des Deutschen Reiches zugezogenen Arbeitnehmern wird dringend geraten, sich die Steuerkarte von der Gemeinde nachsenden zu

---

58]

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Die Berge krochen von ihren Höhen hinunter mit den kaltgewordenen Strömen von Eisen und Kupfer in den Windungen und Terrassen der Steinbrüche. Und rechts, hinter dem Abhange, auf der steilen Rippe, schnitt sich der Bremsberg wie ein scharfer Strich hinein. Aus den Schluchten, über den kraterähnlichen Vertiefungen, schwammen violette, abendliche, wie mit Asche bedeckte Schatten. Und die brennenden Streifen und Flecken auf den Bergrippen und Abhängen flammten noch heiß und tönten mit ihren Steinen. Und hier, in den grauen, spinngewebeähnlichen Sträuchern, in den Leeren, zwischen den kleinen Wegen, mit Gras überwachsen, strömte die unterirdische, vorabendliche Stille, dicht wie Wasser hinunter. Sie quoll aus der Erde, aus den dichten, verwachsenen Wäldern, aus den Abgründen, aus dem Bächlein mit den Kinderklappern. Die nassen Steine am Bachgrunde sind wie lebendig, wie Schildkröten, und das Wasser plätschert dort, schwarz mit blauen Funken. Dieser Talnebel, von der Trunkenheit der Frühlingserde und Gräser und der noch ungeborenen Blättchen in den schwangeren Knospen gesättigt — atmet Erdentiefe mit den Wurzeln und luftigen Aesten aus. Und nur durch den durchsichtigen Wirrwarr der Aeste flammen die Gipfel der Betonschlote wie orangegelbe Fackeln auf. Und die „Gemütliche Kolonie" blendet die Augen durch unerträglichen feurigen Glanz der Fenster. Das ist oben — und unten auf den Abhängen schmelzen die Häuschen und die Kasernen in der dunstigen Dämmerung.

Diese beiden Frauen (Dascha — ein andere, seine; Polja — eine andere, fremde) sind ihm nah, sie gehen in zwei Wellen durch sein Herz und begegnen in heißem Aufeinanderwogen einander. Welche Welle wird als erste von seinem Herzen zurückbranden? Oder werden beide Wellen, eine durch die andere gehen und in verschiedenen Richtungen verschwinden, für immer, ohne zurückzukehren?

„Ja . . . was wir heute erlebt haben, werden wir niemals vergessen . . ."

Und in Poljas Augenaufschlag bemerkte Gljeb die versteckte Bedeutung ihrer Worte, begriff, daß oben auf dem Gipfel, am Rande des Abgrundes, unter den Kugeln, zwischen ihm und Polja, durch das vergossene Blut und ohne ihren Willen ein neuer aufregender Knoten geschlungen war.

Gljeb schwieg, als ob er nicht hörte, was Polja sagte. Und Dascha ging einige Schritte voraus und brach dunkle Zweige ab.

„Was für eine gute Luft, Genossen . . . wie Honig! . . . Bald wird alles grünen und blühen."

Warum hatte sich Dascha von ihnen entfernt? War es Absicht? Hatte sie ihren heimlichen Bund gefühlt? Vielleicht wollte sie in dieser vorabendlichen, frühlingstrunkenen Luft allein baden?

„Du hast das gut gesagt, Dascha: wir sind einander nur in der Arbeit nahe, aber menschlich, im Innern — sind wir voneinander gerissen, sind einander fremd. Das ist einer unserer schweren Widersprüche. Wir sind nur Arbeiter. Und wenn wir mit dem Herzen und den Hirnzellen in Berührung kommen, erblinden wir und verschließen uns. Und vor nichts haben wir so Angst, wie vor unseren Gefühlen. Es genügt, allen in die Augen zu sehen: sie sind irgendwie kalt und tot und metallen. Wir sind immer — hinter einem Schloß: am Tage verschließen wir unsere Seele mit einem Schlüssel, und in der Nacht — unsere Zimmer."

„Du sprichst wie ein zartes junges Mädchen, Genossin Mjechowa. Das ist wahr: wir haben keine Zeit, uns mit seelischen Angelegenheiten zu beschäftigten. Die Menschen werden warten, Genossin Mjechowa, aber die Sache, wenn du sie versäumst, wird uns an der Nase vorbeifliegen . . . und du kannst sie nicht mehr einfangen."

„Ja, so sprechen viele . . . Aber die Mehrheit leidet unter der Einsamkeit, und alle fürchten, darüber zu sprechen, weil sie Angst haben vor Spott, verächtlichen Blicken und Vorwürfen über ihre ideologische Unbeständigkeit. Was hat das aber mit ideologischer Unbeständigkeit zu tun? Das tut einem einfach weh . . ."

Dascha entfernte sich immer mehr von ihnen und brach immer weiter die kleinen Zweige, und die Zweige zirpten wie kleine Vögel. Gljeb fuhr in plumper Zärtlichkeit durch Poljas zerraufte Locken.

„Du singst vergebens deine Serenaden, Genossin Mjechowa, ich habe Dascha von allen Seiten attackiert, und sie hat mich trotzdem auf die Knie gezwungen."

Dascha platzte vor Lachen los, und ihre Zähne glänzten in der Ferne.

„Gljeb sieht dir ähnlich, Genossin Mjechowa: er ist ebenso ein Weichtier wie du und hat nichts dagegen, heute die Rolle eines Bräutigams vor dir zu spielen."

Sie stiegen hintereinander den Pfad hinauf. Die Sonne lag wie Blut auf den fernen Bergrücken, und die zackigen schwarzen Bergspitzen nagten an ihr wie an einem feurigen Pfannkuchen. Die Stadt unter den Bergen war durch graue, gerade Straßen vom Hafen bis zu den Abhängen hinauf deutlich geteilt und rollte in die Schluchten hinab. Zwischen den Landungsstegen und Molen schimmerte das Meer wie Perlmutter, und die Wellen leuchteten bald rot, bald schwarz. Die Bauten und Kuppeln des Werkes türmten sich in tiefem Schweigen wie Eisblöcke, die niemals schmelzen.

„Ich schlage mich jetzt mit quälenden Fragen herum, Genossen. Neue ökonomische Politik . . . Wir kommen jetzt in eine Zeit schwerer Widersprüche, und alle tun so, als ob sie es nicht merkten. Ich bin die ganze Zeit in einer Unruhe und erwarte etwas Fürchterliches."

„Was hast du, Genossin Mjechowa? Du mußt dich zusammenflicken, dein Fundament scheint angefault zu sein, ich werde dich mit Tee und Sacharin stärken und Gljeb wird dich dann nach Hause bringen."

Polja sah Dascha mit erschrockenen, verlorenen Augen an und ging rasch über den Pfad zum Loch in der Mauer.

Dascha sah ihr lange nach und in ihrem Gesicht zuckte ein spöttisch-freundliches Lächeln.

„Ein prächtiges Mädel . . . gescheit, aber welche Feder ist in ihr gesprungen?... Willst du sie begleiten, Gljeb, du hast sie fest am Herzen gepackt . . ."

„Daschok! . . . Ich will nicht in unsere Kammer, hol sie der Teufel . . . Komm auf den Berg, setzen wir uns dort irgendwo hin und atmen wir in der frischen Luft."

„Gut! Ich möchte auch hier bleiben . . . komm zum Bassin."

Gljeb staunte: jetzt, zum ersten Male, nahm Dascha ihn an der Hand, und so, Hand in Hand, ging sie neben ihm wie eine gute Freundin. Sie ging und schwieg, und Gljeb fühlte, daß sie erregt war. Etwas zwang sie, ihm ein Wort zu sagen — aber was für ein Wort, das ahnte er nicht, vielleicht eines, das nur in den ersten Tagen ihrer Liebe gesagt wurde, und vielleicht eines, das noch nie bisher ausgesprochen worden war. Und Gljeb schwieg, erwartete Daschas Worte.

An kleinen Gärten und Häusern vorbei stiegen sie über Gestein, über zackige Bergschichten auf die Höhe. Das Bassin war hoch über der „Gemütlichen Kolonie", und das Wasser wurde von hier aus durch Röhren zur Arbeitersiedlung geleitet und von dort aus in die Laboratorien und Werkbauten.

Sie umgingen einen Steinabhang und einen Bergwerksstollen, mit einer eisernen, verrosteten Tür, an der ein Schloß hing, und diese verrostete Tür und dieser mit Steinen versperrte Weg in das Innere des Berges waren unheilverkündend, wie das Geheimnis eines Götzentempels.

(Fortsetzung folgt.)

lassen, in deren Bezirk sie an diesem Tage gewohnt haben. Vordrucke zum Einkleben von Einkommensteuermarken werden bei sämtlichen Finanzämtern, Postanstalten und den städtischen Ortsdienststellen der Außenbezirke vorrätig gehalten; bei letzteren aber nur dann, wenn kein Finanzamt an diesem Orte seinen Sitz hat.

Hörsing in Berlin.

Vortrag vor dem Reichsbanner des Westens.

Die westlichen Kreisverbände des Berliner Reichsbanners veranstalteten am Donnerstag abend in der Schulaula in der Offenbacher Straße eine Kundgebung, in der der Bundesvorsitzende Otto Hörsing referierte. Nach einem Rückblick auf die Tage des Zusammenbruchs und einer eingehenden Schilderung des Werdeganges des Reichsbanners kam Hörsing auf die aktuellen politischen Ereignisse zu sprechen.

Alle innenpolitischen Probleme gruppieren sich um die Frage: Welcher Partei gelingt es, das Kräftemaß auszuschöpfen und nach den Wahlen die politische Führung zu übernehmen? Die Sozialdemokratie durfte mit dem Millionenheer ihrer Anhänger 1918 nach der Fahnenflucht der monarchistischen Politiker und Militärführer das daniederliegende Vaterland reorganisieren. Mit Aufopferung hat sie sich an diese Arbeit gemacht. Daß 1918 alle Reaktionäre verschwanden, haben wir ihnen nie übel genommen. Daß wir aber gestatteten, wiederzukommen, müssen wir uns vorwerfen. In den Jahren 1920 bis 1923 waren die republikanischen Kräfte nicht gesammelt. Erst nach den verschiedensten mißglückten Putschen schufen die drei republikanischen Parteien das Reichsbanner. Wir wissen genau, daß die Kraft des Reichsbanners nicht darauf beruht, eigene politische Wege zu gehen. Wir stehen im Wahlkampf an der Seite der drei republikanischen Parteien, werden die Werbetrommel für sie schlagen, die politische Arbeit im Parlament überlassen wir aber ihnen. Der Reichsbannermann steht in der Schutztruppe der Republik, um gewaltsame Angriffe kraftvoll zurückzuschlagen. Jeder steht aber auch in einer politischen Organisation, um dort gemeinsam mit seinen Parteifreunden am Aufbauwerk der Republik mitzuarbeiten. Wir wissen: die Republik kann nur von Republikanern regiert werden! Die Gegner der Republik werden sie nicht bessern. Sie warten nur darauf, daß wir in unserer Arbeit nachlassen. Die letzten Wahlergebnisse haben aber den Rechtsparteien deutliche Lehren erteilt. Das Volk steht heute nicht mehr zu den reaktionären Parteien. Die heute im Reiche regieren, werden bei den Reichstagswahlen eine deutliche Lektion erhalten.

Nach dem Bundesvorsitzenden sprach als Angehöriger der Demokratischen Partei Senatspräsident Großmann. Auf einen Zuruf aus der Versammlung führte er aus, daß es früher bei den Studenten immer galt, im Namen der Freiheit zu fechten. Die Studenten der Jahre um 1848 haben treu zu den großdeutschen Farben Schwarzrotgold gestanden. Die jungen Philister von heute tun so, als ob sie bessere Aussichten hätten, in hohe Stellungen zu kommen, wenn sie der schwarzweißroten Fahne zujubeln. Sie scheinen damit zu rechnen, daß in den oberen Behördenstellen immer noch Beamte sitzen, die dieses Treiben gern sehen und derartige Radauantisemiten bei der Vergebung von Stellungen vorziehen. Wir wissen, daß aus den Kreisen der Hochschule, bleiben sie so verhetzt, die geistige Führerschaft des Volkes nicht erwachsen kann. Die Ausführungen der Redner fanden stürmische Zustimmung der Versammlung.

Bürgermeister Leid sechzigjährig!

Am 2. Dezember vollendet unser Genosse Karl Leid sein sechzigstes Lebensjahr. Seine reiche und fruchtbringende Lebensarbeit ist hauptsächlich mit der Berliner Parteibewegung eng verknüpft. Leid wurde 1867 in Arnstadt (Thüringen) geboren, besuchte dort die Bürgerschule und lernte dann Handschuhmacher. An der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung der Arbeiterklasse nahm er zeitig teil. Er trat mit siebzehn Jahren seiner Gewerkschaft und ein Jahr später der Sozialdemokratischen Partei bei. Von 1893 bis 1895 war er Vorsitzender des Ortsvereins der Handschuhmacher in Haynau (Schlesien). Dreiundvierzig Jahre gehört Karl Leid seiner Gewerkschaft an — und er hat ihr bis heute die Treue gehalten. Schon im Jahre 1891 wurde Genosse Leid zum Erfurter Parteitag als Vertreter für Niederbarnim delegiert. Von 1897 an war er in Berlin unter dem Köller-Kurs Vorsitzender des Vereins Vorwärts, und nachdem das Reichsgericht die Schließung der Berliner Wahlvereine wieder aufgehoben hatte, wurde er Vorsitzender für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Als Vertreter dieses Kreises nahm Genosse Leid teil an den Parteitagen in Hamburg, Stuttgart, Hannover, Magdeburg, Jena. Im Jahre 1901 wurde er Redakteur des „Vorwärts", im Jahre 1902 zog er in die Berliner Stadtverordnetenversammlung ein. Der „Kaiserinsel"-Prozeß brachte ihm eine Verurteilung wegen „Majestätsbeleidigung". Mit neun Monaten Gefängnis mußte Genosse Leid es büßen, daß Wilhelm II. durch einen „Vorwärts"-Artikel verdächtigt worden war, Furcht vor einer Revolution zu haben. Als der „furchtlose" Landesvater 1918 nach Holland ausriß, hat mancher sich an jenen Prozeß erinnert. Das Urteil hatte dem Genossen Leid auch die öffentlichen Aemter aus Wahlen abgesprochen. Hiermit verlor er sein Stadtverordnetenmandat, aber die Berliner Arbeiterbevölkerung übertrug in der Ersatzwahl sofort ihm dieses Mandat aufs neue. Seitdem hat Leid auf verschiedenen Gebieten der Kommunalverwaltung, unter anderem in der Waisenpflege, mitgearbeitet. Nach der Zusammenfassung der großen Einheitsgemeinde Berlin wurde Genosse Leid im Jahre 1921 zum Bürgermeister des Verwaltungsbezirks Wedding gewählt, desjenigen Stadtteils, in dem er ein paar Jahrzehnte hindurch an führender Stelle für die Sozialdemokratische Partei erfolgreich gearbeitet hatte und zu dem der lange von ihm vertretene Kommunalwahlbezirk gehörte. Als Bürgermeister hat er es verstanden, diesen schwierigen Verwaltungsbezirk mit Umsicht und Geschick zu leiten. Auch im Parlament Preußens ist Genosse Leid hervorgetreten. Er wurde 1919 zum Mitglied der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung und 1921 zum Mitglied des preußischen Landtags gewählt. Unseren herzlichen Glückwunsch dem alten Kampfgenossen!

Gewogen und — „zu schwer" befunden!

Die Klagen über das sogenannte „Strafporto" für Briefe — die Postverwaltung spricht zartfühlend von „Nachgebühr" — wollen nicht aufhören. Nicht selten kommt es zu Meinungsverschiedenheiten darüber, ob ein Brief wirklich zu schwer ist oder ob die Nachgebühr irrtümlich eingefordert wird. Aus einem der Bureaus unserer Partei teilt man uns mit, daß hier wieder einmal ein Brief zugestellt wurde, der mit 20½ Gramm zu schwer sein sollte, so daß Nachgebühr bezahlt werden mußte. Auf allen Wagen, deren der Empfänger habhaft werden konnte, war ein Gewicht von nur 20 Gramm festzustellen. Zufällig hatte der Empfänger noch an demselben Tage mit dem Absender ein Telephongespräch, so daß er ihn wegen des Briefübergewichts zur Rede stellen konnte. Der Absender war sehr erstaunt und versicherte, daß gerade dieser Brief recht sorgsam gewogen worden sei und ein Gewicht von genau 20 Gramm gehabt habe.

Hierzu macht nun unser Genosse aus dem erwähnten Bureau einen beachtenswerten Versuch, den Widerspruch aufzuklären. Er sagt: Ein in einem warmen Bureau geschriebener Brief, der mit 20 Gramm Gewicht hinausgeht, aber bei feuchter oder nasser Witterung 10—12 Stunden unterwegs ist, wird nachherüber 20 Gramm wiegen. Der Empfänger wird dann zur Zahlung von Nachgebühr herangezogen, weil der Brief „Uebergewicht" hat. Um diese Vermutung auf ihre Richtigkeit zu prüfen, hat unser Genosse einige mit Nachgebühr bezahlte Briefe auf der Heizung getrocknet — und da hatten sie ein Gewicht von unter 20 Gramm. Da die Deutsche Reichspost, bemerkt er hierzu, mit ihrer Portotaxe in der Welt „vorangeht", wäre es wohl angebracht, nicht noch das Publikum dafür zu bestrafen, daß feuchte und nasse Witterung herrscht.

Vielleicht überlegt es sich die Postverwaltung, ob sie nicht solche Umstände berücksichtigen und dementsprechend ihre Nachgebührforderungen einschränken soll.

Notstandsfragen im Rathaus.

Reichsbeihilfe für Sozialrentner fehlt. — Winterunterstützung der Stadt beschlossen.

Die auf den Gemeinden lastende Schwierigkeit, ganz aus eigenen Mitteln den Notleidenden wirksam zu helfen, wurde in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gestern allseitig anerkannt. Eine Reichsbeihilfe, wie sie für die Kleinrentner gegeben worden ist, wurde auch für die Sozialrentner und für die ihnen gleichgestellten Unterstützungsempfänger gefordert. Der Magistrat ist bereits bei der Regierung vorstellig geworden, aber die Antwort steht noch aus. Unser Genosse Heimann betonte, daß die Reichsregierung hier ein Unrecht endlich gutzumachen hat. Wenn sie sich geäußert haben wird, soll über die Hilfsaktion der Stadt beschlossen werden. Im Zusammenhang mit dieser Beratung wurde gestern in Erledigung eines Antrages der sozialdemokratischen Fraktion eine Winterunterstützung für die Kinder aller Unterstützungsempfänger und Erwerbslosen beschlossen, 10 Mark pro Kopf, rund 1½ Millionen Mark für 150 000 Kinder. Die Deutschnationalen vermißten in dem Beschluß das Wort „Weihnachten" und wollten daraus eine „christliche" Forderung machen. Unsere Genossin Todenhagen kennzeichnete dieses lächerliche Gebiete. War ihnen bei einer so bitterernsten Sache der Streit um ein Wort wichtig genug?

*

Die Stadtverordnetenversammlung beriet gestern zunächst eine Anfrage der Volkspartei wegen der

Verzögerung von Schulbauten.

Die Anfrage stellt fest, daß mit einer Anzahl Bauten nicht begonnen werden kann, weil die Pläne ständig zwischen den Instanzen hin und hergehen, obwohl die Bauraten längst bewilligt seien. Der Stadtschulrat Genosse **Nydahl** bemerkte, daß Schul- und Bauverwaltung mit Beschleunigung arbeiten, daß aber oft die Bezirksverwaltungen zu lange Zeit zur Erledigung der Arbeiten brauchen. Damit war die Anfrage erledigt. — Nach der Absicht des Magistrats sollen in der

Gneisenau- und Yorckstraße die Straßenbahngleise verlegt

werden, und zwar von den Fahrdämmen hinweg in die Mitte der Straße, womit die zum Teil erst vor kurzer Zeit neu mit Ruhebänken und Kinderspielplätzen hergerichtete Mittelpromenade für den Publikumsverkehr verschwinde. Dagegen wandte sich ein Antrag der Deutschnationalen, die die Aufgabe dieses Projektes verlangten. Nach einer Rede des Stadtverordneten **Linke** (Dnat.), der für die Erhaltung der Promenade eintrat, begründete Stadtbaurat **Hahn** die Absichten des Magistrats mit der Ausgestaltung des Straßenbahnverkehrs in der Gegend des Halleschen Tores. An der bestehenden Promenade soll nicht viel geändert werden, nur — die Spielplätze müßten verschwinden. Stadtrat Genosse **Reuter** und Stadtverordneter Genosse Dr. **Lohmann** sprachen sich dafür aus, daß die Gleise in die Mitte der Straße verlegt werden, weil alle Verkehrsfachleute dies befürworten. In der Abstimmung wurde der Ausschußbeschluß, der den Magistrat auffordert, die Verlegung der Gleise zurückzuhalten, bis der Versammlung eine Vorlage gemacht ist, angenommen.

Winter- und Weihnachtsbeihilfen.

Zwei Anträge der Kommunisten, die die Zahlung eines einmaligen Zuschusses an die Unterstützungsempfänger und die Gewährung einer Winterbeihilfe an alle Unterstützungsempfänger einschließlich der Erwerbslosen fordern, wurden dann beraten. Verbunden mit diesen Anträgen ist ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der **Mittel zur Weihnachtsbescherung bedürftiger Kinder** fordert. Zu dem erstgenannten Antrage beschloß die Versammlung nach eingehender Diskussion, sich einer Eingabe des Magistrats an die Reichsregierung anzuschließen, nach der die Reichsregierung aus Reichsmitteln die gleichen Mittel wie für die Kleinrentner auch für die Sozialrentner und der ihnen gleichgestellten Unterstützungsempfänger zur Verfügung stellen soll. Bis zum Eingang der Antwort der Reichsregierung wird die Weiterberatung vertagt. Der Antrag wegen der Winterbeihilfe wurde dem Ausschuß für die Angelegenheiten der Erwerbslosen überwiesen. Der Antrag unserer Fraktion wurde in der Form zum Beschluß erhoben, daß der Magistrat ersucht wird, den **Kindern sämtlicher Unterstützungsempfänger einschließlich der Erwerbslosen** und der in städtischer Fürsorge stehenden Kinder eine **Winterbeihilfe zu Weihnachten von 10 M.** pro Kopf zu bewilligen.

In Bezug auf die Nachprüfung der **Pachtbedingungen der Rieselландkleinpächter hieß die Versammlung** nach einer eingehenden Berichterstattung des Genossen **Krille** die vorliegenden Ausschußbeschlüsse gut. Danach soll der Magistrat prüfen, ob die vorhandenen Rieselfelder überhaupt noch genügen, die Abwässer aufzunehmen und ob nicht eine andere Klärung der Abwässer durchführbar ist. Er soll ferner prüfen, ob die Rieselländereien der Kleinpächter ungleich und unzweckmäßig berieselt werden, für Abänderung sorgen und die Pachtverträge auf etwaige Härten hin nachprüfen und berichten.

Verkehrsregelung für Radfahrer.

Die Kommunisten hatten gegen die beabsichtigte Sperrung von etwa 100 Straßen für Radfahrer durch den Polizeipräsidenten Einspruch erhoben, die Stadtverordnetenversammlung sollte sich diesem Protest anschließen. Nach kurzer Aussprache, in der Genosse Otto **Kloß** den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion vertrat, wurden die Ausschußbeschlüsse angenommen. Danach empfiehlt die Versammlung, den Radfahrern die Benutzung der Straßen erster und zweiter Verkehrsordnung zu untersagen. Die Zeitungsfahrer können sie in Ausübung ihres Berufes benutzen. Das Verbot soll aber für die Nachtzeit von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens aufgehoben sein. Der Magistrat wird ersucht, bei Neuanlagen von Straßen Radfahrerwege zu schaffen. — Dem Berliner **Philharmonischen Orchester** wurden aus Vorbehaltsmitteln weitere **45 000 Mark als Zuschuß** bewilligt; den erwerbslosen Schauspielern und Artisten wurden als Unterstützung für Notstandsvorstellungen 75 000 M. zugesagt.

Der Turfprozeß.

Ob der Haynes bei dem Ritte
Streng gewahrt die „gute Sitte".
Ob reell er ritt zu Ende,
Oder ob er seine Hände
Vorzeitig herabgenommen, —
Kann man das herausbekommen.
Nimmt allein man ins Gebet die
Rennleitung, Krethi und Spreti?
Nein, in diesem Turfprozesse
Fehlt die einzige Finesse,
Die hier Sicherheit gewährt:
Fragt — das Pferd!

Jonathan.

Die Widersacher der „Guten Sitte".

Die Privatklage des Jockeis, der Engländer Haynes gegen den Redakteurs des „Weltsports" Wohl, fand gestern einen nicht wenig stürmischen Abschluß in der Ablehnung des von dem Nebenkläger gestellten Antrages, eine Reihe von Rennsportredakteuren großer Berliner Blätter als Sachverständige zu hören und in den spitzen Plädoyers der feindlichen Parteien. „Der Engländer Haynes hätte zu Hause bleiben sollen", meinte Wohls Verteidiger, Graf Bredow. „Weshalb empfiehlt Graf Bredow dem Herrn v. Oppenheimer nicht einige Dutzend guter deutscher Jockeis, wenn er derer soviel auf Lager hat, parierte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Alsberg.

Das Urteil wird erst am Donnerstag, dem 8. Dezember, verkündet werden.

Das 2. Sinfoniekonzert der Volksbildungsämter Friedrichshain und Prenzlauer Berg mit dem Berliner Sinfonieorchester unter Leitung von Jascha Horenstein findet am 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23, statt. Violin-Solist: Stefan Frenkel. Das Programm sieht eine Erstaufführung von Kurt Weill, das Violinkonzert D-Dur von Mozart und die Fünfte Sinfonie E-Moll von Tschaikowski vor. Eintrittskarten zum Preise von 75 Pf. (einschl. Garderobe) bei Bote & Bock und Wertheim, Leipziger Straße, und den bekannten Verkaufsstellen.

Schweres Autounglück bei Hönow.

Ein mit zwei Personen besetztes Auto fuhr heute in einer Kurve kurz vor Hönow im Kreis Niederbarnim in einen Chausseegraben, offenbar weil der Führer, der 33jährige Techniker Wilhelm Löbert aus Berlin-Lichtenberg, Simplonstraße 27, der Besitzer des Wagens, die Gewalt über den Wagen verloren hatte. Der Wagen überschlug sich. Löbert und sein Begleiter, der 24jährige Händler Erwin Freuer aus Berlin, Warschauer Straße 11, waren sofort tot.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Donnerstag, dem 1. Dezember.

1. Rennen. 1. Lord Polo (Nagowski). 2. Rebekerin (Freundt), 3. Deutscher (Arkimming). Toto: 93 : 10. Platz: 30, 86, 34 : 10. Ferner liefen: Mizzi Singer, Die Letzte, Linda Harvester, Cilly Dillon, Brigitte, Heimchen, Fettmella, Dänemark, Mistral, Mia Halle, Athener, Friedrichsbor, Krotchel, Joachim, Adeline, Herzensmädchen.

2. Rennen. 1. Ida Palos (Heckert). 2. Virtil (Nauß jun.). 3. Pierrim (Kozal). Toto: 180 : 10. Platz: 59, 27, 27 : 10. Ferner liefen: Ehrenberg, Luftschiffer, Tally Worldo, Kurfürst, Meister B., Statsdöserin, Johannisfeuer, Schmadahüpf, Morgenstau.

3. Rennen. 1. Erbprinz jun. (Besitzer). 2. Goudsters Gloria (Besitzer). 3. Kartenspieler (Retzki). Toto: 282 : 10. Platz: 37, 32, 18 : 10. Ferner liefen: Troga Watts, Propeller, Potsdam, Heider, Posen, Kaiser I, Alpenkönig, Hasenmädchen, Quo vadis, Morphide, Iram, Coriolanus, Rohlenkönig, Suß Lehburn, Holstein, Casanova, Weinbrand.

4. Rennen. 1. Lockung (Nauß jun.). 2. Gun Bacon (Großmann). 3. Prinzeß Peters (B. Pinn). Toto: 69 : 10. Platz: 22, 14, 15 : 10. Ferner liefen: Native Forbes, Colonel Dillon, Bordan, Gewein, Francisco, Cico Watts, Buchdrucker, Kammersänger, Johannisfäfer.

5. Rennen. 1. Henny Lord (Grube). 2. Malteser (Nauß jun.), 3. Hellina (Czeslon). Toto: 60 : 10. Platz: 16, 60, 23 : 10. Ferner liefen: Flaggenlied, Graf Dorn, Dichtung, Kasimir, Peter Hall, Idaja, Turandot, Lombardet, Alcibiades, Wagner, Orientale, Salome, Einsicht, Irrteufelchen, Eulenspiegel, Kletterrose, Hans Behrens.

6. Rennen. 1. Rubin (Eberl). 2. Erasmus (Großmann). 3. Möglich (Bahr). Toto: 27 : 10. Platz: 25, 50, 47 : 10. Ferner liefen: Polorit, Denkmünze, Cuba, Torrero, Lulite B., Justinian, Erster Wasserlomer, Corona Mc. Kinney, Eckstein, Flametta.

7. Rennen. 1. Kasimir (Besitzer). 2. Petronella II. (Besitzer), 3. Walnüsse (Hähne). Toto: 25 : 10. Platz: 15, 30, 16 : 10. Ferner liefen: Lindowtind, Friedrich Rex, Stapellauf, Mantua, Langemann, Interessent, Lustiger Bruder, Prinzeß Fortuna, Natter, Erich S.

8. Rennen. 1. Clematis blau (Grube). 2. Prinz Abbell (Heckert), 3. Manfred (Schuller). Toto: 42 : 10. Platz: 19, 17, 14 : 10. Ferner liefen: Frankenstein, Rotula, Copal, Elfe B. I, Kinostern, König Robert, Flamingo, Fenelon, Unheil.

Funkwinkel.

Die sogenannten Humoresken von Klara Blüthgen, die Jean Robert am Nachmittag vorliest, sind im Grunde für den Rundfunk zu belanglos. Vielleicht wirken sie gedruckt besser. Aber Humoresken müssen auch humoristisch sein. Das ist die Voraussetzung jeder Humoreske, und Klara Blüthgen nimmt darauf wenig Rücksicht. Auch was Dr. Kurt Parez über die Schiller-Preisträger Werfel, Burthe und Unruh zu sagen weiß, ist nichts Grundlegendes. Sicherlich gibt eine Preisverteilung Gelegenheit, im Rundfunk allerlei Bekanntes über bekannte Persönlichkeiten zu erzählen. Aber der Hörer würde auch originelle Gedanken des Redners immerhin akzeptieren. Mit Vergnügen sei hier festgestellt, daß Parez sich wenigstens um eine sprachlich gute Formulierung bemüht, aber eine kapriziöse Sprache allein bedeutet noch nicht die Erfüllung. Dr. Friedrich Luther beginnt seinen Zyklus „Das Seelenleben der Jugendlichen" mit einer Analyse des Seelenlebens des Kindes. Der Grundgedanke ist vielleicht dahin zu skizzieren, daß das Kind alles nur auf sich bezieht und keine prinzipiellen Unterscheidungen kennt. Wie immer spricht Luther außerordentlich klar und anschaulich. Ueber die Steuben-Feier im Reichswirtschaftsrat, die nachmittags übertragen wurde, berichten wir an anderer Stelle. Am Abend erzählt zunächst Dr. Anton Meyer, der Verfasser der sehr gründlichen Geschichte der spanischen Malerei, allerlei Seltsames über Künstlerschicksale. Darauf geht eine Stunde der Lebenden mit dem Dichter und Romanzier Hans Reiser in Szene. W. Fischer charakterisiert ihn als den ungebrochenen Bauern aus der Gegend von Partenkirchen. Am Schluß des Programms kommt das prächtige Havemann-Quartett mit Haydnschen Kompositionen.

F. S.

Forman gegen Schnupfen Wirkung frappant!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

14. Kreis Neukölln. Montag, 3. Dezember, 19½ Uhr, im Zhoelkasino Weichselstraße 8 konstituierende Versammlung der SPD.-Genossen aller kommunalen Betriebe und Verwaltungen Neuköllns. Tagesordnung: „Wesen und Aufgaben der SPD.-Fraktion der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller kommunalen Betriebe und Verwaltungen Neuköllns." Referent Genosse Dr. Fritz Schloß (Bezirksamt Kreuzberg). Wahl des Vorstandes der Gesamtsektion. Parteiausweis legitimiert. Alle Genossen, bei denen nicht wichtige Hinderungsgründe vorliegen, müssen erscheinen. Der Arbeitsausschuß der sozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten und Beamten des 14. Verwaltungsbezirks (Neukölln).

Heute, Freitag, 2. Dezember:

11. Abt. Die Bezirksführer haben sofort die Einlaßkarten für die Weihnachtsfeier vom Abteilungskassierer Genossen Tschirne abzuholen; desgleichen sind auch recht bald durch die Bezirksführer die Kinder unserer Parteigenossen ihren Bezirken zu benennen.

88. Abt. Halensee. 20 Uhr in der Schulaula, Joachim-Friedrich-Str. 35/36, Jugendfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend. Die Genossinnen und Genossen werden um recht zahlreiche Beteiligung gebeten.

Morgen, Sonnabend, 3. Dezember:

11. Abt. Die Genossen, welche sich an der „Vorwärts"-Besichtigung beteiligen, treffen sich um 17½ Uhr vor dem „Vorwärts"-Gebäude, Lindenstr. 3.

99. Abt. Brix-Buckow. 19½ Uhr bei Günther, Chausseestr. 18, wichtige Funktionärsitzung. Erscheinen dringend erforderlich.

Petershagen. 20 Uhr Monatsversammlung bei Heine, Dorfstraße. Vortrag des Genossen Zellner: „Weihnachtliches in deutscher Dichtung." Verschiedenes. Freunde und Anhänger sind als Gäste willkommen.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz:

7. Kreis Charlottenburg. Heute, Freitag, 2. Dezember, 18½ Uhr, im Rathaus Charlottenburg, Zimmer 178a, Elternausgabe und Abrechnung der Kaffe. Erscheinen aller beteiligten Genossinnen und Genossen dringend erforderlich.

Jungsozialisten.

Groß-Berlin: Genosse Otto Jenssen-Gera spricht in der Freien sozialistischen Hochschule im Sitzungssaal des Staatsrats am Sonnabend, 3. Dezember, 19½ Uhr, über: „Achtzig Jahre Kommunistisches Manifest." Die Mitglieder beteiligen sich an diesem Vortragsabend.

Gruppe Wedding-Gesundbrunnen: Heute, Freitag, 20 Uhr, im Jugendheim Ecke Pedigenheims Schönstedtstr. 1. Eingang Dettstr. 10, Baden, Vortrag: „Die Betätigung der öffentlichen Hand in der Wirtschaft." Referentin Käte Kern. Alle älteren SAJ.-Mitglieder sind eingeladen. Achtung! Heute Beitragszahlung. — **Gruppe Mitte:** Der Gruppenabend fällt wegen gemeinsamen Volkstheaterbesuches aus.

Kinderfreunde Groß-Berlin:

Die Kreisleiter werden gebeten, bis zum 10. Dezember spätestens in der Geschäftsstelle die Zahl der zu versichernden Kinder und Helfer anzugeben. Die bis dahin nicht gemeldeten bleiben unversichert. Die Versicherungsbeiträge, 20 Pf. pro Kopf, sind bis Ende Dezember zu zahlen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

84. Abt. Neukölln. Unser alter Genosse und langjähriger Funktionär Wilhelm Hanack, Lichtenrader Straße, ist plötzlich verstorben. Ehre seinem Andenken. Einäscherung Sonnabend, 3. Dezember, 17½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Rege Beteiligung wird erwartet.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Abteilungsmitgliederversammlungen heute, 19½ Uhr:

Moabit I: Schule Waldenserstr. 30. — **Moabit** II: Heim Lehrter Str. 18/19. — **Nordost:** Heim Danziger Str. 62. — **Weißensee:** Heim Parkstr. 36. — **Zentrum:** Heim Landsberger Str. 50. — **Andreasplatz:** Im Heim. — **Baltenplatz:** Heim Tilsiter Str. 43. — **Frankfurter Viertel:** Lokal Borkowski, Scheimer- Ecke Waldenserstraße. — **Stralauer Viertel:** Heim Gaßlerstr. 61. — **Warschauer Viertel:** Heim Litauer Str. 18. — **Kottbusser Tor:** Heim Reichenberger Str. 66. — **Schöneberg** I: Heim Hauptstr. 15. — **Ahlersshof:** Heim Roonstr. 16. — **Wahnsdorf:** Heim Wachtelstr. 1, beim Genossen Mohr. — **Köpenick:** Heim Grünauer Straße 5. — **Baumschulenweg:** Heim Grundstr. 16. — **Johannisthal:** Rathaus. — **Niederschönweide:** Schule Berliner Str. 81. — **Pankow-Nord:** Heim Görschstraße 14. — **Wörther Platz:** Heim Danziger Str. 62.

•

Rosenthaler Vorstadt: Heim Schönlicker Str. 25. „Die Notwendigkeit des Schundabwehrkampfes." — **Tempelhof:** Heim Elsenstr. 3. Heiterer Abend. — **Hohenschönhausen:** Heim Freienwalder Str. 5/6. „Einführung in den Sozialismus". 2. Teil. — **Lichtenberg-Nord:** Heim Tassdorf. 27. Zehn-Minuten-Referate. — **Friedrichsfelde:** Heim Schlaf- Ecke Berliner Straße. Uebungsabend zur Weihnachtsfeier. — **Britz:** Beteiligung an der Werbebezirksmitgliederversammlung. Heim geschlossen.

Westen I und II: Jugendfeier im Sophien-Lyzeum.

Halensee: Werbefeier in der Aula der Schule Joachim-Friedrich-Straße 35/36.

Neukölln IV: Morgen, Sonnabend, 1. Elternabend im Heim Kanner Straße. Eintritt frei.

Werbebezirk Schöneberg: Beteiligung an der Werbefeier der Gruppen Westen. **Werbebezirk Neukölln:** Heim Kanner Straße. Mitgliederversammlung. Vortrag: „Das Reichsschulgesetz." Erscheint zahlreich.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Fortsetzung des Kursus: „Einführung in die Gesellschaftswissenschaft" morgen, Sonnabend, 19 Uhr.

Freie Sozialistische Hochschule.

Sonnabend, den 3. Dezember, 7½ Uhr abends

im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3
Vortrag des Genossen **Otto Jenssen, Gera-Tinz:**

„Achtzig Jahre kommunistisches Manifest"

Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3 2. Hof, II, Zimmer 8. — Buchhandlung J. H.W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenufer. — Zigarrengeschäft Horsch, Engelufer 24-25, Gewerkschaftshaus. — Tabakverlag, Inselstr. 6. — Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreibundstr. 5. — „Werkfreude" Bücherstuben, Potsdamer Str. 104. — Berliner Gewerkschaftskommission, Engelufer 24-25 (Gewerkschaftshaus), sowie in allen Vorwärts-Speditionen. — Groß-Siedlung Britz: Liningstraße 57.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand: So., d. 3., 10 Uhr, Sitzung der Sanitätsgruppenführer im Gaubureau. — **Freitag, 2. Dezember. Kreuzberg:** Abt. 1: Die für Fr., d. 2., fällige Versammlung muß auf So., d. 5., 20 Uhr, bei Schaf, Willibald-Alexis-Str. 5, verlegt werden. **Charlottenburg:** Geselliger Kameradschaftsabend der Kameradschaft Stuttgart 20 Uhr im Ebenpalast, Kaiser-Friedrich-Straße. **Reinickendorf-West:** 20 Uhr Kameradschaftssitzung im Vereinslokal, Scharnweberstr. 50. Vortrag. **Berlin-Bärenide:** Pünktlich 20 Uhr Jahreshauptversammlung bei Modisch, Kaiserstraße. Wichtige Tagesordnung. Vorstandswahl. Erscheinen aller aktiven und passiven Kameraden Pflicht. — **Sonnabend, 3. Dezember. Rosenthal:** 20 Uhr bei Frische, Riesbeckstr. 6. Bericht von der Gaugeneralversammlung. Unsere Weihnachtsbescherung. Alles muß erscheinen. — **Sonntag, 4. Dezember. Neukölln-Britz:** 5. Kameradschaft (Jungbanner) Winterveranügen in Reinhardts Festsälen, Hasenheide 57. Es wirkt u. a. mit: Herm. Ballentin von den Bernauer-Bühnen. Eintrittskarten 1 M. bei den Funktionären. 8½ Uhr Antreten Hohenzollernplatz zum Ausmarsch. 10 Uhr Treffen Schützenhaus. **Sportplatz Friedrichsfelde:** 9—10 Uhr Mitte, 13—15 Uhr Prenzlauer Berg, 13—14 Uhr Lichtenberg, 14—15 Uhr Treptow, 15—16 Uhr Friedrichshain. **Ahlersshof:** 8—11 Uhr Arbeitsdienst auf dem Sportplatz hinter der Bahn (Birkenwäldchen). Spaten mitbringen. Beteiligung jedes Schutzsportlers Pflicht. — **Tiergarten:** Kameradschaft Arminius Fr., d. 2., 20 Uhr, Kameradschaftsversammlung bei Schmidt, Bielefelder Str. 17. — **Wedding:** Kamerad Straßburger, Schulstr. 65, ist verstorben. Die Beerdigung findet am So., d. 3., 15 Uhr, auf dem Neuen Pauls-Friedhof, Seestraße, statt. Die Kameraden treffen sich zur Abholung der Fahne um 14 Uhr bei Müller, Ufferstraße 12. Nachzügler am Friedhof. Rege Beteiligung ist erwünscht.

Arbeiter-Radiobund, Ortsgruppe Berlin. Gruppe Neukölln: Jeden Freitag 20 Uhr Prinz-Handjery-Str. 70. 2. Dezember Vortrag: „Telegraphie einst und jetzt." 9. Dezember Vortrag: „Der Funkeninduktor als Sender." Radiogenossen, berichtigt unsere neueingerichtete Bastelstube. — **Gruppe Schöneberg:** Jeden Donnerstag 20 Uhr Gebenstr. 58. 1. Dezember öffentliche Werbeveranstaltung. Genosse Hoffmann: „Zweck und Ziel des ARB." Technischer Vortrag: „Aus der Praxis für die Praxis." (Im Gruppenlokal.) — **Gruppe Kottbusser Tor:** Jeden Donnerstag 20 Uhr Adalbertstr. 21. 1. Dezember Werbeabend im Gruppenheim, 20 Uhr. 8. Dezember Vortrag: „Röhren mit Wechselstrom." — **Gruppe Wedding:** Jeden Dienstag 20 Uhr Pasewalker Str. 3. Jeden Donnerstag 20 Uhr Experimentier- und Bastelabend. — **Gruppe Südost:** Jeden Dienstag Liegnitzer Str. 19. 6. Dezember Lichtbildervortrag über die Bedeutung des Rundfunks. — **Gruppe Lichtenberg:** Jeden Dienstag 20 Uhr Scharnweber- Ecke Kaupschstraße.

Jüdischer Arbeiter-Kulturverein G. B., Berlin. Sonnabend, 3. Dezember, 20 Uhr, Sophiensäle, Sophienstr. 17/18, Vortrag vom Vorsitzenden des Ukrainischen „Geserd" (Gesellschaft zur Förderung der jüdischen Kolonisation), Genossen Nikolaewski. Thema: „Die jüdische Kolonisation in Sowjetrußland." Der für den 3. Dezember angesetzte Vortrag von Percz Hirschhein mußte auf den 10. Dezember verlegt werden. Es findet in den Sophiensälen statt. Karten behalten Gültigkeit.

Rundfunkhörer Tempelhof! Werbeversammlung des Arbeiter-Radiobundes Freitag, 2. Dezember, 19 Uhr, Schulaula Manteuffel- Ecke Schöneberger Straße. Ausstellung von selbstgebauten Apparaten.

Vortrag Dr. Magnus Hirschfeld für Taubstumme. Sonntag, 4. Dezember, im großen Vortragssaal des Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 83/85, 16½ Uhr, ärztlicher Vortrag für Taubstumme. Es können auch hörende Personen teilnehmen. Thema: „Die sexuelle Krise und das Recht auf Liebe." Eintritt 30 Pf. Kinder haben keinen Zutritt. Einlaß 15 Uhr.

Berliner Verein für Schulgesundheitspflege. Sitzung Freitag, 9. Dezember, 20 Uhr, Großer Hörsaal des Hygienischen Instituts der Universität, Dorotheenstraße 28. „Schulreform als volkshygienische Notwendigkeit." Gäste willkommen.

Bund der Versicherungsvertreter Deutschlands G. B. Monatsversammlung Montag, 5. Dezember, 18 Uhr, Hotel Terminus, Potsdamer Str. 6. Vortrag über: „Ordentliche Gerichte, Arbeitsgerichte oder Schiedsgerichte?" Fachkollegen und sonstige Interessenten eingeladen.

Freie Vereinigung von Sternfreunden. Sonnabend, 3. Dezember, Versammlung ab 20 Uhr beim Vorsitzenden Schuldirektor Freund, Halensee, Westfälische Straße 26, vorm 1 Tr. Vortrag. Gäste willkommen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen. Bezirk Zentrum: Montag, 5. Dezember, Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 12, Monatsversammlung. Referent Kameraden Schwartz. „Die kommenden Wahlen und unsere Stellungnahme zu denselben."

Erweiterungsbau Stiller.

Die Geschäftsräume der Firma Stiller am Dönhoffplatz haben eine bedeutende Vergrößerung erfahren. Sämtliche vier Stockwerke des Hauses sind nunmehr für die Zwecke des Verkaufes eingerichtet worden. Im Parterre und ersten Stock befinden sich die Verkaufsabteilungen für Damenschuhe, denen naturgemäß der meiste Raum gewidmet ist, im zweiten Stock werden die Herren neu beschuht; anschließend an diese Abteilung sind Kojen für Fußpflege und für orthopädische Fußbehandlung vorhanden; unter ärztlicher Aufsicht wird hier genauestens festgestellt, wo einem „der Schuh drückt". Im Bedarfsfalle werden sogar Röntgenaufnahmen gemacht und der betreffende Arzt hat bei dieser Gelegenheit schon des öfteren Erkrankungen des Kniegelenkes, Verkalkungen usw. gefunden, die nicht selten in einem Fußschmerz ihre Ausstrahlungen finden. Der Clou des Neubaues, das freudige Mekka der Jugend, bietet der in der Kinderabteilung des dritten Stockwerks eingerichtete Kinder-Vergnügungspark. Ein großes, elektrisch fahrendes Karussell mit Musik, Schaukeln, Pferdchenreiten, fröhliche Lektüre, all das unter der Aufsicht von Kindergärtnerinnen, sind als Aufenthaltsraum für die kleinste Kundschaft geschaffen worden. Hier ist natürlich der stärkste Andrang. Das Karussell ist ständig belagert, ebenso alle anderen Lustbarkeiten und beim Weggehen gibt es noch ein hübsches Andenken in Form einer kleinen Spielerei. Im vierten Stock sind die Bureaus und Lagerräume untergebracht. Eine besondere Abteilung für Rest- und Einzelpaare bietet die willkommene Möglichkeit preiswerter Gelegenheitskäufe. Die Verkaufsräume sind alle hell und geräumig, zahlreiches, gut geschultes Personal vermittelt rasch die Abwicklung des Kaufes.

Wo kaufe ich vorteilhaft zu Weihnachten? In nicht ganz drei Jahren kann das bekannteste WarenkreditHaus A. Damitt, Rosenthaler Str. 43/47, sein 50jähriges Bestehen feiern. Ein Beweis für seine Reellität, ein sichtbares Zeichen des Vertrauens, das der große Kundenkreis der Firma und seinem Inhaber, Herrn Alexander Schen, entgegenbringt. Kam Doch bis tief zu den Kellern erstrecken sich in vier Etagen übersichtlich angeordnete Verkaufsräume. Möbel, Teppiche, Konfektion, eine Maßabteilung für Herren, fertige Damenmäntel und Kleider, Wäsche, Gardinen, Hüte, Oberhemden, Schirme, Stöcke, alles was man für sich selbst und an Ausstattung braucht, ist bei Damitt zu haben. Die Bedienung sehr liebenswürdig und aufmerksam. Die Kreditgewährung ist in jeder Weise den Einkommensverhältnissen des Käufers entsprechend äußerst kulant. Der Einkauf bei A. Damitt kann daher nur empfohlen werden.

In 8 Monatsraten kann man preiswert Damenkleider, Damenmäntel, Anzüge, Paletots usw. bei der bekannten Firma Scherzer u. Berh, Andreasstr. 5, kaufen. Siehe Anzeige in dieser Nummer.

Für Frühaufstehen!

Das Frühaufstehen macht manchem Großstädter viel Plage. Schaut euch die müden, verschlafenen Gesichter in der Straßenbahn, in der Untergrundbahn, in den Zügen an, die morgens Tausende zur Arbeit tragen. Wer klug ist, raucht nicht die letzte Zigarette am Abend, sondern hebt sich noch ein paar Massary-Privat für den Morgen auf. Nach dem Kaffee, nach dem Tee, auf der Fahrt zur Arbeitsstätte wirkt so ein glimmendes, belebendes Rauchstäbchen Wunder. Man „taut auf", man streift die Bettschwere ab und findet den grauen Alltag nicht mehr ganz so unerträglich.

Massary-Privat aber muß es sein — denn diese wundervolle 4-Pfennig-Zigarette schont die Börse und gibt doch einen hohen, reinen Genuß.

Massary-Privat 4 ₰

ohne Mundstück- und mit Goldmundstück

Das ist Tabak!

Auch die älteren Schwestern der Massary-Privat sind reifer als gestern, sind vollkommene Tat:

Massary-Delft 5 Pf.
Massary-Ritter 6 Pf.
Massary-Diplomat 8 Pf.

Der Herr Professor, Doktor Schwool, lehrt folgendes als Philosoph:
„Lach dich durchs Leben bis zum End,
lach und sei „Jacob"-Abonnent!"
G.

„Der Wahre Jacob", das weltbekannte Witzblatt, kostet trotz erhöhten Umfanges nur 80 Pf. Bestelle noch heute beim Zeitungsboten oder in deiner Volksbuchhandlung.

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 2. 12. 27
Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
7½ Uhr
Der Kuß

Freitag, 2. 12. 27
Städtische Oper
Bismarckstr.
Gr.-Vers. II Anf. 7½
Jonny spielt auf

Staatl. Schauspielh.
am Gendarmenmarkt
8 Uhr
Peer Gynt

Staatl. Schillerth.
Charlottenburg
Anf. 8 Uhr:
Wallensteins Tod

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7½ Uhr
Peer Gynt

Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Schieber des Ruhms

8 Komische Oper 8
Neuartiges Revue-Stück
Alles Nackt!
(Nach d. gleichn. Paris. Revue „Tout nu"). 200 Mitwirkende!
Original-Pariser Kostüme
Sonnt. 3½ Uhr: Vollständige Vorstellg. zu kleinen Preisen
Jeder Erwachs. 1 Kind frei
Parkett 3,50 Mk.
Theaterkasse ununterbr. geöffn.

8 Uhr SCALA
Drei (Original) Fratellini
und andere weltberühmte, zum ersten Male in Berlin auftretende internationale Stars
Sonnabends u. Sonntags
je 2 Vorstellungen
1⁰⁰ u. 6 Uhr — 3⁰⁰ zu ermäßigten Preisen das ganze Programm.

8 Uhr Winter-Garten Variete
Rauchen gestattet
Das gr. Weihnachtsprogramm!

CIRCUS BUSCH
Heute Freitag geschlossen anläßl. d. Beisetzung des verstorb. Herr Rat Busch
Morgen und tägl. 8 Uhr:
Der bayerische Hiesel
ein Spiel aus den Bergen von Adolf Steinmann
Musik v. Jul. Einödshofer
Vorher das große vollständig neue Circusprogramm!
Sonnabend Sonntag 3½ U. halbe Preise!
Volles Circusprogramm, Kinderbelustigungen und zum Schluß
Berlins größte Märchenrevue!
Fahrt ins Märchenland

Deutsches Theater
Norden 10334—37
8 U. Ende 11 U.
Dorothea Angermann
v. Gerh. Hauptmann
Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele
Norden 10334—37
7½ Uhr
Deutsche Erstaufführung:
Broux-Expreß
Komödie von Guido Brunow
Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
Bismarck 2414/751A
8¼ U., Ende 10¼ U.
Die Ehe von Welt
Komödie von Noel Coward.
Regie: Fritz Lampe

Berliner Theater
Direktion Kuhnert.
Charlottenstr. 90 Fr. Stadt. 170
Täglich 8 Uhr:
Max Adalbert
in „Knock out"
Hans Brausewetter.

Piscatorbühne
Theat. a. Nollendorfplatz
Kurfürst 2091/93
Anf. 8, Ende nach 11
Zum 25. Male:
Rasputin, die Romanows, der Krieg und das Volk, die gegen sie aufstand
von Alexey Tolstoi und Schtschegolew
insc. Erwin Piscator

Großes Schauspielhaus.
Tägl. 8 U. Ende 11 U.
DER MIKADO
Die neue CHARELL-Inszenierung mit
Max Pallenberg
Rita Georg
Bendow
Jankuhn
Stöke Szakall
Werkmeister
Westermeier
Jackson Boys
Sunshine Girls
Ausst. Prof. Stern
Dirig. Dr. Römer
Mittw., Sonnab., Sonntag nachmitt. 3 Uhr Kinderrevue
Kapitän Funk
mit Alfred Braun
Kleine Preise.
Vorverkauf 10—6 Uhr

Neues Theater am Zoo
Täglich 8 Uhr
Die Hotelratte
Operette v. Bromme
Alex Endy, Fegi Heidemann

Lessing-Bühne
Th. Königgrätz. Str.
Bergm. 2110.
8—10.15 Uhr:
Gustav III
von Strindberg.
Regie: Victor Barnowsky

Komödienhaus
Norden 6304.
8.15—10.40 Uhr
Hokuspokus
von Curt Götz

CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringer Str. 37
Neu! **Klein-Kleckersdorf!** Neu!
Ausschneiden! Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1.10 M., Sessel nur 1.60 M.

Trianon-Th.
Tägl. 8½ Uhr:
Gastspiel
Erika Gläßner
in **Gretchen**
Für Jugendliche nicht geeignet
Sonntag, nchm. 4 Uhr
Zum letzten Male:
Max u. Moritz
u. Kasperle-Theater

Rose-Theater
8½ Uhr
Einer von unsere Leut.

Lustspielhaus
8½ Uhr
„Zaza"

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6.
Täglich 4 U. u. Sonntagnchm. 3 U.
Elite-Sänger
Wundervolles Weihnachtsprogramm.
Volkspreise von 50 Pf. bis 2.50 M.
Stgs. u. 1. u. 2. Feiertag nchm. 3 U.
Große Familien-Vorstellung
Volles Programm. — Kleine Preise.

Reichshallen-Theater
Abds. 8 U. u. Sonnt. nachm 3 U.
Stettiner Sänger
Z. Schluß (n. noch bis 7.12.) „Eine Hochzeit in der Müllerstraße".
nachm. halbe Preise, volles Programm.
Dönhoff-Brett'l: Varieté, Kabarett mit Carl Braun u. Ernst Walter — Tanz

Wellenbad Lunapark
Täglich geöffnet 9⁰⁰ vorm. bis 11⁰⁰ abds
Temperat.: Wass. 20 Grad, Luft 20 Grad
Eintritt für Zuschauer 50 Pfg.
Restauration • Café • Conditorei

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köpenick.

Die am Sonnabend, dem 26. November 1927, vollzogene Wahl der Vertreter der Versicherten zum Ausschuß der Kasse ergab folgendes Resultat:

Liste I Kennwort „Freie Gewerkschaften"	2118 Stimmen
Liste II Kennwort „Christlich-National"	35 „
Ungültig	13 „
	2500 Stimmen

Auf die einzelnen Wahllokale verteilen sich die Stimmen wie folgt:

	Liste I	Liste II	Ungültig
Wahllokal Gutenbergstraße 33	614	134	8
Wahllokal Karl Lietsche Dorotheenstraße 1	746	131	5
Wahllokal Del. Schulz Bahnhofstraße 1	858	94	—
	2218	350	13

Nach diesem Ergebnis entfallen auf Liste I 35 Vertreter, auf Liste II 5 Vertreter.

Etwaige Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl sind gemäß § 21 der Wahlordnung beim Versicherungsamt Berlin einzulegen.

Berlin-Köpenick, den 29. November 1927.

Der Vorstand.
Otto Nickel, Vorsitzender. Fr. Murckes, Schriftführer.

Bettfedern - Daunen
direkt ab Fabrik an Private.
Graue Kopffedern Pfd. 50 Pf. Reine Gänsefedern zum Selbstbetten Pfd. 1.10 bis 2.75.
Reinigungstage Mittwoch u. Donnerstag.
Bettfedernfabrik Schwan
Brunnenstr. 152. Fabrikgebäude part. rechts.

Kopfschmerz, Nervenschmerzen
„Durmitin"-Pulver
In allen Apotheken Mk. 0.15
unschädlich, sofort wirkend

Ueber
150 Standuhren
am Lager
Laden-Uhren
Werkstatt-Uhren
Kuckucks-Uhren
Taschen-Uhren
Karl Wutke
Uhrmachermeister
Invalidenstraße 16
(Stettiner Bahnhof)
Gegründet 1900

Ziehung 9. u. 10. Dez.
Marienburger Geld-Lotterie
4000 Gewinne u. 1 Prämie Mark
Höchstgewinn **130 000**
75 000
Hauptgewinn **50 000**
Prämie **25 000**
Hauptgewinn **10 000**
Alle Gewinne bar ohne Abzug zahlbar.
Lose zu 3 M. Postgebühr 20 Pf.
H. C. Kröger A.G.
Berlin W 8, Friedrichstr. 192-193

Theater des Westens
Täglich 8½ Uhr:
Frasquita
Operette von Lehár
Kammersänger Franz Ladwig a. G., Martha Fuchs, Gustav W., Hannsch und Gerd

Thalia-Theater
8 Uhr
Der rote Hahn

Walhalla-Th.
8½ Uhr:
Wie Du küßt keine
Operette von Pfarschner
Vorz. für Park. auch Sonntags 60 Pf.
Sonntag nchm. 4 U.
Max u. Moritz
Parkett v. 30 Pf. an.

Alhambra-Bline
Ots. Künstler-Th.
8½ Uhr
Chicago

Lessing-Theater
8 Uhr
Schinderhannes

Planetarium am Zoo
Fasanenstraße, Lessingstraße Ecke
Nollendorf 1578
Der Sternenhimmel auf der Reise von Berlin nach dem Aequator
Vorführungen:
4½, 6, 7½, 9 Uhr.
Eintritt 1 M.
Kinder unt. 15 Jahren 0.50 M.

Th. im Admiralspalast
Täglich 8½ Uhr
HALLER-REVUE „Wann und wo!"
2 Sonntag Vorstellung, 3 Uhr u. 8½ Uhr
Nachm. die ganze Vorstellung zu halb. Preis.
Jeden Sonnabend u. Mittw. 3½ Uhr:
Märchen-Revue „Aschenbrödel"
Kleine Preise.

Der große Lacherfolg

Ein Harold-Lloyd-Corp.-Film der Paramount im Verleih der Parufamet
Regie: SAM TAYLOR
Wochentags 7 9¹⁵ Sonntags 5 7 9¹⁵
Ufa-Palast am Zoo
Vorverk. bei A. Wertheim u. von 12-2 Uhr am Ufapalast am Zoo

Metropol-Th.
Tägl. 8½ Uhr
Paganini
Operette von Franz Lehár.
Jakob, Eduard Lichtenstein, Lucie Rimarbauer, Hella Körty, Arthur Hell u. a.

Frisch geschlacht. junge, prachtvolle
Gänse 1.10
einzig i. Geschmack
9 bis 14 Pfd. schwer.
Wegner, Berlin SO
Marianennenstraße 34
im Gänsekeller.

Mal- u. Zeichen-Bedarf
L. Juergens
Alexanderplatz

KLEINE ANZEIGEN
in der Gesamtauflage des „Vorwärts" sind besonders wirksam und trotzdem
sehr billig!

Herren-Maß-Schneiderei „ALEXECK"
Gontardstr. 5 II. Etg., Ecke Königstr.
Erstklassige Stoffe. Solide Preise.
● Ratenzahlung ohne Preisaufschlag ●

Mifa
DAS QUALITÄTS-FAHRRAD
64 – 85 – 96 – 105 M Kassapreis usw.

Qualitäts-Nähmaschine
135 – 170 – 207 – 225 M Kassapreis usw.
Wochenraten von 2.50 M an
DIREKT AB FABRIK
FABRIKVERKAUFSSTELLEN
Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 1; NW 21, Turmstr. 3 (gegenüber vom Kriminalgericht); N 54, Schönhauser Allee 177; O 34, Petersburger Straße 8; SW 61, Belle-Alliance-Straße 6; SW 68, Alexandrinenstr. 15; Charlottenburg, Tauroggener Straße 12; Kaiserin-Augusta-Allee 44; Friedenau, Cranachstr. 37; Bln.-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Straße 89; Neukölln, Friedelstraße 27; Pankow, Schloßstraße 18; Potsdam, Berliner Straße 11; Schöneberg, Barbarossastraße 42; Spandau, Potsdamer Straße 10; Tegel, Berliner Straße 18; Bln.-Tempelhof, Berliner Straße 62.

Günstiges Weihnachtsangebot

in Ulstern, Anzügen und Damenmänteln
Trotz **wöch. Teilzahlung**
= außergewöhnlich billige Preise =
Julius Fabian
Maßschneiderei
Große Frankfurter Straße 37
Kein Laden! Nur II. Etage!
Bitte genau auf Straße und Hausnummer zu achten!

1 Paar Mark Anzahlung 8 Monatsraten

Damenkleider, Damenmäntel
Elegante Anzüge, Mod. Ulster u. Rockpaletots
36 42 65 85 Mk.
Burschenanzüge, Burschenmäntel, Joppen und Cordanzüge fabelhaft billig.
Erstklassige Maßanfertigung.
SCHERZER-BROH
ANDREASSTR. 5.
Ecke Breslauer Str., am Schlesisch. Bahnhof. Tel.: Königst. 6415
Auf Wunsch kommt fachmännischer Vertreter ins Haus.
Bitte, genau Firma und Hausnummer beachten.

Kredithaus Anders
1/4 Anzahlung Rest in 8 Monats-Raten
Möbel mit 1/10 Anzahlung Langfristiger Kredit!
Damen- Herren- u. Kinder-Konfektion
Leib-, Haus-, Bettwäsche, Oberhemd., Kragen, Steppdeck., Gardinen, Tisch-, Diwandecken, Teppiche, Läuferstoffe usw.
Riesen-Möbel-Auswahl
Reinickendorfer Str. 16
Größtes Haus am Nettelbeckplatz, am Bahnhof Wedding.
Ecke Pank- und Gerichtstraße Ecke
Parterre, I. II. III. IV. Etage

Fleisch- und Wurstwaren-Verkauf
Billig und gut **Thaerstr. 40** Billig und gut
geöffnet von 8—3 Uhr, Freitags und Sonnabends 8—7 Uhr
Schönhauser Allee 33 geöffnet von 8—1, 4—7 Uhr

Lungenkranke! Täuscht Euch nicht!
Die Symptome: Husten, Auswurf, Stechen usw. bedeuten keine Selbsttäuschung. Rechtzeitiger Kampf dagegen ist rettende Hilfe. „NYMPHOSAN" bringt diese Hilfe. Kranke, die ihn verwenden, bezeugen dies durch unaufforderliche Gutachten. Ueberraschend ist die Erleichterung, die sofort eintritt. Preis der Flasche M. 3.50, Paradeschaum M. —.50. Erhältlich in allen Apotheken
bestimmt Prinzess-Viktoria-Apotheke, Berlin N, Müllerstraße 30, Mittes Apotheke, W 57, Potsdamer Straße 54a, Apotheke zum goldenen Hirsch, SW 68, Fürst-Bismarck-Apotheke, SO 33, Hengst Apotheke, Berlin O, Berlin-Karlshorst: Neue Apotheke.
Alleinhersteller: Nymphosan-A.-G., München 25/C.

Kahlbaum Edel
der große deutsche Weinbrand ebenbürtig französischem Cognac

Ungenutzte Erfahrungen.

Der Waggonbau in der Krise und in der Hochkonjunktur. — Gemeinden als Helfer der Privatindustrie. — Die Trustfrage.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat beschlossen, die Mehrausgaben, die ihr aus den Reparationsabgaben, und der Besoldungsreform erwachsen, durch äußerste Einschränkung des Materialeinkaufs auszugleichen. So sollen die Ausgaben für Oberbaumaterial auf das Mindestmaß beschränkt werden, während für Fahrzeuge, deren Bedarf für 1928 bereits im voraus gedeckt wurde, überhaupt keine Neuaufträge vorgesehen sind. Die Folgen für den Lokomotivbau, besonders aber für die Waggonindustrie, würden dann außerordentlich schwer sein.

In der Geschichte der schweren Stabilisierungskrise bildete die Krise in der Waggonbauindustrie ein besonderes Kapitel. Eine Anzahl von Momenten wirkte hier zusammen, um die allgemeinen Schwierigkeiten der Wirtschaft in diesem Industriezweig auf die Spitze zu treiben. Neugründungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit, sowie planlose Ausbauten der alteingesessenen Werke zur Unterbringung der Inflationsgewinne brachten es dahin, daß Anfang 1925 etwa 80 Waggonfabriken mit einer Leistungsfähigkeit von zirka 400 Millionen Mark in Deutschland bestanden, während der gesamte Auftragsbestand Ende 1925 sich auf knapp 15 Millionen bezifferte. Die Sünden der Inflationszeit rächten sich um so schwerer, als die Reichsbahn mit der Einführung der Festmark ihre Aufträge abstoppte, teils wegen Uebersättigung mit rollendem Material, teils aus finanziellen Gründen. Dazu kam noch, daß die großen ausländischen Serienaufträge gleichfalls selten wurden und auch die Reparationsaufträge stark nachließen. So stand die deutsche Waggonindustrie bald mitten in schwerster Krise.

Dieser katastrophalen Entwicklung fiel eine ganze Anzahl führender Waggonunternehmen zum Opfer. Die meisten Werke mußten zu scharfen

Sanierungsmaßnahmen, Betriebsumstellungen und Kapitalzusammenlegungen

schreiten. So brach im Herbst 1926 der Linke-Hofmann-Lauchhammer-Konzern, dessen Rückgrat die äußerst leistungsfähigen Breslauer Waggon- und Lokomotivbetriebe bildeten, auseinander. Die Waggon- und Maschinenbau-A.-G. in Görlitz hatte in den Jahren 1924 bis 1926 rund 5,75 Millionen Mark Verluste ausgewiesen, so daß die Gesellschaft gezwungen war, ihr 12-Millionen-Kapital in dem außerordentlich scharfen Verhältnis 5:1 zusammenzulegen und zur Beschaffung neuer Mittel auf 6 Millionen wieder zu erhöhen. Nicht besser erging es anderen bedeutenden Werken. So mußten die Gothaer Waggonfabrik ihre 7,5 Millionen Mark Kapital im Verhältnis 4:1, die Waggonfabrik Fuchs in Heidelberg, die die Hälfte ihrer 4 Millionen Aktienkapital eingebüßt hatte, ihr Kapital auf ein Drittel zusammenlegen und die Eisenbahnbedarf A.-G. in Düsseldorf ihre 3,5 Millionen Kapital halbieren. Auch die Sächsische Waggonfabrik Werdau, die ihre Verluste verhältnismäßig niedrig halten konnte, sah sich zu einem Abstrich von 0,7 Millionen Mark von den 4,4 Millionen Kapital gezwungen. — Im Zusammenhang mit diesem allgemeinen Zusammenbruch ist

das Eingreifen der Gemeinden

von besonderem Interesse. Da die großen Werke überwiegend in mittleren oder kleineren Städten liegen, mußten Stillegungen dieser Werke, die durchweg starke und hochqualifizierte Belegschaften unterhalten, die Lage an den städtischen Arbeitsmärkten bei der herrschenden Massenarbeitslosigkeit Ende 1926 ungemein verschärfen. Auch an Umgruppierung der Waggonarbeiter wäre bei der allgemeinen Krise nicht zu denken gewesen. Andererseits lag es auf der Hand, daß bei neu einsetzendem Reichsbahnbedarf die Lage der Waggonindustrie sich rasch bessern würde, es also in diesem Fall darauf ankam, den Werken das Durchhalten einer Uebergangszeit zu erleichtern. So entschlossen sich einzelne Kommunen, die Sanierung der Werke finanziell zu unterstützen. Die Stadt Hannover übernahm von der Hannoverschen Waggonfabrik, die gänzlich zusammengebrochen war und neun Zehntel ihres Aktienkapitals verloren hatte, Grundstücke im Wert von 800 000 M., die Stadt Breslau überwies den Linke-Hofmann-Werken 2 Millionen Mark für Beteiligung an deren niederschlesischen Kohlenzechen, Görlitz übernahm die Garantie für neu aufgenommene Kredite der Görlitzer Waggon-A.-G. und etwa eine Million junger Aktien. Aehnliche kommunale Unterstützungsmaßnahmen sind in Gotha und Eisenach festzustellen. Auch Sonderaufträge für die städtischen Straßenbahnen wirkten krisenmildernd. Diese Tatsachen verdienen heute um so größere Beachtung, wo der Reichsbankpräsident Schacht unerhörte Angriffe gegen die kommunale Wirtschaftspolitik richtet.

Das Lieferkartell.

Mit einer rein finanziellen Sanierung der Waggonindustrie allein war natürlich nichts getan. Hand in Hand mußte eine grundlegende Rationalisierung der Betriebe gehen und die Möglichkeit geschaffen werden, den umgestellten Werken mit größeren Aufträgen über die Uebergangszeit hinwegzuhelfen. Da die Reichsbahn, die als einziger großer Auftraggeber in Frage kam, sich bereit erklärte, ihre erst in den nächsten Jahren fälligen Aufträge bereits 1926/27 zu erteilen, wenn ihre Bedingungen in der Rationalisierungs- und Preisfrage erfüllt würden, sahen sich die früher sehr selbstherrlichen Waggonindustriellen vor die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses gestellt. Etwa dreißig der leistungsfähigsten deutschen Waggonfabriken schlossen sich Ende des vorigen Jahres in der Deutschen Waggonbauvereinigung zusammen und schlossen ein Abkommen mit der Reichsbahn, in dem diese sich verpflichtete, 90 Proz. ihrer Aufträge diesem Verbande zu überweisen. Eine bestimmte Zusage über die Höhe der Aufträge erteilte die Reichsbahn nicht, da die Neubeschaffung bei dem immer noch sehr hohen Bestand an rollendem Material — etwa 31 Proz. vermehrte Ladefähigkeit bei etwa 6 bis 8 Proz. vermehrtem Verkehr gegenüber der Vorkriegszeit — der weiteren Verkehrsentwicklung überlassen werden mußte. Dagegen besitzt die Reichsbahn in dem vorbehaltenen einjährigen Kündigungsrecht nach zwei Jahren ein Druckmittel, daß ihre Preissenkungsforderungen erfüllt werden. In dieser Linie liegt auch die Bestimmung, daß die Werke, deren Selbstkosten mehr als 5 Proz. über den durchschnittlichen liegen, aus der Vereinigung ausscheiden müssen. Diese Bestimmung wirkt zweifellos rationalisierungsfördernd, birgt jedoch auch die Gefahr, daß die aus dem Verbande ausscheidenden Betriebe eine Entschädigung für ihren Lieferungsanteil verlangen. Das Beispiel in der Kaliindustrie zeigt, wozu das führen kann.

Um die Trustbildung.

So entsteht für die weitere Gesundung der Waggonindustrie die Frage des Zusammenschlusses mehrerer Betriebe zu einem Unternehmen. Bereits im vorigen Jahre tauchte das Projekt eines Waggontrusts auf, das jedoch an den persönlichen Gegensätzen der leitenden Männer scheiterte. Der kürzlich erfolgte Zusammenschluß westdeutscher Werke — der Waggonfabriken van der Zypen u. Charlier, Köln, Killing u. Sohn, Hagen, und der Düsseldorfer Eisenbahnbedarf A.-G. — zu der Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken A.-G. ist ein Schritt auf diesem Wege, wenn auch ein sehr kleiner. Die Bedeutung der Fusion darf nicht überschätzt werden; besitzt doch das neue vereinigte Unternehmen nur eine elfprozentige Quote im Verband, während Linke-Hofmann schon allein über 14 Proz. verfügt. Auch hat man in der ost- und mitteldeutschen Gruppe, in der mit Linke-Hofmann, Görlitzer Waggon, Busch Bautzen und Werdau die stärksten Werke vertreten sind, in dem Trustgedanken vermutlich ein Haar gefunden, seitdem es den einzelnen Werken wieder besser geht. So sprach sich die Verwaltung der Görlitzer Waggon auf der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung ausdrücklich gegen einen Zusammenschluß mit den benachbarten schlesischen und sächsischen Werken aus. Dieser Standpunkt entspricht ganz und gar der selbstherrlichen Stellung der Waggonindustriellen in der Vorkriegszeit, als die Waggonindustrie eine bequeme Rentnerindustrie war. Die Görlitzer Verwaltung hält die Zeit für gekommen, wieder solche Auffassungen zu pflegen, da sie nach den Krisenjahren für 1926/27 zum erstenmal wieder eine Dividende von 8 Proz. ausschüttete. Dabei ist von führenden Männern der Waggonindustrie betont worden, daß bei der fortschreitenden Normung und Typisierung der Reichsbahnwagen die Unterhaltung kostspieliger Konstruktionsbureaus und eines übermäßig starken technischen Stabes ein Unding sei und daß bei konsequenter Durchführung des Rationalisierungsgedankens ein Zusammenschluß zu regionalen Waggontrusts kommen müsse.

Die Reichsbahn besitzt zwar keinen direkten Einfluß auf die Umgruppierung der einzelnen Werke, hat sich jedoch in dem Abkommen mit der Wagenbauvereinigung genügend Druckmittel gesichert, um im Sinne einer solchen Rationalisierung einzugreifen.

Erholung, aber unzureichende Vorsorge.

Die Abschlüsse für 1926/27 zeigen, daß die Waggonindustrie sich rasch erholt hat. Verluste werden nur von wenigen Unternehmen ausgewiesen, bei denen sich die erhöhte Beschäftigung erst im kommenden Jahre auswirkt. In der scharfen Senkung der Selbstkosten drücken sich die Erfolge der betrieblichen Rationalisierung aus. Auch die Belegschaften konnten bedeutend verstärkt werden, so in Görlitz um 1000 auf 3500, in Hannover um einige hundert und in Heidelberg bei der Waggonfabrik Fuchs sogar von 400 auf 1600 Mann. Diese schnelle Besserung der Lage hat aber die Waggonindustrie anscheinend allzu sicher gemacht. Sie vergißt, daß die augenblicklich gute Beschäftigung nur den vorzeitig vergebenen Reichsbahnaufträgen zu verdanken ist, und daß auch der Bedarf der Reichsbahn einmal zurückgeht. Die Erfahrungen der letzten Krise sollten ihr eigentlich eine Warnung sein. B—e.

Schacht züchtet Pleitegeier.

Konkurse im November um 32 Proz. gestiegen.

Die Zahl der Konkurse, die nach dem niedrigen Septemberstand bereits im Oktober zugenommen hatte, ist im November in steiler Kurve angestiegen. Der letzte Monat weist mit insgesamt 697 Insolvenzen einen Rekordstand seit August 1926 auf. **Die Steigerung gegenüber dem Oktober beträgt 32 Prozent.** Besonders auffällig ist die Verdoppelung der Zahlungseinstellungen im Kohlen-, Metall-, Maschinen- und Chemikaliengewerbe. Auch die Konkurse im Handwerk haben um etwa 50 Prozent zugenommen.

Diese beunruhigenden Zahlen sprechen deutlicher als alles andere gegen die Schachtsche Politik der Kreditdrosselung. Ihre Wirkung bekommen naturgemäß zu allererst und am schärfsten die kapitalschwachen Kreise des Handwerks und kleinen Mittelstands zu spüren, denen die Reserven und Auslandsverbindungen der großen Unternehmungen und Konzerne fehlen. Es ist gar kein Zweifel, daß die Schäden, die bis jetzt schon durch Einstellung von kommunalen Bauten und die zunehmenden Konkurse angerichtet sind, sich zwangsläufig weiterfressen, wenn die Reichsregierung der Politik Schachts weiterhin tatenlos zusieht, wie es nach der gestrigen Rede des Reichswirtschaftsministers Curtius den Anschein hat.

Krach im Gußstahlwerk Witten.

Aus der Dunkelkammer monopolistischer Aufsichtsratspolitik

Was aus einem solide geleiteten und technisch hochstehenden Unternehmen werden kann, wenn es zum Spielball kapitalistischer Spekulationen gemacht wird, zeigen skandalöse Vorgänge beim Gußstahlwerk Witten. Dieses Unternehmen gehörte in der Vorkriegszeit mit zu den bestrentierenden Unternehmen der westdeutschen Schwerindustrie. Seitdem die Aktienmajorität zum Handelsobjekt gemacht wurde und aus den Händen des Stumm-Konzerns an den Stahltrust, Krupp, Klöckner und Hoesch überging, haben sich derartige Verhältnisse innerhalb der Verwaltung und zwischen den einzelnen Aktionärgruppen herausgebildet, daß schwere Rückwirkungen auf die Entwicklung des Werkes eintraten.

Der Abschluß 1924/25 ergab bei einem Aktienkapital von 10,4 Millionen einen Verlust von 1,75 Millionen Mark, der durch Auflösung des Reservefonds auf 0,76 Millionen Mark ermäßigt wurde. Das Jahr 1925/26 ergab einen erneuten Verlust von 0,61 Millionen Mark, wodurch sich der neue Gesamtverlust auf 1,37 Millionen Mark erhöhte. Bereits vor einem Jahre legte die Verwaltung ein Sanierungsprogramm vor, nach dem das Kapital von 10,4 auf 5,2 Millionen Mark halbiert und sodann zur Zuführung neuer Betriebsmittel um 4,4 auf 9,6 Millionen Mark wieder erhöht werden sollte. Die aus der Kapitalzusammenlegung sich ergebenden 5,2 Millionen Mark Buchgewinne sollten zur Abdeckung des Verlustes, zu Abschreibungen auf veraltete Anlagen und zur Bildung eines Reservefonds von einer Million verwandt werden. Dieses Projekt scheiterte an dem Widerstand der Minderheitengruppe unter Führung des Eisengroßhändlers Ottenheimer. Diese Gruppe vertrat den Standpunkt, daß die Sanierung in dieser scharfen Form auf Machenschaften des Stahltrusts zurückzuführen sei, der für die geplante Eingliederung des Wittener Werkes einen möglichst niedrigen Preis zahlen und durch Uebernahme der jungen Aktien sich die ausschlaggebende Stimmenmehrheit sichern wolle. Bezeichnend für die Stellung des Stahltrusts war es, daß dieser nach dem abgewiesenen Sanierungsvorschlag seine gänzliche Uninteressiertheit an dem Wittener Werk erklärte, seine Mitglieder aus dem Aufsichtsrat zurückzog und der Verwaltung anheimstellte, mit den bestehenden Schwierigkeiten fertig zu werden.

Diese bis jetzt fortdauernden Differenzen führten auf der letzten Generalversammlungen zu stürmischen Szenen. Der Verlust aus dem Vorjahr bleibt bei dem (trotz der guten Konjunktur) geringen Reingewinn von 37 000 Mark in fast derselben Höhe von 1,33 Millionen Mark bestehen, die Schulden von 6,8 Millionen Mark — darunter 4 Millionen Bankschulden — sind sogar noch gestiegen, so daß eine Sanierung nach wie vor erforderlich ist.

In ihren Angriffen gegen die Verwaltung betonte die Opposition, daß die ganze Bilanz den Einfluß des Stahltrusts verrate. So erreichten die Abschreibungen von 1,16 Millionen Mark mehr als 10 Proz. des Aktienkapitals, während der Stahltrust bei seiner eigenen Bilanz sich mit 3 Proz. und bei dem Gußstahlwerk Döhlen mit etwa 2,8 Proz. begnüge. Der Stahltrust habe ein besonderes Interesse, die Verhältnisse bei dem Stahlwerk Witten ungünstiger erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit sind. Dagegen erklärte der Vorsitzende, daß die Aufsichtsratsmitglieder weder Puppen der Gebrüder Stumm noch des Stahltrusts seien, und daß die ungünstigen Verhältnisse einzig und allein auf die Verschleppung der Sanierung zurückzuführen seien. Das Ereignis der Sitzung bildete der Austritt von vier Aufsichtsratsmitgliedern, darunter sämtlicher Bankiers, mit der Begründung, daß ein ersprießliches Arbeiten unter den gegenwärtigen Umständen nicht möglich wäre. Die ausscheidenden Bankiers erklärten bei dieser Gelegenheit, daß mit einer Drosselung der Bankkredite gerechnet werden müßte, wenn die verantwortlichen Stellen die Dinge einfach weitertreiben ließen.

Dieser Blick in die Dunkelkammer der Aufsichtsratspolitik enthüllt skandalöse Verfahrungsweisen privater „Wirtschaftsführung". Auf dem Rücken eines großen Werkes werden die Interessenkämpfe zwischen Stahltrust, Minderheitsaktionären und Bankkapital ausgetragen, und den Schaden tragen, wie stets bei kapitalistischen Machtkämpfen, die Belegschaften des Werks. Kapital wird hier zu Millionen verschleudert, aber wo die Arbeitszeit vernünftig und menschwürdig geregelt werden soll, da sind die „Kosten nicht tragbar"!

Lebenshaltungsindex.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats November auf 150,8 gegen 150,2 im Vormonat. Sie ist demnach um 0,3 Prozent gestiegen.

Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 152,0, für Wohnung 125,4, für Heizung und Beleuchtung 146,1, für Bekleidung 164,2, für den „Sonstigen Bedarf" einschließlich Verkehr 185,8.

Automobilwettkampf mit Teilzahlungen. Die Verhandlungen der Daimler-Benz A.-G. über offizielle Einführung eines Teilzahlungssystems sind jetzt abgeschlossen worden. In gewisser Hinsicht hatte die Gesellschaft praktisch bereits ein Teilzahlungssystem mit Wechseln von 18monatlicher Laufzeit gehandhabt, die in der Regel mit 1 Proz. über dem Reichsbankdiskont verzinst wurden. Die jetzt erfolgte Neuregelung der Teilzahlung wird nach dem Muster der Teilzahlung bei Versicherungs- und Motorbanken erfolgen, jedoch wird die bisherige und für einen Teil der Kundschaft sehr bequeme Art der Zahlung mit verlängerten Wechseln beibehalten werden. Als Kreditinstitut ist die Rheinische Creditbank in Aussicht genommen. Die Anzahlung der gesamten Kaufsumme soll mit ungefähr 30 Proz. erfolgen. — Diese neuen Maßnahmen der deutschen Automobilindustrie, der inländischen Kundschaft den Kauf zu erleichtern, sind zweifellos auf die wachsende ausländische Konkurrenz zurückzuführen. So macht die amerikanische Industrie immer erneute Anstrengungen, den deutschen Markt zu erobern. Zur Umgehung der deutschen Zölle führt Amerika Einzelteile für Automobile ein, die in hiesigen Werkstätten montiert werden. So bestehen jetzt schon in Berlin drei große Montagewerkstätten für amerikanische Automobile von Ford, General Motors und Chrysler Corporation. Zurzeit stellen Chrysler etwa 40 Wagen täglich zusammen und die General Motors etwa 75 Wagen. Nach den neuvollendeten Werksausbauten rechnen die General Motors mit einer Tagesleistung von 150 Wagen, während die Chrysler Corporation ihre Tagesleistung sogar verdreifachen will. Die deutsche Automobilindustrie muß also alle Anstrengungen machen, um mit den fortgeschrittenen amerikanischen Produktions- und Absatzmethoden Schritt halten zu können.

Günstiger Stand der Eisenkonjunktur im November. Nach dem Bericht des Stahlwerkverbandes, der Spitzenorganisation der Eisen- und Stahlindustrie, hat sich auch im November noch kein Nachlassen der schwerindustriellen Konjunktur bemerkbar gemacht. Besonders bemerkenswert ist, daß der Auftragseingang für Stabeisen, der sonst in der vorgerückten Jahreszeit regelmäßig nachläßt, sich auf der Höhe des Vormonats gehalten hat. Die Preise für Exportwaren wurden erhöht. Auch der Inlandsmarkt für Halbzeug ist unverändert gut, während aus dem Ausland sogar noch erhöhte Auftragsbestände vorliegen. Die Grobblech-Walzwerke haben größere Bestellungen von der Schiffbauindustrie erhalten und weisen außerdem einen normalen in- und ausländischen Auftragseingang auf. Besonders günstig ist die Lage in den Bandeisenwerken, die auf einen noch steigenden Inlandsbedarf hinweisen. Infolge der stärkeren Nachfrage des Auslandes wurden auch hier Preiserhöhungen vorgenommen.

Das Pariser Zuckerabkommen wird ratifiziert. Auf der am 30. November in Berlin eröffneten internationalen Zuckerkonferenz berichtete der kubanische Vertreter über die noch in Fluß befindlichen Verhandlungen mit der Vereinigung der Java-Zuckerproduzenten. Die Präsidenten der deutschen, polnischen und tschechischen Delegation erklärten darauf, daß sie im Namen der von ihnen vertretenen Industrien das Pariser Abkommen vom 14. November ratifizieren. Zum Schluß wurde bekanntgegeben, daß auch die ungarische Zuckerindustrie mit den Pariser Abmachungen sympathisiere und mit einer baldigen Entscheidung der ungarischen Zuckerproduzenten zu rechnen sei.

Die Regierung antwortet.

Curtius und Brauns zur sozialdemokratischen Interpellation. — Deutschnationale Scharfmacherei.

Nach der großen Rede des Genossen Aufhäuser im gestrigen Reichstag, die wir im Hauptblatt veröffentlichen, packte die Rechtsblockregierung zwei Minister zur Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation vor. Als erster nahm das Wort

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius:

Wirtschafts- und Sozialpolitik sind keine Gegensätze, sie bedingen und durchdringen sich gegenseitig. Man hat, so erklärt er, eine lange Zeit wie hypnotisiert auf die Passivität der Handelsbilanz hingestarrt und den Einfuhrüberschuß wie eine Art von Krankheit am deutschen Wirtschaftskörper behandelt. **Auch durch Verminderung des Imports kann nicht ein Kapitalzuwachs erzielt werden.** Die Passivität der Handelsbilanz ist nur ein Symptom; der bewegende Faktor ist der Kapitalstrom. Die Oeffentlichkeit hat mit Recht darauf hingewiesen, daß

die Auslandsverschuldung keineswegs nur ein ökonomisches, sondern auch ein soziales Gesicht hat.

Er freue sich, daß der Botschafter Schurman bei seiner Ankunft in New York die Sicherheit der deutschen Anleihen unterstrichen hat. Wenn ich, so fährt der Minister fort, im Haushaltsausschuß zur Begründung der Sicherheit unserer Auslandsanleihen darauf verwiesen habe, daß den Auslandsanleihen 34 Milliarden eigenes Kapital allein der Industrie gegenübergestanden habe, so kommt Prof. Bresch zu einer Gesamtschätzung der deutschen Warenlager von 30 Milliarden gegenüber 5 Milliarden Kreditoren. **Die Sicherheit der Kommunalanleihen ist auch durch das große Vermögen der deutschen Kommunen garantiert, und die Höhe der Verschuldung ist im Verhältnis zur Vorkriegsverschuldung gering.** Der Abg. Aufhäuser hat mir vorgeworfen, daß ich die Gemeinden nicht gegen die Angriffe geschützt hätte. Ich muß darauf hinweisen, daß dieser Forderung von der Reichsregierung in der Gegen-Denkschrift vollauf Genüge geleistet worden ist.

Die Auffassung, daß es sich größtenteils um Luxusausgaben gehandelt habe, wird von der Reichsregierung nicht gedeckt.

(Lebhaftes Hört, hört!) Die gesamte wirtschaftliche und politische Bedeutung der Frage ist allerdings damit nicht erschöpft. Wir verlangen von den kapitalistischen Unternehmungen, besonders von Trusts, Kartellen und allen Organisationen der Großwirtschaft, daß sie sich in die Gesamtwirtschaft einfügen. Dann dürfen wir aber auch den Gemeinden gegenüber erklären, daß auch eine isolierte Kommunalwirtschaft unmöglich ist, und wir müssen fordern, daß die Investitionen der Kommunen sich in die gesamte wirtschaftliche Entwicklung einfügen, und vor allem kommt es uns an, auf eine Gemeinschaftsarbeit in bezug auf Maß und Tempo der Investitionen. Ich stimme mit dem Vorredner durchaus darin überein, **Schwimmbäder und andere Anlagen zur Erhaltung der Volksgesundheit sind keineswegs Luxus,** und es ist richtig, daß die eigentlichen Luxusausgaben im gesamten Budget der Gemeinden nur einen kleinen Teil darstellen. Es muß anerkannt werden, daß die Gemeinden zum größten Teil in Ausübung der produktiven Erwerbslosenfürsorge solche Ausgaben gemacht haben. Dennoch ist die Frage gerechtfertigt, ob bei vielen dieser Anlagen Pracht und Verschwendung notwendig war und ob dadurch nicht vielfach ein Eindruck hervorgerufen worden ist, der sich geradezu aufreizend auswerten kann. (Zustimmung rechts.) Ich habe schon im Haushaltsausschuß gesagt, daß sich

das Tempo und das Ausmaß unserer Konjunktur langsam abschwächt.

Wir werden bald in die Lage versetzt werden, weit mehr als bisher den Auslandsmarkt aufzusuchen, deshalb sind wir genötigt, durch weitgehende Rationalisierung auf die Niedrighaltung der Selbstkosten zu drücken und Lasten abzubürden. **Die Reichsregierung vermag eine Ueberteigerung des Preisniveaus nicht anzuerkennen.** Im Oktober 1926 betrug der Großhandelsindex 136,2, im Oktober 1927 139,8, also eine Erhöhung um 3,6 Punkte oder 2,6 Proz. Die Lebenshaltungskosten betrugen im Oktober 1926 142,2, im Oktober 1927 150,2; das ist eine Erhöhung um 8 Punkte oder 5,6 Proz. Eine Gegenüberstellung der Löhne im Oktober 1926 und 1927 ergibt eine Steigerung um 8—10 Proz. Ich weiß wohl, daß der statistische Normalmensch eine Abstraktion ist (Sehr richtig! links), welches Elend in weiten Kreisen herrscht und wie drückend das niedrige Existenzminimum ist, aber ich wollte die Richtung und Bewegung der Preisgestaltung durch diesen Vergleich zeigen. **Die Preiskurve zeigt nicht nach oben,** man kann nach der Statistik eher von einer Entspannung sprechen. Wir haben also keinen Grund zu einer Teuerungspsychose und die Reichsregierung sieht keine Notwendigkeit, durch die Gesetzgebung Vollmachten zu erbitten, um unmittelbar auf die Preise einzuwirken. (Hört, hört! links.) In bezug auf die politische Seite der Auslandsverschuldung verweist man mit Recht auf die Gefahr einer Abhängigkeit vom Gläubigerland, aber die Verbindung zwischen dem Kapital von Amerika und der Produktivkraft unseres 60-Millionen-Volkes ist eins der stärksten Aktiva der Weltwirtschaft überhaupt. Die Auslandsverschuldung hat natürlich auch ihre

Einwirkung auf den Transfer.

Ich glaube, daß besonders nach der zwingenden Beweisführung des Reichsbankpräsidenten in seiner Bochumer Rede kein Zweifel daran bestehen kann, daß den privaten Gläubigern ein Vorrecht vor den politischen gebührt. Den politischen Gläubigern kann aber gesagt werden, daß sie durch diese Priorität der Privaten nicht geschädigt werden. Im übrigen ist in wesentlichen Teilen der Transfer erst durch das Hereinlassen von Auslandsdevisen möglich gewesen. Die Sozialdemokratische Partei betreibt mit ihren Anträgen im volkswirtschaftlichen Ausschuß eine Aenderung der bisherigen Kartellpolitik sowohl nach der Seite der Organisation wie auch der materiellen Gesetzgebung. Der Zeitpunkt für eine solche grundlegende Aenderung scheint mir jedoch noch nicht gekommen. In wenigen Wochen werden die ersten Publikationen der Kartell-Enquete in der Oeffentlichkeit erscheinen. Erst nach Abschluß der Enquete können wir an die Frage herangehen, ob und inwieweit das Kartellgesetz geändert werden soll.

Die Zollsenkungsaktion.

Die Linie, die wir mit der Absendung der deutschen Delegation nach Warschau verfolgt haben, ist durchaus klar. Der deutsch-französische Handelsvertrag enthält gewiß keine Zollsenkungen auf den vom Abg. Wissell vor einigen Tagen genannten Gebieten, aber bei 140 bis 150 anderen Positionen enthält er sehr wesentliche Senkungen. Ueber die

Tätigkeit der Anleiheberatungsstelle

haben wir zusammen mit der Reichsbank Grundsätze aufgestellt. Wir haben nicht immer mit der Reichsbank übereingestimmt, sehr häufig hat diese einen schärferen Maßstab an die Gesuche gelegt als wir; sehr häufig ist sie überstimmt worden. Im ganzen sind in diesem Monat 411 Millionen befürwortet worden, davon sind aber je 30 für die Rentenbankkreditanstalt und für die Preußenanleihe bestimmt gewesen und nur der Rest für eigentliche Kommunalanleihen. Nun komme ich zu der Neuorganisation der Beratungsstelle. Diese ist nicht etwa geschlossen worden, wie der Vorredner meinte, wir haben im Gegenteil eine große und weitreichende Aufgabe in Angriff genommen, die Konsolidierung der kurzfristigen Anleihen der Kommunen mit dem Ziel der Aufstellung eines Anleiheplans der Kommunen. Aber es darf auch nicht verschwiegen werden: nach eingehenden Beratungen ist die Beratungsstelle außerstande, jetzt die einzeln eingehenden Anträge zu beraten und zu befürworten. Alle Maßnahmen, die ich besprochen habe, könnten wirkungslos werden und das Bild würde unvollständig sein, wenn wir nicht damit rechnen müssen, daß

die Reichsreform

alsbald erfolgt. Wir erwarten, daß die Länder in der gemeinsamen Arbeit auch über ihre Finanzpolitik und ihre Steuerverhältnisse Aufklärung zu geben bereit sein werden, und praktische Einzelmaßnahmen für die Verwaltungsreform vorschlagen werden. Die Stunde zum Handeln hat geschlagen.

Präsident Löbe teilt mit, daß ein kommunistisches Mißtrauensvotum eingegangen ist mit dem Wortlaut: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags."

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Der zweite Teil der Interpellation Müller-Franken befaßt sich mit Fragen der Lohnpolitik, der sozialen Renten und mit den für die Fürsorge maßgebenden Bestimmungen. Der Nachdruck liegt auf den Fragen der Lohnpolitik. Die aufsteigende Konjunktur des letzten Jahres hat bekanntlich auch eine beträchtliche Steigerung der Löhne im Gefolge gehabt. Ich betone ausdrücklich diesen Zusammenhang der Lohnsteigerung mit der Konjunktur. Die behördlichen Stellen können eine Verständigung der Parteien über die Löhne anbahnen und fördern, sie können im Rahmen dieser Möglichkeiten gewisse Härten ausgleichen, die Lohnentwicklung aber maßgebend zu bestimmen, sind sie nicht in der Lage. Daher besteht auch der Einfluß des Reichsarbeitsministeriums auf diesem Gebiet im wesentlichen in einer vermittelnden Tätigkeit bei freien Verhandlungen. Verbindlichkeitserklärungen bilden nicht die Regel. Unter normalen Verhältnissen sollen sie auf Ausnahmefälle beschränkt sein. Im übrigen ist das Reichsarbeitsministerium bei der Verbindlichkeitserklärung an dem gegebenen Inhalt der Schiedssprüche gebunden. Es hat nur die Wahl zwischen einem Ja oder einem Nein und keine Möglichkeit, am Inhalt der Sprüche irgendeine Aenderung vorzunehmen. Sämtliche Schlichtungsbehörden haben sich bei ihrer Tätigkeit immer von dem Bestreben leiten lassen, bei Neuabschlüssen von Tarifverträgen Lohn und Gehälter im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu heben. Den Beweis dafür liefert auch die Entwicklung des letzten Jahres. Das Tariflohnniveau ist nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts, die einen Durchschnitt der Löhne der wichtigsten Berufsgruppen darstellen, vom Januar 1927 bis November 1927 um rund sieben Prozent gestiegen, während die Indexziffer vom Januar 1927 bis heute eine Steigerung von ungefähr vier Prozent aufweist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Zeiten günstiger Konjunktur die wirklichen Verdienste im allgemeinen stärker anzusteigen pflegen als die tariflich vereinbarten Lohnsätze. Man darf also feststellen, daß

das Niveau des Reallohnes der deutschen Arbeiterschaft im Durchschnitt gesehen, sich ebenfalls gebessert hat.

Ich bin mir bewußt, daß diese Entwicklung nicht allen Arbeitern zum Bewußtsein kommt, weil sehr viele von ihnen an den Folgen der Krise von 1926 heute noch zu tragen haben. Es ist aber für die deutsche Wirtschaft in ihrer gegenwärtigen Lage unmöglich, in kurzer Frist alle Schäden der Vergangenheit wettzumachen. Wenn das bezüglich der Lohnhöhe Geltung haben soll, so muß es selbstverständlich auch gelten hinsichtlich des Unternehmergewinnes und der Kapitalansammlung. Damit komme ich auch zu der Frage der

Einwirkung der Rationalisierung der Betriebe auf die Löhne.

Die Reichsregierung und insbesondere auch das Reichsarbeitsministerium haben stets mit Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß die Rationalisierung auch der Arbeiterschaft zugute kommen müsse, sei es durch Steigerung der Nominallöhne, sei es durch Senkung der Preise, die einer Steigerung des Reallohnes gleichkommt.

Die Sozialrenten haben in der letzten Zeit ebenfalls eine — teilweise beträchtliche — Erhöhung erfahren. Trotz des äußeren Abschlusses der Sozialversicherung infolge des neuerdings noch durchzuführenden Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung sind doch noch gewisse Reformen auf dem Versicherungsgebiete unerläßlich und dringlich.

Der Arbeitsminister deckt die schwerindustriellen Kampffonds

Es ist in der Interpellation auch auf den Kampffonds Bezug genommen worden, der kürzlich von der Schwerindustrie begründet worden ist. **Rüstungen für eventuelle Arbeitskämpfe zu betreiben ist ein Recht, das als solches ebensowenig bestritten werden kann, wie der Arbeitskampf selber.** Damit urteile ich nicht über die Modalitäten derartiger Kampfvorbereitungen und über die Frage, welche Partei im gegebenen Einzelfalle vielleicht das rechte Ausmaß überschreitet. Für die Beurteilung meiner Haltung ist meines Erachtens wesentlich, daß ich mich selbstverständlich weder durch solche Maßnahmen noch durch die Art, wie sie in der Oeffentlichkeit kritisiert werden, von einer streng objektiven Einstellung abbringen lasse.

Die deutsche Sozialpolitik ist unter verschiedenen Gesichtspunkten angegriffen worden. Von der einen Seite, weil sie gegenüber der unermeßlichen Not der Zeit noch nicht ausreicht, von der anderen Seite, weil sie die Kräfte der Wirtschaft übersteige. Zweierlei wird man ihr nicht absprechen können: die deutsche Sozialpolitik hat trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, unter denen sie in der Nachkriegszeit litt, in wenigen Jahren Leistungen vollbracht, welche die Taten von Jahrzehnten der Vorkriegszeit weit übertreffen. Es war ferner nicht zum wenigsten die deutsche Sozialpolitik, welche uns vor schweren Erschütterungen des Wirtschafts- und Staatslebens im letzten Jahrzehnt bewahrt und damit den deutschen Wiederaufbau ermöglicht hat.

Abg. **Rademacher** (Dnat.): Man kann den Inhalt dieser Interpellation dahin zusammenfassen: Wir brauchen den hemmungslosen Zustrom ausländischen Kapitals, um dadurch bei uns selbst möglichst viel zu zerschlagen. (Gelächter links.) In der passiven Handelsbilanz erblicke ich eine außerordentliche Gefahr auch für den weiteren Kapitalzustrom. Darüber hinaus zeigt sich, daß wir zu teuer produzieren. **In Polen sind die Löhne 45 Proz. niedriger als bei uns.** Wenn wir auch früher mit Dr. Schacht nicht immer einverstanden gewesen sind,

so stehen wir doch hinter dem heutigen Reichsbankpräsidenten (lebhaftes Hört, hört! links) **in seinem Kampfe um die Stabilität der Währung und in seinem Kampf gegen die Städte und die von ihnen erstrebte Sozialisierung hinten herum.**

Hinzu kommt **die Unberechenbarkeit der deutschen Gesetzgebung, die dem Kapitalisten keine Sicherheit für sein Kapital gibt.** Die Hebung der Kaufkraft der Landwirtschaft durch Erhöhung der Zölle hat auch eine Belebung der Industrie herbeigeführt, die sich in der jüngsten Konjunktur ausdrückte. (Widerspruch links.) Hoffentlich wird nicht bei den Verhandlungen mit Polen über den Handelsvertrag eine neue schwere Absatzschädigung für die deutsche Landwirtschaft und damit eine schwere Schädigung der gesamten Volkswirtschaft in Kauf genommen.

Das Dreischichtensystem ist noch gar nicht durchführbar, denn die erforderlichen 18 000 Facharbeiter sind weder vorhanden, noch kann man sie unterbringen. (Abgeordneter Graßmann (Soz.): Sie haben Zeit genug!) Fünfeinhalb Monate sind für die Durchführung einer so schwerwiegenden Verordnung keineswegs genügend.

Die Dawes-Last ist, das hat sich bereits herausgestellt, in vollem Umfange technisch nicht erfüllbar. Sie ist überhaupt nur erfüllbar durch einen Ausfuhrüberschuß. Da eine Steigerung der Ausfuhr in dem erforderlichen Umfang leider unmöglich scheint, muß man jetzt schon die Erfüllung verneinen.

Nicht zur Unzufriedenheit, wie Sie (zu den Sozialdemokraten) es wollen, sondern zur verantwortlichen Mitarbeit müssen wir die Arbeiter erziehen. Erziehen Sie die Arbeiter dazu, daß der Stimmzettel nicht dazu da ist, seine materielle Lage zu verbessern. (Beifall rechts; Lachen und ironisches Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 15 Uhr vertagt.

Nationalkommunistische Obstruktion.

Deutschnationale, Volksparteiler und Kommunisten sabotieren im Landtag die Landgemeindeordnung.

Der Preußische Landtag trat am Donnerstag, dem 1. Dezember 1927, mittags 1 Uhr, wieder zusammen. — Präsident Bartels widmete zunächst dem inzwischen verstorbenen Abg. Dr. Hager (Z.), dem Vorsitzenden des Handels- und Gewerbeausschusses, einen Nachruf.

Zur Geschäftsordnung beantragten die Abgg. Schwenk (Berlin) und Kilian (Komm.) die sofortige Behandlung der von den Kommunisten eingebrachten Anträge gegen die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft und den Abbau des Mieterschutzes von seiten des Wohlfahrtsministers.

Abg. **Kloft** (Z.) zur Geschäftsordnung: Wir widersprechen der Beratung, da die Kommunisten im Aeltestenrat bei der Feststellung der Tagesordnung von ihrem Vorhaben nichts gesagt haben.

Abg. **Pieck** (Komm.) bezeichnet diese Begründung der Ablehnung als faulen Zauber. Nach der Geschäftsordnung habe jede Fraktion das Recht, Anträge zur Geschäftsordnung zu stellen.

Durch den Widerspruch des Abg. Kloft (Z.) ist der kommunistische Geschäftsordnungsantrag erledigt.

Das Haus überweist hierauf ohne Debatte einen kommunistischen Antrag auf staatliche Hilfe für abgebrannte Bauern des Dillkreises dem Hauptausschuß.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird der erste Punkt der Tagesordnung, die zweite Beratung der neuen preußischen Besoldungsordnung, abgesetzt. Der Hauptausschuß hat die erste Lesung der Vorlage noch nicht beendet; sodann ist eine Angleichung der preußischen Besoldungsordnung an die Reichsvorlage, die der Reichstag ebenfalls noch nicht verabschiedet hat, notwendig. — Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der

neuen preußischen Landgemeindeordnung,

die mit der Wiederholung der namentlichen Abstimmung über § 1 beginnen soll. Das Haus ist seinerzeit bei der namentlichen Abstimmung über diesen Gegenstand durch Obstruktion der Rechtsparteien und der Kommunisten beschlußunfähig gemacht worden. Der Aeltestenrat schlägt hierzu vor, die vorgesehene namentliche Abstimmung auszusetzen und erst am Freitag, dem 2. Dezember, nachmittags 2 Uhr, vorzunehmen, in der Beratung der Vorlage aber fortzufahren.

Abg. **Lüdicke** (Dnat.) spricht sich gegen den Antrag des Aeltestenrats aus und fordert sofortige Abstimmung über den § 1. Abg. **Kilian** (Komm.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. **Riedel** (Dem.) bejaht, daß dem Aeltestenrat nur Zweckmäßigkeitsgründe für seinen Antrag geleitet hätten. Das Vorgehen der Deutschnationalen laufe wiederum auf Obstruktion hinaus. Es sei notwendig, endlich zu einer positiven Arbeit zu kommen.

Bei der Abstimmung ergibt die Auszählung durch Hammelsprung die Annahme des Antrages des Aeltestenrates. Die Abstimmung wird also auf Freitag verschoben.

Die Besprechung der Vorlage wird nunmehr mit der Beratung des § 2 fortgesetzt. Hierzu begründet Abg. **v. Eynern** (D. Vp.) einen Abänderungsantrag, nachdem künftig Landgemeinden nur zu Städten erklärt werden sollen, wenn sie mehr als 15 000 Einwohner haben und nicht, wie im Entwurf vorgesehen, nur 10 000 Einwohner. Der Antrag wird abgelehnt. Nunmehr beantragen die Deutschnationalen über den gesamten § 2 namentliche Abstimmung.

Da Rechtsparteien und Kommunisten wiederum Obstruktion üben, indem sie der Abstimmung fernbleiben, ergibt sich mit 175 Stimmen für den § 2 wiederum die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Der Präsident schließt die Sitzung, beruft auf sofort eine neue Sitzung mit demselben Gegenstand der Tagesordnung ein und setzt die Beratung bei dem § 3 der Vorlage fort. § 3 wird ohne Debatte angenommen.

Zu § 4 halten die Abgg. **v. Eynern** (D. Vp.) und **Kilian** (Komm.) längere Obstruktionsreden. Kilian wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie durch ihre Koalitionspolitik die schlechte Vorlage verschuldet haben. Die Kommunisten hätten, um die Aufhebung der Gutsbezirke zu erreichen, eine eigene Gesetzesvorlage eingebracht und hofften dabei auf die Unterstützung aller Parteien, die dieses Ziel mit ihnen zusammen erreichen wollen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag, den 2. Dezember, mittags 12 Uhr. Der Antrag der Kommunisten, ihre Anträge gegen die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft auf die nächste Tagesordnung zu setzen, wird wiederum abgelehnt. — Tagesordnung: Fortsetzung der 2. Beratung der Landgemeindeordnung; kleinere Vorlagen.

Konflikt in den Berliner Metallgießereien.

Der Schiedsspruch einstimmig abgelehnt.

Der Metallarbeiterverband hatte das Lohnabkommen für die Berliner Metallformer und Hilfsarbeiter auf Beschluß der Branchenkommission zum 30. November gekündigt und von den Unternehmern eine Erhöhung der Löhne um 10 Pf. und der Akkorde im gleichen Prozentverhältnis gefordert. Die Unternehmer teilten sofort telephonisch mit, daß sie Verhandlungen als gescheitert betrachten und der Verhandlungskommission anheimstellen, den üblichen Weg zum Schlichtungsausschuß zu gehen.

In den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß am 25. November lehnten sie ebenfalls jedes Zugeständnis glatt ab, so daß es zu einem Schiedsspruch kam, der im wesentlichen folgendes besagt:

„Die Geltungsdauer des bisherigen Lohnabkommens wird bis zum 31. Dezember d. J. verlängert. Ab 1. Januar 1928 sollen die Akkorde um 3 Proz. und die bestehenden Löhne um 3 Pf. erhöht werden."

Die Tariflöhne sollen demnach betragen: Ab 1. Januar für Arbeiter der Klasse I 1,14 M., für Arbeiter der Klasse II 1,02 M. und für Arbeiter der Klasse III 89 Pf. Für die Arbeiterinnen und Jugendlichen sollen sich die Löhne nach dem im Tarif vorgesehenen Berechnungsschlüssel erhöhen. Das Lohnabkommen soll mit vierzehntägiger Frist zum Schluß eines jeden Monats, erstmalig jedoch zum Ende Juni 1928, kündbar sein. Die Erklärungsfrist ist auf den 3. Dezember festgesetzt worden.

Mit diesem Schiedsspruch beschäftigte sich gestern abend im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Versammlung der in den Betrieben der Vereinigung Berliner Metallgießereien Beschäftigten. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich für die Ablehnung dieses Schiedsspruches aus, weil einmal die Lohnzulage zu gering sei, zum anderen aber auch eine Lohnerhöhung erst ab 1. Januar gewährt werden soll, und vor allem, weil das Lohnabkommen viel zu langfristig sei.

Die Versammlung beschloß einstimmig die Ablehnung des Schiedsspruches und beauftragte die Branchenleitung, mit den Unternehmern nochmals zu verhandeln.

Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen soll in einer neuen Branchenversammlung berichtet und je nach dem Ausgang der Verhandlungen dann erst die weiteren Beschlüsse gefaßt werden.

Die Wahl zur Angestelltenversicherung.

Bis jetzt 206000 AfA-Stimmen.

Dem Reichswahlausschuß der freien Angestelltenverbände liegen über die Wahlen zur Angestelltenversicherung die Ergebnisse aus weiteren 88 Wahlkreisen vor. Das Gesamtstimmenergebnis ist nunmehr folgendes: Allgemeiner freier Angestelltenbund 205 992, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 197 843, Gewerkschaftsbund der Angestellten 173 755, sonstige Hauptausschußverbände 46 008, 17 Frauenberufsverbände 68 727.

Betriebsräte der öffentlichen Betriebe.

Ihre erste Reichskonferenz.

Die erste Reichskonferenz der Betriebsräte der öffentlichen Betriebe, der Städte, der Länder und des Reichs, fand dieser Tage in Mainz statt. An der Konferenz nahmen rund 150 Vorsitzende von Gesamtbetriebsräten, Bezirks- und Hauptbetriebsräten teil, außerdem die Hauptvorstandsmitglieder und die Bezirksleiter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes.

Ueber „Die Betriebsräte und die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Betriebe" sprach der Bezirksleiter Lengersdorff-Köln. Er beleuchtete den vom Reichsverband der deutschen Industrie eingeleiteten Feldzug gegen die öffentliche Wirtschaft und forderte, daß die Betriebsräte es sich nun erst recht zur Aufgabe machen, die Rationalisierung der öffentlichen Betriebe unter Schutz der Belegschaften gegen willkürlichen Abbau zu fördern.

Dr. Pahl-Berlin sprach über „Die Funktion unserer Betriebsräte im Ausbau der sozialistischen Wirtschaft" und das Verbandsvorstandsmitglied Weck-Berlin über die Möglichkeiten der Betriebsräte für die praktische Fortbildung des Arbeitsrechts.

In einer Entschließung wurde Beseitigung der Mängel des Betriebsrätegesetzes und Schaffung der durch die Verfassung versprochenen Bezirkswirtschaftsräte gefordert; ferner wurde verlangt, daß auch das Reichsarbeitsministerium und das Reichswehrministerium nicht nur Hauptbetriebsräte, sondern ähnlich wie andere Ministerien auch Bezirksvertretungen schaffen.

Von den Betriebsräten in öffentlichen Betrieben sind, wie der Verbandsvorsitzende Müntner-Berlin in seinem Vortrag über „Den Betriebsrat im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter" mitteilte, 9625 im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, 882 in anderen freien Gewerkschaften, 680 in christlichen Gewerkschaften organisiert und 328 nicht organisiert. Das ist der beste Beweis dafür, daß die Betriebsräte nur etwas bedeuten, wenn sie sich auf die Organisation stützen und Hand in Hand mit den Gewerkschaften ihre Tätigkeit ausüben.

Internationale Transportarbeiterföderation.

Wien, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch und Donnerstag tagte in Wien die Internationale Transportarbeiterföderation. Die ITF. hat, wie aus dem Bericht des Sekretärs Edo Fimmen hervorgeht, auch außerhalb Europas, z. B. in China, Japan und Neuseeland Fuß gefaßt. Die Finanzlage der ITF. ist gut. Dem rumänischen Hafenarbeiterverband, der zurzeit einen Streik führt, und dem jugoslawischen Eisenbahnerverband wurden neue Kredite gewährt.

Der nächste Internationale Transportarbeiter-Kongreß soll vom 10. bis 17. Juli 1928 in Stockholm stattfinden. Für die Achtstundenaktion will man außer dem ordentlichen Beitrag von 6 Cent noch einen Extrabeitrag von 25 Prozent erheben.

Sammellisten für Gebauer.

Es wird uns mitgeteilt, daß für einen Streik bei der Textilfirma Bleicherei und Spinnerei von Gebauer in der Frankenstraße Sammellisten in Berliner Betrieben zirkulieren. Dazu erklärt der Unterzeichnete, daß Sammellisten, sofern sie sich nicht auf einen abgeschlossenen Betrieb oder Beruf beschränken, sondern darüber hinaus in Umlauf gesetzt werden, nur vom Ortsausschuß des ADGB. herausgegeben werden und dessen Stempel tragen müssen. Der Ortsausschuß hat mit den obengenannten Sammellisten nichts zu tun.

Der Vorstand des Ortsausschusses Berlin des ADGB.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 4—6 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

TIETZ Billige Lebensmittel

Leipziger Str. / Alexanderplatz / Frankfurter Allee / Belle-Alliance-Str. / Brunnenstr. / Kottbuser Damm / Andreasstr. / Chausseestr.

Mengenabgabe vorbehalten — Obst und Gemüse sind vom Versand ausgeschlossen — Verkauf soweit Vorrat

Wohlfahrts-Lotterie
des Katholischen Deutschen Frauenbundes
Lose Stück 50 Pf.
sind an allen Kassen unserer sämtlichen Häuser erhältlich
Ziehung am 6. Dezbr. 1927

Wurstwaren

Sülzwurst	Pfund 1.00	Deutsch. Speck mager	Pfund 1.35
Hausm. Leberw.	Pfd. 1.00	Feine Leberwurst	Pfd. 1.50
Speckwurst	Pfund 1.00	Schinkenwurst	Pfd. 1.50
Jagdwurst	Pfund 1.20	Teewurst	Pfund 1.60
Fleischwurst	Pfd 1.20	Schinkenspeck	Pfund 1.65
Mettwurst n. Braunschw. Art	Pfund 1.40	Rot- oder Zerbel. n. Salami-Art	Pfd. 1.70
Hildesheimer	Pfund 1.40	Mausschinken	Pfund 1.95

Konfitüre

Einer ca. 2 Pfd.

Erdbeeren	1,35	Orangen	1,05
Kirschen	1,25	Kunsthonig 1-Pfd.-Pak.	33 Pf.
Aprikosen	1,10	Bienenhonig 1-Pfd.-Gl.	1,15

Konfitüren

Marzipan-Kartoffeln	¾ Pfd. 50 Pf.
Schokoladen-Printen	½ Pfd. 75 Pf.
Schokoladen-Herzchen	½ Pfd. 75 Pf.
Honigkuchen Melange	½ Pfd. 45 Pf.
Frühstückskakao „Bensdorp"	1 Pfd. 1,00
Kokos-Makronen	½ Pfd. 30 Pf.

Nürnberger Lebkuchen in grosser Auswahl

EXTRA BILLIG * **Vom Fass** * EXTRA BILLIG
in unseren bekannt guten Qualitäten. Gefäße bitte mitbringen!

Frankfurter Apfelwein herb	Liter 50 Pf., 10 Liter	4.50
Roter Johannisbeerwein süss, hervorragende Qualität	Liter 95 Pf., 5 Liter	4.50
Deutscher Weinbrand*** a. altabgelag. franz. Weindestill. hergest.	Ltr. 4.50, 3 Ltr.	13.00

	¾ Fl.	10 Ltr.
Liebfraumilch sehr empfehlenswerter Tischwein	1,55	14,50
1926er Dürkheimer Feuerberg	1.25	12.00
Roter Tarragona grüne Kapsel		
Oberhaardter Maikammerer		
1922er Château Mouton d'Armailhacq	2.25	21.00
1926er Erdener Bussiay		
1926er Rüdesheimer Oberfeld		

Cherry-Brandy, Halb und Halb und Prunelle-Likör	½ Flasche	3.40 10.00
In hervorragender Qualität: Jamaika-Rum-Verschnitt (45 Vol.%)	½ Fl.	4.75 22.50

Die Preise verstehen sich ohne Flasche

Frisches Fleisch

Pa. Schweinebauch ohne Beilage	Pfund 88 Pf.	Kalbskamm ohne Beilage	Pfund 72 Pf.
Pa. Schweinekamm od.-Schuft, o. Schwart. u. o. Beilage	Pfund 1,00	Kalbskeulen b. 9 Pfd. schwer ganz od. geteilt	u.-blatt Pfd. 85 Pf.
Pa. Schweinekotelett	Pfund 1,08	Pa. Hammelvorderfleisch	Pfund 90 Pf.
Pa. Pökelkamm	Pfund 98 Pf.	Pa. Hammelrücken	Pfund 96 Pf.
Pa. Kassler mild gesalzen	Pfund 98 Pf.	Pa. Schmorfleisch Keule, o. Knoch.	Pfd. 1,12
Pa. Eisbein mit Spitzbein mild gepök.	Pfd. 68 Pf.	Pa. Roulade	Pfund 1,28
Pa. Rückenfett bratfertig	Pfund 90 Pf.	Pa. Schabefleisch	Pfund 1,18

Pa. Gehacktes ..... Pfund 72 Pf.

Gefrierfleisch

Pa. Suppenfleisch	Pfund von 54 Pf. an	Pa. Kuheuter frisch	Pfund 28 Pf.
Pa. Gulasch	Pfund 74 Pf.	Pa. Rinderlunge frisch	Pfund 28 Pf.
Pa. Hammelvorderfleisch	Pfund 76 Pf.	Pa. Rinderherzen frisch	58 Pf.
Pa. Hammelrücken	Pfund 86 Pf.	Pa. Schweineköpfe m. Backe, wie tr.	Pfd. 54 Pf.

Kolonialwaren

Bosn. Pflaumen	Pfd. 28 Pf.
Gem. Backobst	Pfd. 45 Pf.
Kalif. Birnen	Pfund 60 Pf.
Kalif. Pfirsiche	Pfd. 75 Pf.
Kalif. Aprikosen	Pfd. 98 Pf.
Kalif. Ringäpfel	Pfd. 1,05
Weizenmehl	Pfund 21 Pf.
Auszugsmehl	Pfd.-Bu 1,30
Eierschnittnudeln	Pfd. 45 Pf.
Eierfadennudeln	Pfd. 48 Pf.

Käse

Frühstückskäse	Stück 15 Pf.
Romatour	Stück 25 Pf.
Harzer Käse	Pfund 55 Pf.
Edam. u. Holländ.	Pfd. 85 Pf.
Tilsiter vollfett	Pfund 90 Pf.
Edamer vollfett	Pfund 98 Pf.
Dän. Schweizer	Pfund 98 Pf.

Fette

Margarine	Pfd. 50, 55, 62 Pf.
Kokosfett 1-Pfd.-Paket	55 Pf.
Rinderfett 1-Pfd.-Paket	52 Pf.
Griebenschmalz	Pfd. 85 Pf.
Bratenschmalz	Pfund 85 Pf.
Molkereibutter	Pfund 1,90

Frisch gebrannter **Kaffee 2.15** Pfund von an

Perikaffee 2.50 Pfund

TEE Pfund 3.50 4.50 5.80 7.20

Konserven

½ Dose

Stangen-Bresh-u. Schnittbohn	88 Pf.
Kohlrabi in Scheiben	55 Pf.
Berliner Allerlei	85 Pf.
Gem. Gemüse mittel	1,12
Jg. Erbsen	76 Pf.
Jg. Erbsen fein	1,30
Jg. Erbsen m. Karotten	90 Pf.
Jg. Karrotten	58 Pf.
Jg. extrakl. Karotten	1,02
Pfefferlinge	82 Pf.
Rote Rüben	50 Pf.
Pflaumen ohne Stein	80 Pf.
Stachelbeeren	98 Pf.
Birnen ganze Frucht	95 Pf.
Preisselbeeren	1,10
Mirabellen	1,20
Ananas 8 gr. Scheiben	1,20
Reineclauden	1,25

Fische u. Räucherwaren

*Schellfisch	Pfd. 22 Pf.	Fettbücklinge	Hbz. Pfund 55 Pf.
*Kabliau ohne Kopf i. gz.	Pfd. 20 Pf.	Stückenflunder	Pfd. 65 Pf.
*Seelach ohne Kopf i. gz.	Pfd. 20 Pf.	Seelachs ger., Stück	48 Pf.
*Rotbars ohne Kopf i. gz.	Pfund 15 Pf.	Sprotten	Pfund 48 Pf.
*Gr. Heringe	3 Pfund 65 Pf.	Rotbars	Pfund 42 Pf.
*Fischfilet	Pfund 35 Pf.	Räucherlachs	1/1 St. Pfd 2,20
*Leb. Karpfen	Pfd. von 80 Pf. an		

*) Nur Leipziger Str., Alexanderplatz Frankfurter Allee, Kottbuser Damm.

Geflügel und Wild

Jg. Gänse	Pfund von 98 Pf. an	Gänsekeulen	Pfund 1.50
Junge Enten	Pfund 1.25	Gänse-Stückenfl.	98 Pf.
Suppenhühner	Pfd. von 94 Pf. an	Gänsekleingeschnitten mit Magen	Stück 1.35
Masigänse	ungarische Pfund 1.15	Gänsekleingeschnitten o. Magen	Stück 95 Pf.

Hasen geztreift und ausgeworfen, Pfund **94** Pf.

Gemüse und Obst

Weißkohl	Pfund 5 Pf.	Rote Stängelchen	Pfund 20 Pf.
Rot- u. Wirsingk.	Pfd. 10 Pf.	Bananen	Pfund 36 Pf.
Möhren gewasch.	Pfd 6 Pf.	Mandarinen	Pfd. 25 Pf.
Grünkohl	Pfund 10 Pf.	Apfelsinen	Pfund 20 Pf.
Kochäpf. u. Birnen	½ Pfd 65 Pf.	Walnüsse	Pfund 60 Pf.
Eßäpfel	Pfund 16 Pf.	Haselnüsse	Pfund 68 Pf.

Weihnachtspräsent-Kistchen ZIGARREN

in guter Qualität und Ausstattung

10-Stück-Packung 1,50 2,00, 2,50, 3,00, 4,00, 5,00
20-Stück-Packung 2,40, 3,00
25-Stück-Packung 3,00, 3,75, 5,00, 6,25, 7,50 – 12,50

Planta Buena	Stück 10 Pf., 50 Stück	4,75
Natursport	Stück 12 Pf., 50 Stück	5,70
Fortuna-Fehlfarben	Stück 15 Pf., 50 Stück	7,15
Gute Wahl	Stück 20 Pf., 50 Stück	9,50
Tamara	Stück 25 Pf., 50 Stück	11,90
El Sol	Stück 30 Pf., 50 Stück	14,25

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Todesanzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker

Wilhelm Haback

am 30. November gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 3. Dezember, 17½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Am Mittwoch, dem 30. November, verstarb nach schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Mechaniker

Wilhelm Haback

Die Einäscherung erfolgt am Sonnabend, dem 3. Dezember, 17½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.

Ehre seinem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

Die Branchenkommission der Mechaniker.

Einen **gesunden Schlaf** und damit eine Kräftigung des ganzen Nervensystems erzielen Sie nur durch den echten **„Baldravin"**

Patentamtl. gesch. unter Nr. 342684. Er enthält ätherisch. Extraktivstoffe d. Baldrian-Wurzel in kräftigem Südwein gelöst. Alle Nachahmungen, die sie ebenso gut angeboten werden, weise man entschied. zurück.

Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Hersteller: Otto Stumpf A.-G. Chemnitz.

Von 2 Mark an
wöchentl. Teilzahlung
liefere
Elegante Herren-Garderobe
fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz u. Verarbeitung, nur Qualitätsware eigener Herstellung
zu konkurrenzlos billigen Preisen
Maßschneiderei J. Kurzberg
Oranienstraße 160, I
und
Chausseestraße 1 (Eingang Elsässer Str.)
Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten.

AUF KREDIT
Leichteste Zahlungsbedingungen
2 Beispiele meiner Leistungsfähigkeit

Dieser Mantel kostet M. 39.50 Anzhlg. M. 5.–
Dieser Paletot kostet M. 59.– Anzhlg. M. 6.–

Beamte u. Festangestellte
ohne Anzahlung

Möbel- und Waren-Kredithaus
Liebermann
Hackescher Markt 1 — 1 Minute v. Bhf. Börse

Verkäufe

Puppenwagen, Puppen, Spielwaren, Kinderräder, größte Auswahl, billigste Preise. Reparaturen, Zahlungserleichterung. Neanderstraße 14, parterre. •

Riesenumsatz, Kinderwagen, Zwillingswagen, Klapp(portwagen, Kinderbetten, Metallbetten, Korbmöbel, allerniedrigste Preise, allerkulanteste Teilzahlung. Festangestellte gegebenenfalls ohne Anzahlung. Ball, Große Frankfurterstraße 47, gegenüber Markusstraße. •

Nähmaschinen. Billige, erstklassige Fabrikate für Hausbedarf und Gewerbe. Wöchentlich 3.–. Fischer, Potsdamerstraße 103. •

Teppiche mit Farbfehlern. 2×3, 34,–, Farbfehler, 2½×3½, 39,–, Farbfehler, 2½×3½, 48,–, Farbfehler, 3×4, 58,–, Farbfehler, 3×4, 69,–, Farbfehler, 3×4, 85,–, Körner, Potsdamerstraße Nr. 26a. •

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Anzüge 18, **Paletots** 12, **Federbetten** Stand 23 an. Leihhaus Reinickendorferstraße 108, Reinickendorfplatz. Keine Lombardwaren. •

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Herrenanzüge, Ulster, Paletots, jede Figur passend. Sportpelze, Gehpelze, Damenpelzmäntel, Pelzjacken, Pelzkragen verkauft spottbillig Leihhaus, Friedrichstraße 2, Belle-Alliance-Platz. Keine Lombardware. •

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. Gelegenheitskäufe wenig getragener, auch neuer Herrengarderoben, Pelzwaren. Keine Lombardware. •

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Jackettanzüge, Grunewaldstraße 72. •

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Armbanduhren. •

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Herrenpaletots, Grunewaldstraße 72. •

Weltbekanntes Leihhaus, spottbilliger Wäscheverkauf. •

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Festgeschenke, Grunewaldstraße 72. •

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Ärzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Teilzahlungsmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sport-, Gehpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. •

Steppdecken 13.–, Daunendecken 29,– an. Aufarbeiten alter Decken. Steppdeckenfabrik Endler, Landsbergerstr. 73, Fabrikgebäude (Alexanderplatz). •

Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 105. •

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Winterpaletots, Ulster, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen. Herren-Geh- und Sportpelze. Besonders billig: Pelzjacken, Pelzmäntel im Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 105, eine Treppe. Keine Lombardware. •

Bettwäsche, Stoffe, Tapisseriewaren liefert Generalvertreter auswärtiger Fabriken direkt an Private zu Fabrikpreisen. Günstigste Bedingungen. Alfred Orbe, Skalitzerstraße 67. •

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18,–, Smokinganzüge, Bauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, Hausrock billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 206–204, Ecke Rosenthaler Straße. Keine Lombardware. •

Leihhaus Moritzplatz 58a. Pelzkragen 12.–, Pelzjacken 50.–, Pelzmäntel 100.–, Sportpelze 85.–, Gehpelze 125.–, Kavaliergarderobe, teils auf Seide: Anzüge 25.–, Paletots 30.–. Keine Lombardware. •

Bettenverkauf! Neue! 9,75! 15.–, 19,50! Prachtcoulis 27,50! Bauernbetten 32.–! Daunige 37,50! Kinderbetten 8,75! Bettwäsche! Inlettel spottbillig und gut! Keine Lombardwaren. Leihhaus, Brunnenstraße 47. •

Herrensportpelz. Gelegenheitskauf. Mittelfigur, neu, gute Felle, zu verkaufen. Preis 105 Mark. Prinzenallee 84, Aufgang 2, 3. Etage links. •

Damenmäntel, direkt Fabrik. Velourmäntel 5.–, 7.–, Cokimomäntel, Ottomanmäntel, Plauschulster 8.–, pelzbesetzte Wintermäntel 12.–, 24.–, 36.–, Modellmäntel 39.–, 45.–; Kleider, pelzbesetzte Kindermäntel spottbillig. Schmechel, Gipsstraße 15, Bahnhof Börse. •

Möbel

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Englische Bettstellen mit Patentmatratzen 48.–, 58.–, 75.–. Auszieh-tische 38.–, 48.–, usw. Rohrstühle 6.50, 7.50, 8.75. Ruhebetten 29.–, 38.–, 45.–. Plüschsofas 98.–, 120.–, 125.–. Hausnummer achten. •

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Komplette Küchen, moderne Ausführungen, 78.–, 95.–, 128.– usw. Flurgarderoben 38.–, 49.–, 65.–. Kerbsessel und Tische von 6.90 an. Hausnummer achten. •

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Schlafzimmer mit großem Spiegelschrank, Spiegel, Waschtoilette, 2 Betten, 2 Patentmatratzen, 2 Nachttische, 2 Stühle 345.–, 475.–, 590.–. Hausnummer achten. •

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Speisezimmer: Vitrinenbüfett, Kredenz, Ausziehtisch, Lederstühle, aparte Form, reiche Bildhauerarbeit, 365.–, 485.–, 595.–. Hausnummer achten. •

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Herrenzimmer: Große Bibliothek, Diplomat, runder Tisch, Lehrermöbel, schwer gearbeitet, 290.–, 385.–, 490.–. Einzelne Diplomaten, Schreibtische, 79.–, 98.–. Hausnummer achten. •

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Anklidescheränke, Nußbaum und Eiche, in prima Ausführungen, mit Spiegel 110.–, 15.– usw. Spiegel, Waschtoilette 95.–, 125.–. Nachttische 19.50, 25.–. Aktenschränke, Metallbetten 19.50, 27.–, 36.–. Hausnummer achten. •

Möbelkredit bis 20 Monatsraten. Schlafzimmer, Speisezimmer, Einzelmöbel, Küchen, Metallbetten. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße. •

Patentmatratzen, „Primiflexa"-Metallbetten, Aufleggmatratzen, Chaiselongues, Walter, Stargarderstraße achtzehn, Spezialgeschäft. •

Metallbetten mit Aufsatzen 21.–, Schlafchaiselongues 22.–, Chaiselongue-decken 6.–, Bettdecken 3.–, Patentmatratzen 8.–, Polstergarnituren Wochenabzahlung 3.–. Göhr, Pappelallee 13; Pankow, Schmidtstraße 1. •

Metallbetten, Chaiselongues, Aufleggmatratzen, Kinderbetten, Kindermatratzen, Teilzahlung zu Kassapreisen. Spezialgeschäft. Schönhauser Allee 5, Schönhauserthor. •

Hunderte Anklidescheränke, Mahagoni, englische Bettstellen, Umbauschränke, Trumeaus, Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56. •

Neu eröffnet. Möbelhaus Stein jetzt auch Weinbergsweg 24. Zu meinen bekannt billigen Preisen in nur guten Qualitäten Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen, Anklidescheränke, Bettstellen, Polstermöbel, Einzelmöbel jeder Art. Zahlungserleichterung. Weinbergsweg 24 und Anklamerstraße 30. •

Musikinstrumente

Pianos ohne Anzahlung, neu und gebraucht, in großer Auswahl verkauft Herer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. Langjährige Garantie, kleinste Ratenzahlung. •

Linkpianos. Überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 85. •

30.– monatlich, ohne Anzahlung, nur Firmenpianos, langjährige Garantie, keine Phantasiepreise. Ibach, Kollendorfplatz 7 (Pianos-Ibach). •

Alles Raunt. Keine Ladenpreise, ab Lager fabrikneue Pianos, Eiche, 490.–, schwarz 590.– bis 650.–. Langjährige Garantie. Zahlungserleichterung. Nur Schönleinstraße 6, Pianos-Versandhaus Folgt, vorn 2 Treppen, am Kottbusser Damm.

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder, Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn. •

2.50 wöchentliche Teilzahlung. Erstklassige Fahrräder. Fahrradhaus Eich, Chausseestraße 91. •

Freilaufräder 30.–, Teilzahlung 3.–, Kraus, Große Frankfurterstraße 53. •

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze, Christoneck, Köpenickerstr. 39 (nahe Adalbertstraße).

Quecksilber kauft Süßkind, Moritzstraße 19 I, 4–6.

Fretchen kauft Gützow, Berlin, Breslauerstraße 21.

Verschiedenes

Weihnachtsveranstaltungen von Vereinen, gleichviel welcher Art, Säle, etwa 300 und etwa 600 Personen. Prachtsäle des Ostens, Frankfurterallee 48, Andreas 4203. •

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Autokurse, erstklassige Ausbildung, Lehrfilm, mäßige Preise. Fahrschule Walter Sobel, Tempelhof, Berlinerstraße 10. •

Arbeiterinnen werden sofort eingestellt. Josef Schimek, Berlin O 17, Mühlenstraße 11.

Aehnlichkeit.

Von Henri Barbusse.

Vor der Schwelle der pompösen Vorhalle sah die Portiersfrau des städtischen Tierdepots dem Spiel der Sonne zu, die wie eine Wolke aus Goldstaub die Rue du Tison überzog.

Ihr Gesicht war physiognomielos, verblaßt und trocken wie eine amtliche Bekanntmachung. Im Laboratorium Thierselin, einem mit der medizinischen Fakultät zusammenhängenden Nebenbau, wurden gerade Experimente mit Hunden vorgenommen. Taub für diese Jammerlaute, kehrte sie langsam in ihre Loge zurück, um ihre Katze zu kosen.

Infolge eines Eisenbahnunglücks, dem Charles Grandu zum Opfer fiel, war seine Witwe mit dem Amt und dem Titel eines Portiers bei diesem Hauptlierdepot betraut worden. Eine ungewöhnliche Gunst! Mit fabelhaftem Eifer versah sie ihre Funktionen, die bei den administrativen Verästelungen ziemlich wichtig waren — das Haus war der Bürgermeisterei, der Präfektur und der Fakultät untergeordnet; die fortwährenden Ein- und Abgänge gewährten wenig Ruhe.

Einst, als sie, von der Hochzeitsreise nach Treport zurückgekehrt, mit ihrem Manne hier einzog, konnte sie sich der Eindrücke nicht erwehren, welche die Niedergeschlagenheit der weggefangenen, in diesen Hof gebrachten Hunde auf sie machte. Sie mußte manchmal die Augen schließen, wenn Donnerstags Tiere im Schubkarren, steif und wie ausgestopft, weggeschafft oder mit vergnügten Sprüngen — hoffnungsfroh — an der Leine eines Laboratoriumsdieners fortgeführt wurden.

Damals hielt sie sich die Ohren zu, wenn aus dem Laboratorium Schreie, ähnlich denen von Kindern, oder vor allem das Gelächter der Studenten herüberklang.

Aber Grandu hatte ihr die Notwendigkeit bewiesen, daß die Beamten die umherschweifenden Tiere — eine Gefahr für die Oeffentlichkeit — bekämpfen müßten, und es im allgemeinen Interesse nicht minder wichtig wäre, daß die Aerzte die Hunde öffneten, um in sie hineinzuschauen.

Er hatte ihr erklärt — er war ein so schöner Mann, da begriff sie schließlich alles —, daß diese Hunde keineswegs gewöhnliche Tiere, sondern Gefangene seien, die in Auflehnung gegen das Gesetz, in einem anonymen Zustand aufgegriffen wurden. Und jetzt war es ihr gar nicht mehr möglich, ein Auge für diese Verurteilten zu haben.

Ihre Katze Ronron liebte sie herzlich, hätschelte sie soviel wie möglich. In ihre Loge zurückgekommen, ging sie auf das blaue Deckbett zu, wo diese gewöhnlich schlief.

„Ah!" rief sie und hob die Arme in die Höhe.

In der konkaven Rundung des Bettes — sie glich einem Nest — gab es zwei Ronrons. Oder vielmehr wälzte sich neben Ronron eine andere Katze, die der Schatten schien, weil sie ganz grau aussah. „Hm!" murmelte Frau Grandu mit weit aufgerissenen Augen, mit halb offenen und starren Lippen, welche an die einer Sparbüchse gemahnten.

Gewiß, es gab da nicht viel zu verstehen; dieses einer Messerschneide gleichende Rückgrat, dieses kleine, negerhafte Köpfchen, dieses einem alten Handschuh ähnelnde, abgescheuerte Fell — das alles verriet eine den städtischen Käfigen Entsprungene.

Sie brummte und trat einen Schritt nach der Ecke, wo der Besen harrte. Aber in diesem Augenblick geschah es, daß Ronron sich auf dem blauen Deckbett erhob, einen steilen Rücken machte, und die andere Katze sich ebenso aufrichtete und auch ihren Rücken zum Bogen krümmte. Ihre beiden Schwänze ragten empor — einer so wie der andere —, sie stießen beide gleichzeitig dasselbe dunkle, unverständliche Gestammel aus, das aus Bezirken jenseits des Menschentums dringt. Und da — zum erstenmal in ihrem Leben — bei der wunderbaren Aehnlichkeit dieser Gestalten — merkte die gute Frau, daß trotz des Anscheins alle Katzen der Erde sich sehr gleichen. Zwischen denen, die man immer verhätschelt, und jenen, die man tötet, gibt es nicht den Unterschied, der vermutet wird.

Ja, Ronron mochte noch so reich sein, ein gepflegtes Fell und noch so wundervolle Pupillen haben — die andere sah trotz ihrer Jugend bekümmert und kahl aus —, sie mochte einen Schweif wie eine Angelrute besitzen: man sah trotzdem den Grund nicht ein, warum die eine glücklich war und die andere gemartert wurde; man mußte unwillkürlich denken, daß sie beide einer ungeheuer großen Familie angehörten.

In ihrem Gesicht zuckte es, und doch wußte sie nicht, was sie bewegte. Aber wie sie durch die Scheiben im Hof den Laboratoriumsdiener Quillebeuf sah, der gestikulierend herbeilief, ergriff sie resolut den dürren Ausreißer und steckte ihn unter das Bett. Dann stellte sie sich der Türe gegenüber auf: die Heldin eines unklaren Instinkts.

Im Türrahmen erschien Quillebeuf. Er war rot und schwang eine Leine. „Ist sie hier?" erkundigte er sich eiligst.

„Wer?" fragte die Pförtnerin. „Die Katz," brüllte er, „die Katz!" „Welche Katze?" fragte sie, ohne eine Miene zu verziehen. „Das niederträchtige Biest ist hierhergerannt!" Außer sich war er. „Eine graue Katze. Ja, haben Sie das Vieh nicht gesehen? Wie?" Ueberraschend ruhig erwiderte Frau Grandu, die gewissenhafte Beamtin, die niemals gegen Dienstvorschriften gefehlt (nur ihre Hände preßten sich gegen die Schürze): „Nein." Sie schüttelte den Kopf und fügte hinzu: „Gewiß nicht."

Der Mann konnte sich nicht genug wundern. „Ja aber — was denn?" stammelte er. „Aus den Händen ist sie mir geschlüpft... und hierher... Sie haben sie vielleicht nicht hereinschleichen sehen. Sie steckt am Ende unter einem Möbel und pfeift uns was. Ich suche; Sie erlauben?"

„Das Tier ist nicht hier, sage ich Ihnen."

Sie sprach ganz ruhig und tat sich doch den äußersten Zwang an, um ein unbefangenes, harmloses Gesicht zu zeigen. Sie beging eine heldenmütige Tat, vergleichbar dem Heroismus jener Frauen, die Verdächtige verbargen, und den von Haß zitternden Häschern eine beherrschte Maske zeigten. „Wenn Sie wollen, nur herein, treten Sie ein... aber Zweck hat es keinen."

In seine Idee verrannt, betrat der Mann den Raum. Sie wich zur Seite. Er reckte den Hals, gab sich einen Augenblick einer Hoffnung hin, aber es war nur Ronron, die, zur Kugel zusammengerollt, auf einem Stuhle lag; er zuckte die Achseln, schielte nach rechts und links, blinzelte mit einem Auge.

Sein Blick streifte das Bett, den blauen Ueberzug, haftete eine, zwei Sekunden darauf. Mein Gott, nichts rührte sich.

Die Frau stand dabei: ihr rundes Gesicht war so bloß und unbeweglich wie das Zifferblatt einer Uhr.

Der Mann brummte, während er suchend unter den Tisch blickte. In diesem Moment empfand sie plötzlich die große Kühnheit ihres Wagnisses... und fühlte sich dem Zusammenbrechen nahe; erholte sich aber. Sie hatte nur ein bißchen gehustet, und ihr Atem war schwer gegangen.

Quillebeuf sagte: „Hier ist sie nicht."

Er war ein Mensch, der rasch die Gewalt über sich verlor. Er machte ganz verzweifelte Gesten, stieß sich mit der Faust gegen den Kopf und brach in heftige Verwünschungen gegen die Niedertracht seines Schicksals aus. Sein Vorgesetzter würde ihn wieder als Idioten behandeln, wenn er bloß mit der Leine zurückkehrte. Er stieß ein schmutziges Wort aus, verschwand mit Entschuldigungen. Niedergeschmettert schlich er fort — krümmte den Rücken, so daß sich seine Bluse aufbauschte. Frau Grandu, am Ende ihrer Kräfte, sank auf einen Stuhl; der Atem versagte ihr, sie zitterte, weil sie das erstemal — und wie! — gegen eine der höchsten und heiligsten Pflichten als Pförtnerin des Tierdepots gefehlt hatte.

Nach wenigen Minuten erhob sie sich mit einem lauten und entschiedenen Räuspern.

Wie wenn sie schweren Wein getrunken hatte, ging sie etwas schwankenden Schrittes auf das Bett zu. In der Spiegelglasscheibe ihres Schrankes sah sie sich kaum, denn über ihren Augen lag ein Schleier, wie damals zur Zeit ihrer Witwentrauer.

Sie schlug das blaue Deckbett zurück. Die von Ermüdung, Abenteuern, Entbehrungen aufs äußerste geschwächte Katze rührte sich nicht. Hob nur ihr kleines Köpfchen, das die Ungerechtigkeiten verelendet hatten, aus dem zwei beseelte Augen schauten, empor.

Frau Grandu berührte sie mit einer Hand, die sanft war wie sie, und plötzlich fühlte sie das Herzklopfen des kleinen Tieres. Selig, ein Geschöpf gerettet zu haben, beugte sie sich über die Katze. Ehe sie darüber nachdachte, was für Schwierigkeiten und schlimme Fälle eintreten könnten, wenn sie diese Sünderin aufzog, sah sie die Katze mütterlich an, denn sie hatte ihr das Leben geschenkt.

(Berechtigte Uebersetzung von Johannes Kunde.)

Trost.

Was je dein Herz beschwert,
An Schicksal, Schuld und Sorgen:
Du weißt nicht, was dir morgen
Zum Troste wird beschert.

Wir müssen alle hart
Um unser Leben ringen,
Bis sich aus allen Dingen
Sein Sinn uns offenbart.

Du glaubst, du mußt dein Glück
Zu schwer mit Leid bezahlen
Und schaust zu vielen Malen
Den dunklen Weg zurück —:

Doch kommt wohl einst ein Tag,
Da blüh'n aus allen Wunden
Dir lauter Sonnenstunden,
Die niemand ahnen mag.

Wilhelm Lnetjens.

Weltraumkälte.

Daß es eine Wärmewissenschaft gibt, ist heute so ziemlich jedem Kinde geläufig. Viel weniger bekannt ist aber die Tatsache, daß auch die Kälte Gegenstand wissenschaftlicher Erforschung ist, die nicht nur theoretische Ziele hegt, sondern bei ihrer Arbeit praktische Zwecke im Auge hat. Als Wissenschaft gesehen, ist die Erforschung der Kälte vielleicht noch reizvoller, als es die Wärmewissenschaft und Wärmetechnik ist. Von der Wärme wissen wir, wie jüngst erst Prof. Nernst festgestellt hat, daß sie nach oben hin kaum eine Grenze hat. Die Sonne ist an der Oberfläche etwa 6000 Grad heiß, andere Sterne weisen Hitzegrade von 20 000 oder 30 000 auf. Die Temperaturen des Kernes der verschiedenen Gestirne gehen bis in die Millionen Grade hinein. Wir können auch künstliche Wärme erzeugen, und diese bis Tausende von Graden emportreiben. Ganz anders die Kälte. Sie hat heute noch für den Forscher sehr viele Geheimnisse, die nicht gelüftet sind. Sie zeigt sich auch, was die künstliche Erzeugung anlangt, als ein schwer zu meisterndes Objekt.

Was die Kälte als Forschungsgegenstand wohl am meisten von der Wärme unterscheidet, ist die Tatsache, daß sie einen tiefsten Punkt, den absoluten Nullpunkt, hat. Dieser Punkt liegt etwa bei —273 Grad Celsius. Wie ist man darauf gekommen, da es doch bis jetzt nicht möglich war, künstlich einen solchen Kältegrad zu erzeugen? Auf dem Wege des physikalischen Experiments. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß jedes Gas sich bei der Abkühlung um 1 Grad um $^1/_{273}$ seines Volumens zusammenzieht. Würde man also eine Abkühlung bis auf 273 Grad herbeiführen können, so ergäbe das eine Volumenverdichtung in einem solchen Umfange, daß theoretisch das Gas als verschwunden gelten kann, es jedenfalls keine Bewegung mehr verrichten, also zu absoluter Ruhe gebracht wäre. Eine weitere Zusammenziehung und damit eine weitere Abkühlung des Gases wäre einfach nicht mehr denkbar. Man hat also mit 273 Grad Celsius Kälte den tiefsten Punkt der Temperatur erreicht, den Grad von Abkühlung, der im Weltenraum herrschen soll.

Diesen äußersten Kältegrad hat man bisher aber nur theoretisch errechnen und experimentell nachweisen können, aber es ist noch nicht gelungen, ihn selbst künstlich zu erzeugen. Das äußerste, das man bisher an Kältegraden erreichen konnte, sind 271,5 Grad. Wie eine Kleinigkeit muten die restlichen 1,5 Grad Kälte an, und dennoch hat man sie bei aller Kunst noch nicht schaffen können. Seit Jahrzehnten bestehen jetzt Kältelaboratorien, deren besonderer Zweck es ist, die Kälte zu erforschen, und die dabei natürlich auch versuchen müssen, künstliche Kälte zu erzeugen. Ihr Ziel in dieser Hinsicht ist es, die 273 Grad zu erreichen. Im Jahre 1908 war es zum erstenmal gelungen, bis an 269 Grad Kälte heranzukommen. Und zwar gelang dies dadurch, daß man sich bemühte, das neuentdeckte Helium zu verflüssigen. Die Temperatur der flüssigen Luft liegt bekanntlich in der Nähe von 200 Grad unter Null, die des verflüssigten Wasserstoffs bei 262 und die des verflüssigten Heliums bei 269 Grad.

Das erste Kältelaboratorium wurde Anfang dieses Jahrhunderts in Holland errichtet. Man gliederte es dem Physikalischen Institut in Leyden an. Nach diesem Vorbilde wurde 1923 ein zweites Kälteinstitut in Toronto (Britisch-Kanada) geschaffen, und nunmehr hat auch Deutschland ein Institut, das ganz der Kälteforschung gewidmet ist. Dieser Tage ist dieses Institut, das der physikalisch-technischen Reichsanstalt in Charlottenburg angegliedert ist, eingeweiht worden. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß mit diesem Institut Deutschland an die Spitze der internationalen Kälteforschung tritt.

Es ist nun keineswegs so, daß die Kälteforschung ein Wissensgebiet mit lediglich theoretischem Hintergrund ist. Wenn man heute dem absoluten Nullpunkt zustrebt, so ist das nicht nur aus wissenschaftlicher Begeisterung entstanden, sondern die Ergebnisse der Forschungsarbeiten auf dem Kältegebiet können unmittelbar für die industrielle Praxis ausgenutzt werden. Dafür hier zunächst einen einzigen Beleg. Es ist beobachtet worden, daß gewisse Metalle in der Nähe des absoluten Nullpunktes nahezu völlig ihren elektrischen Widerstand verlieren. Dies ist nicht nur ein wissenschaftliches Kuriosum, sondern es bedeutet auch die Aufhebung eines vorläufig noch der gesamten Elektrotechnik zugrunde liegendem Fundamentalgesetzes, des sogenannten Ohmschen Gesetzes, das die Beziehungen zwischen Spannung, Stromstärke und Widerstand angibt. Allen praktischen Erfahrungen zuwider hält sich in den Metallen, die durch solche in den Kältelaboratorien erzeugten tiefen Temperaturen ihres Widerstandes beraubt sind, der elektrische Strom stundenlang ohne elektromotorische Kraft. Andererseits aber kann auch diese höchst gesteigerte elektrische Leitfähigkeit der Metalle durch magnetische Kräfte gänzlich aufgehoben werden, eine Erscheinung, für die man noch keinerlei Erklärung weiß. Allein schon dieses Beispiel von dem Verhalten der Metalle bei großen Kältegraden zeigt die eminent praktische Bedeutung, die der Kälteforschung zukommt.

Aber auch unmittelbar fließt aus den Arbeiten der Kältelaboratorien, und besonders des neugegründeten deutschen Laboratoriums, ein praktischer Erfolg. Wie schon erwähnt, ist es die Verflüssigung des Heliums, durch die man bis zu so hohen Kältegraden gekommen ist. Dieses Helium spielt eine wichtige Rolle in der Luftschiffahrt. Wird es doch als Füllgas für Luftschiffe verwandt, da es nicht, wie der etwas leichtere Wasserstoff, entzündlich ist. Durch die Arbeiten im Kältelaboratorium kommt man nun dazu, auch der Gewinnung dieses Heliums erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, was mit Bezug auf die bisher bestehende große Seltenheit dieses Gases von unmittelbar praktischem Nutzen sein dürfte.

Ein launischer Wintergast.

Von M. A. von Lützendorff.

Im winterlichen Geäst der Bäume taucht nun wieder das zierliche Buschwerk der Mistel auf. Es gehört eine ganze Reihe naturnotwendiger Folgeerscheinungen dazu, bis eine der weißen, klebrigen Mistelfrüchte glücklich an einem Ast haftet und sich aus ihr ein Keim entwickelt. Jeder Mistelsame kann nur auf einer ganz bestimmten Baumart zum Keimen gelangen, also die Laubholzmistel nur auf den Laubbäumen, die Nadelholzmistel nur auf Nadelholz, aber dann wieder die Tannenmistel niemals auf der Kiefer; dagegen kommt die Kiefermistel auch auf der Schwarzföhre, der Fichte, Lärche und Zeder gut fort. Früher glaubte man allgemein, die Misteln vermehrten sich überhaupt nicht durch Samen; man hat dann auch tatsächlich erst in den letzten Jahren die Keimungsgeheimnisse der Mistelgewächse kennengelernt, ohne sie freilich gänzlich entschleiern zu können. Es ist sogar auch gelungen, was man für ganz unmöglich gehalten hatte: nämlich die Mistelsamen auf Holzbrettchen oder Glas, also künstlich, zum Keimen zu bringen. Ebenso glückte die Infektion von Gewächsen mit Mistelsamen, die z. B. an Wacholdersträuchern gut gelungen ist. Noch eine eigenartige Erscheinung hat man am Mistelsamen festgestellt. Jeder Same braucht nach der vollendeten Reife eine gewisse Ruhezeit, ehe er wieder zum Keimen gelangen kann. Der Mistelsamen bildet nun in dieser Hinsicht eine ganz besondere Ausnahme insofern, als es gelungen ist, ihn schon vierundzwanzig Stunden, nachdem man ihn der Frucht entnommen hatte, zum Auskeimen zu bringen. In der Natur vollzieht sich die Keimung aber wohl kaum je so schnell, im Winter infolge des Sonnenlichtmangels überhaupt nicht, so daß den Samen im allgemeinen doch immer eine gewisse, aber, wie schon erwähnt, gerade ihnen nicht notwendige Ruhepause auferlegt ist.

Die Launen der Mistel hinsichtlich ihres Auftretens sind auch in anderer Hinsicht sonderbar. In Deutschland gehört es zu den allergrößten Seltenheiten, daß die Mistel auf einer Eiche schmarotzt; in anderen Ländern aber wieder, wie z. B. in Frankreich, dem Hauptlieferanten der englischen Weihnachtsmisteln, in Polen und in der Ukraine findet sie sich geradezu massenhaft auf der Birke vor, vermeidet aber in anderen deutschen Landstrichen gerade die Birke fast gänzlich. Diese sonderbare Erscheinungsform des willkürlichen Auftretens und Fehlens der Mistel in gewissen Ländern ist bis heute nicht geklärt. In Kolumbien schmarotzt sie sogar nicht nur auf Bäumen, sondern auch auf größeren, krautartigen Gewächsen, so auf einem unserer Gagelpflanzen (Myrica) verwandten Gewächs, das allerdings ziemlich kräftige Triebe entwickelt. Die neuere Forschung hat auch die Schädlichkeit der Mistel, die man immer noch bezweifelt hatte, erwiesen. Obstbäume können durch Mistelwuchs immerhin so leiden, daß ihre Früchte kleiner und saftleer werden als auf gesunden Bäumen, und infolge dieser Tatsache hat man beispielsweise im bayerischen Maintal, in dem der Obstbau eine wichtige Rolle spielt, das Gesetz erlassen, daß alle auf Obstbäumen schmarotzenden Misteln entfernt werden müssen. Auch die Tannen- und Kiefernmistel schädigt das Holz, dem sie seine Nährstoffe entzieht, zumal da sie bis fünfzig Jahre alt und in solchen Fällen entsprechend hoch und breit werden kann. Die Verbreitung der Mistel, die in der Natur nur durch Vögel bewirkt wird, schrieb man früher mehreren Vogelarten zu; neuere Forschungen haben ergeben, daß als regelmäßige Verbreiter des Mistelsamens nur die Drossel und der Seidenschwanz in Betracht kommen können. Die Uebertragung der Samen aus der Frucht nach der Wirtspflanze erfolgt in der Weise, daß im Schnabel der die Früchte verzehrenden Vögel einige der im Fruchtfleisch liegenden Samen hängenbleiben. Wenn der Vogel nun den Schnabel an einem Zweig abstreift, bleibt der Samen an diesem haften, worauf sich, sofern er sich als die richtige Unterlage erweist, eine neue Mistelpflanze entwickelt.

Die Mistel, die bereits in der älteren Tertiärzeit vorkommt und vor Jahrtausenden schon im Bernsteinwald auf den Kiefern schmarotzte, aus denen das goldige Bernsteinharz quoll, galt einst als wahre Wunderpflanze, in der alle möglichen Kräfte schlummern sollten. In den altdeutschen Herbergen bedeutete das Aushängen eines Mistelbusches das Einkehrzeichen. Während der bösen Kriegs- und Hungerjahre zu Beginn des vorigen Jahrhunderts wurde die Mistel sogar als Nutzpflanze verwendet: sie wurde getrocknet und gestoßen und, mit Roggenmehl vermischt, zu Brot gebacken.

Nehmen Sie keine Rücksicht auf Weihnachten!

Wenn Sie nur wegen des nahen Weihnachtsfestes die Anschaffung von Kleidung zurückgestellt haben, dann lassen Sie sich von uns sagen, daß das nicht nötig ist!

Außerordentlich vorteilhaft kaufen Sie bei uns auf

Teilzahlung

in Raten

ohne Preisaufschlag

und so können Sie alle Ihre Wünsche erfüllen, ohne daß Ihre Weihnachts-Einkäufe darunter leiden müssen! Sie finden bei uns eine enorme Auswahl!

Backfisch-Mantel flotte Form. Velours mit Plüschgarn. **18.50** Wochenrate 1.—

Velours-Mantel mellig. Qual. m. Plüschkr. u. -Manch. **22.50** Wochenrate 1.—

Jugendlich. Mantel Velours de laine, moderne Wickelform sehr fesch **29.50** Wochenrate 1.50

Popelin-Kleid reine Wolle m. lang. Arm, sehr fesch verarbeitet **11.50** Wochenrate 1.—

Crêpe de Chine-Kleid in mod. Farb. sehr apart u. kleidsam **19.50** Wochenrate 1.—

Winter-Anzug aus haltbaren, karriert Stoffen guter Sitz u. Verarbeitg. **45.00** Wochenrate 2.50

Herren-Paletot schw. Rekim. m. Samtkragen auf Plaidserge gefüttert. **45.00** Wochenrate 2.50

Herren-Ulster mittelschw. Qualit., mit Ärmeln **32.00** Wochenrate 1.50

Mädch.-Mantel in gut. woll. Qualität. Flausch. Velours Jaine m. Pelz u. Plüschkr. Gr. 50 **12.50** Wochenrate 1.—

Pelzmantel Seal-Elektrik m. gr. Krg. a. Damast gefüttert **195.00** Wochenrate 10.—

Knaben-Pyjack blau Melton, warm gefütt. Größe 6 **9.50** Wochenrate 1.—

Sealplüsch-Mäntel gute tiefschwarze Qual., ganz a. Damast gefüttert **64.00** Wochenrat. 4.—

Wir haben für jeden Kunden eine Weihnachtsüberraschung. Kinder in Begleitung ihrer Angehörigen erhalten ein schönes Spielzeug.

Damen-Spangenschuhe haltbarer Lederschuh Wochenrate 1.— **8.25**

Damen-Lack-Spangen-Schuh guter Lack-Leder, geschweifter Absatz Wochenr. 1.50 **11.00**

Damen-Lack-Spangenschuhe Nubukvers. eleg. Form Wochenr. 2.— **17.25**

Herren-Halbschuhe Rindbox, derb. Strapaz.-Schuh Wochenrate 1.— **9.75**

Lack-Halbschuhe gute Paßform Wochenr. 2.— **16.50**

Tapestry-Tepp. Lachsfb. Perz. u. Blm.-Mat., 200 × 80 cm Wochr. 4.— **63.00**

Tapestry-Vorl. viel. Mat. 56 × 115 Wochenrate 1.— **9.00**

Künstl.-Gardine 3-teil., engl. Tüll, in viel. mod. Must. Wochenrate 1.— **6.50**

Wir führen: Weisswaren, Baumwollwaren, leib-, Bett-, und Tischwäsche.

KAUFHAUS

Modern

IM OSTEN: Große Frankfurter Str. 101 Ecke Krautstr. (Am Straußbergerpl.)

IM SÜDEN: Kottbuserdamm 72 Ecke Lenaustr. (Nähe Hermannpl.)

Wir führen: Woll-, u. Strickwaren, Trikotagen, Oberhemden, Strickkostüme.

Bürgerblock und soziale Fürsorge.

Wenn es zur großen Generalabrechnung mit den jetzigen Blockparteien kommt, wenn die werktätige Bevölkerung bei den kommenden Wahlen Abrechnung halten wird, dann darf die reaktionäre Einstellung der Regierungsparteien zur Sozialpolitik nicht übergangen werden. Gewiß ist, daß die Gefahr der Zoll- und Steuerpolitik der Regierungsparteien, die im wesentlichen von den Deutschnationalen diktiert wurde, an sich weitesten Volkskreisen mehr und mehr zum Bewußtsein kommt. Die Wahlen der letzten Zeit, der Ruck nach links, das dauernde Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen, berechtigen zu der Hoffnung, daß das Volk bei den nächsten großen Wahlen einen Schlußstrich ziehen wird unter die sozialreaktionäre Klassenpolitik der jetzigen Blockparteien.

Neben all den anderen Sünden darf die demagogische Einstellung der Deutschnationalen Partei gegenüber den sozial hilfsbedürftigen Schichten des deutschen Volkes nicht vergessen werden. Dabei muß an die Tatsache erinnert werden, daß es die Deutschnationale Partei war, die das Manöver in der Aufwertungsfrage mit Erfolg anwendete und tausende Wähler mit der Parole der vollen Aufwertung betrog. Erinnert muß daran werden, daß die Deutschnationale Partei, als sie 1926 in Oppositionsstellung war, mit hohen Tönen ein Kleinrentnerversorgungsgesetz verlangte. Trotzdem die Deutschnationale Partei seit Jahr und Tag als führende Regierungspartei Gelegenheit hatte, ein derartiges Gesetz einzubringen, unterblieb es bisher. Noch in der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Deutschen Reichstages vom 15. November d. J. in der die sozialdemokratischen Mitglieder die Beratung eines derartigen Gesetzes verlangten, erklärten die Regierungsparteien, daß die Regierung bisher „noch keine Zeit gehabt" habe, sich mit dem Gesetzentwurf zu beschäftigen. Später wird man erklären, daß kein Geld vorhanden sei. Es ist eben eine ewige Spekulation auf die Vergeßlichkeit der Sparerschichten, von der die Deutschnationalen leben. Unsere Parteigenossen im Sozialpolitischen Ausschuß haben daher beantragt, daß in der nächsten Sitzung der Gesetzentwurf der Deutschnationalen auf Schaffung eines Kleinrentnerversorgungsgesetzes verhandelt wird.

Die Maske der Kleinrentnerfreundlichkeit, die sich die Deutschnationalen und auch die Volksparteiler bei der Wahl 1924 aufgesetzt haben, muß herunter, und zwar zeitig genug, damit die betrogenen Kleinrentnerschichten nicht zum zweitenmal hereingelegt werden.

Ein Kapitel für sich bildet die Behandlung der zahlreichen Arbeitsinvaliden und Kriegerhinterbliebenen, die diese Kreise während der Zeit der Bürgerblockregierung erduldet haben. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion verlangten im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages die Aufhebung der sogenannten Dreiteilung der Hinterbliebenenrenten. Sie wirken darauf hin, daß die Kriegerwitwen bei zunehmendem Alter nicht in der Lage wären, sich zu der geringen Rente von 33 M. pro Monat noch etwas hinzuzuverdienen. Die Regierung anerkannte die Berechtigung der Forderung, machte sich jedoch ihre Aufgabe sehr leicht, indem sie verlangte, daß die Opposition wegen der Aufbringung der Mittel Vorschläge machen solle. Sie hatte kein Interesse daran, selbst geeignete Vorschläge zu machen.

Ein tolles Stück leistete sich die Blockregierung gegenüber den Arbeitsinvaliden und Wohlfahrtsrentnern, die auf Grund der Fürsorgegesetzgebung eine sogenannte Fürsorgerente durch die Gemeinden erhalten. Die Regierung veranlaßte, daß 25 Millionen Mark aus Reichsmitteln an eine bestimmte Kategorie von Hilfsbedürftigen durch die Gemeinden gezahlt werden mußten, und bestimmte dabei, daß beinahe 1½ Millionen Sozial- und Wohlfahrtsrentner leer ausgingen. Es war der Wille der Blockregierung, daß erstmalig seit Bestehen der Fürsorgeverordnung soziales Unrecht in der Fürsorge eingeführt wurde, daß hilfsbedürftige Rentner mit zweierlei Maß gemessen wurden, und die Aermsten der Hilfsbedürftigen nichts erhielten. Ausdrücklich schloß die Blockregierung die Sozial- und Wohlfahrtsrentner sowie Gleichgestellte von der Leistung aus, trotzdem ihr bekannt ist, daß die Schichten der Hilfsbedürftigen auf Grund der Fürsorgeverordnung gleich zu behandeln sind. Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung versucht, dieses Unrecht zu korrigieren. Sie hat es durchgesetzt, daß 1,5 Millionen Mark aus städtischen Mitteln für bedürftige Schulkinder als Weihnachtsbeihilfe zur Verfügung gestellt werden. Unsere Fraktion wird auch das Unrecht gegenüber den Sozial- und Wohlfahrtsrentnern ausgleichen: Es sollen auf Grund der vorliegenden Beschlüsse die jenigen, die in der Fürsorge stehen, genau so eine besondere Unterstützung erhalten, wie das Reich sie für die Kleinrentner auswarf. So ist wenigstens auf kommunalem Gebiet die einseitige Fürsorgepolitik der Blockparteien, die sich gegen die Aermsten richtete, gemildert.

Aber treffender wie an diesem Beispiel kann den Sozialhilfsbedürftigen nicht bewiesen werden, wie notwendig es ist, als Staatsbürger ihre Pflicht zu tun und sich einheitlich und geschlossen um die Partei des sozialen Fortschrittes, um die Sozialdemokratie, zu scharen. Verteuerung der Lebenshaltung bei niedrigen Renten, einseitige Bevorzugung einer kleinen Schicht aus politischen Gründen unter Ablehnung der Forderungen auf soziale Gerechtigkeit gegenüber den Invaliden und Kriegerhinterbliebenen haben fast zwei Millionen Staatsbürger durch die Politik der Blockparteien erdulden müssen. Wenn es zur Abrechnung kommt, dann werden auch die sozial Hilfsbedürftigen dabei sein und die Schlußquittung für das sozialreaktionäre Verhalten der Blockparteien geben.

Aus der Arbeit des Jugendamts Treptow

Das Bezirksjugendamt Treptow hat über das sechste Geschäftsjahr vom 1. April 1926 bis 31. März 1927 einen Bericht veröffentlicht. Eine Vergleichung mit dem vorhergehenden Geschäftsjahr gibt manche lehrreichen Aufschlüsse über die soziale Arbeit des Jugendamts.

Immer mehr hat das Jugendamt die vorbeugende Fürsorge entwickelt, und Erfolge dieser Bemühungen zeigen sich jetzt. Die Zahl der Fürsorgezöglinge des Bezirks Treptow sank im Berichtsjahr um 18 Prozent auf 153 (gegenüber 187 im Vorjahr). Eine Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse war nicht zu bemerken, die Minderung der Fürsorgezöglinge dürfte also, nimmt das Jugendamt an, großenteils der vorbeugenden Fürsorge und der Jugendpflege zuzuschreiben sein. Die Jugendgerichtshilfe hatte diesmal 311 Fälle (im Vorjahr 271). Aus der Mehrung um 15 Prozent Schlüsse auf die Sittlichkeit der Jugend zu ziehen, lehnt das Jugendamt ab. Die Zunahme könne auf engeres Zusammenarbeiten von Jugendamt und Gericht und auch auf schärfere Verfolgung von Verfehlungen Jugendlicher zurückzuführen sein. Sehr hoch ist die Zahl der erwerbstätigen Kinder. Die Schulen meldeten 254 Kinder (Vorjahr 261), aber die Angaben waren sicherlich lückenhaft. Bei der Mehrzahl dauerte die Arbeitszeit täglich einige Stunden, manche Kinder aber hatten sogar die entsetzlich lange Arbeitsdauer von sechs Stunden zu erdulden. Erheblich stieg die Zahl der Waisenkinder, um 44 Prozent auf 638 (Vorjahr 444). Nicht nur elternlose Kinder, sondern auch solche, deren Eltern (auch unverehelichte Mütter) sie nicht selber versorgen können, kommen in städtische Waisenpflege. Hier wird man, mit dem Jugendamt, das Mehr der Aufnahmen aus einer Steigerung der Not erklären müssen. Dasselbe gilt von der Zunahme der Amtsvormundschaften um 15½ Prozent auf 864 (Vorjahr 748). Die Psychopathenfürsorge hatte 410 Kinder zu betreuen (Vorjahr 409). An der Zahl änderte sich nichts, weil offenbar schon im Vorjahr alle in Frage kommenden Psychopathen erfaßt wurden. Die Fälle der Krüppelfürsorge stiegen um 60 Prozent (!) auf 1355 (Vorjahr nur 848). Im Berichtsjahr waren 12 Prozent aller Schulkinder des Bezirks in Krüppelfürsorge. Es handelt sich aber nicht durchweg um „Krüppel" im üblichen Sinn. Man sucht auch die ganz leichten Fälle zu erfassen, um einer Weiterentwicklung des Leidens rechtzeitig vorzubeugen.

Die Jugendpflege nach verschiedenen Richtungen hin auszubauen, wurde im letzten Jahr noch mehr als bisher versucht. Die Frühstücksgewährung, die nur noch mit städtischen Mitteln durchgeführt wird, erfaßte über 3000 Kinder, 36 Prozent aller Volksschulkinder. Eine Erholungsreise konnte durch Vermittelung des Jugendamts für 19 Prozent aller Schulkinder (Vorjahr 15½ Prozent) ermöglicht werden. Die Kinderlesehalle wurde um eine neue, in Adlershof, vermehrt. Erweitert wurde der Kindergarten in Johannisthal. Auch für die Jugendheime der schulentlassenen Jugend kamen einige Räume hinzu. Für Kinder und für Jugendliche wurden die freien Veranstaltungen der Jugendpflege vermehrt und das Wandern stärker gepflegt. Die Maßnahmen für die erwerbslose Jugend erreichten im Berichtsjahr ihren Höhepunkt. Sie werden auch nach Minderung der jugendlichen Erwerbslosen einstweilen weiterbestehen müssen.

Das Bezirksjugendamt sagt in dem Bericht, daß die hier erwähnten Fortschritte sozialer Arbeit noch nicht groß sind. Schwer leide die Jugend unter materieller Not und auch unter falscher Erziehung. Die Hilfe für die Jugend müsse noch ganz anderes leisten, wenn sie Erfolg haben soll. Das Bezirksjugendamt legt Wert auf möglichst enge Beziehungen zu den Eltern der betreuten Kinder. Sprechstunden und stark besuchte Elternversammlungen haben das Verständnis für die Arbeit des Jugendamtes gefördert und die Kindererziehung im Elternhause günstig beeinflußt.

Zum Schutz
vor Ansteckung
besonders
bei Epidemien
Formamint
Vielfachtausend von den Ärzten anerkanntes Schutz- u. Desinfektionsmittel für Mund u. Rachen, die Eingangspforte vieler Krankheitskeime, darunter der Erreger von Halsentzündungen, Grippe und anderen Infektionskrankheiten.
Erhältlich in Apotheken und Drogerien

Aus den Bezirken.

1. Bezirk — Mitte.

Der Vorsitzende, Genosse Riese, widmete dem verstorbenen ehemaligen Stadtrat und Stadtverordneten Esters einen ehrenvollen Nachruf. Sodann gelangten einige kleinere Vorlagen, unter anderem die Bewilligung eines Zuschusses für die Dampferpartie der Kleinrentner, zur Annahme. Nachdem der Haushaltsausschuß sich in 5 Sitzungen mit der Bedarfsforderung für 1928 beschäftigt hatte, fand die zweite Lesung am Mittwoch, dem 23. November, statt. Der Haushaltsausschuß hatte tüchtige Vorarbeit geleistet und bei den Kapiteln Wohnungsamt, allgemeine Wohlfahrt und Jugend- und Leibesübungen mehrere Anträge für die Bedarfsanforderung gestellt. Bei der Beratung dieser Kapitel fanden auch ziemlich lebhafte Debatten statt. Die KPD. hatte für ihre geladenen Tribünenbesucher eine Anzahl Agitationsanträge eingebracht. Unsere Genossen Brendel und Dobrohlaw brachten vor allem in der Wohnungsfrage unsere Anträge auf Bebauung des Bülowplatzes sowie die Schaffung weiterer Wohnräume für die zurzeit vorhandenen zirka 18 000 Wohnungsuchenden vor. Ferner wurde die Wiedereintragung der seinerzeit auf der Liste der Wohnungsuchenden Eingetragenen gefordert. Zur Förderung des Wohnungsbaues wurde eine Entschließung, die die Bereitstellung von Mitteln aus der Hauszinssteuer zum Wohnungsbau verlangt, angenommen. Beim Kapitel allgemeine Wohlfahrt begründete Genosse Horsch unsere Anträge auf Besserstellung aller von der Fürsorge betreuten Personen. Die KPD. trieb nun Verärgerungspolitik, indem sie bei allen Anträgen namentliche Abstimmung beantragte. Von den bürgerlichen Parteien wurde ein Antrag auf Abstimmung en bloc für den Rest der Kapitel gestellt und angenommen. Der Gesamtetat wurde damit in der Fassung des Ausschusses angenommen.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Die Bezirksversammlung vom 23. November bot nichts Besonderes auf der Tagesordnung. Eine kleine Ueberraschung gab es zu Beginn der Sitzung, als der frühere Vorsitzende der Charlottenburger KPD.-Fraktion Hesse auch das letzte Band mit der Fraktion zerschnitt und durch feierliche Erklärung das Hospitantenverhältnis, das ihm zuletzt noch hielt, aufsagte. Die Schulvorlagen gaben Anlaß, auf die trostlose Tatsache hinzuweisen, daß der Bau der Westendschule immer noch nicht begonnen und durch die neue Sperrverfügung wiederum aufgehalten sei. Vergebens bemühte sich der Stadtbaurat Winterstein, die scharfen Angriffe des Demokraten Professor Hildebrandt und unseres Genossen Kaweraü abzuwehren; er verrannte sich immer mehr in ungeschickte Entschuldigungen und zeigte von neuem, wie wenig er schwierigen Situationen gewachsen ist. Von Interesse war noch der Bericht des Ausschusses über das Arbeitsprogramm betr. Spiel- und Sportplätze in Charlottenburg: die Plätze an der Arus werden vorläufig erhalten bleiben. Der Fluchtlinienplan für Nord-Charlottenburg wanderte in einen Ausschuß, und dann folgte noch eine kurze nichtöffentliche Sitzung. — Es bleibt als bittere Erfahrung aus dieser wie mancher anderen Sitzung, daß eine Durchmusterung unserer Hochbauverwaltung in Zentralen und Bezirken dringend not tut: manche Pensionierung mit vollem Gehalt würde für die Stadt eine sehr rentable Angelegenheit sein.

11. Bezirk — Schöneberg.

Die letzte Bezirksversammlung beschäftigte sich mit der Vereinheitlichung des höheren Schulwesens. Unter anderem soll das Helmholtz-Realgymnasium in ein Reformrealgymnasium mit angegliederter Oberrealschule umgewandelt werden. Die Vorlage betreffend Angliederung eines Reformrealgymnasiums an die Hohenzollernschule — Oberrealabteilung — zog das Bezirksamt leider zurück, weil die Herren Direktoren die Reform nur vom Standpunkt ihrer Schule betrachten. Etwas mehr Energie könnte dem Schuldezernenten nicht schaden! Eine Vorlage des Bezirksamtes über Schaffung einer Entwässerungsanlage für die Bedürfnisanstalt in der Unterkunftshalle auf dem Friedhof „Blanke Hölle" fand einstimmig Annahme. Ebenso einstimmig wurde ein Antrag auf Gewährung von Fahrpreisermäßigung für Schüler über 18 Jahre angenommen. Ein Antrag der Demokraten, der die beschleunigte Errichtung der Fontaneschule forderte, brachte eine längere Aussprache. Genosse Flatau wies mit Recht darauf hin, daß die Demokraten doch viel bessere Verbindungen im Magistrat Berlin hätten und der Erfolg eines solchen Antrages auf jeden Fall in der Stadtverordnetenversammlung größer wäre. Ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion verlangt vom Bezirksamt die sofortige Schaffung einer Wärmehalle für die minderbemittelte Bevölkerung. Genosse Rathmann bemängelte, daß das Bezirksamt erst auf den vorhandenen Notstand hingewiesen werden muß. In einer Anfrage verlangte unsere Fraktion Auskunft über Mißstände im Auguste-Viktoria-Krankenhaus. Die Anfrage wird in der nächsten Sitzung verhandelt. Der Einverleibung des Rollendorfplatzes nach Schöneberg stimmte die Bezirksversammlung zu. Eine weitere Anfrage fordert vom Bezirksamt Auskunft über seine Maßnahmen zur Schaffung einer Rodelbahn für die Jugend, nachdem der Stadtpark für Rodelzwecke gesperrt worden ist. Genosse Czeminski kritisierte mit Recht mangelnde Initiative des Bezirksamts. Im Sommer sind dem Bezirksamt Mittel aus der Notstandsaktion bewilligt worden, aber die Sache sei so lange verzögert worden, bis der Magistrat die Sperrung der Mittel verfügt habe. Eine nichtöffentliche Sitzung beschäftigte sich mit Personalangelegenheiten.

17. Bezirk — Lichtenberg.

Die letzte Bezirksversammlung verabschiedete den Etat für 1928 gegen die Stimmen der KPD. Genosse Witte führte bei der Etatsberatung aus, daß der Etatsausschuß bei einzelnen Kapiteln Aenderungen beschlossen habe, durch die sich die Gesamtsumme von 30 776 210 M. um 144 120 M. erhöht. Er empfahl die Annahme des Haushaltsplanes mit den Abänderungen des Etatsausschusses. Ponsong (KPD.) kritisierte die Art der Aufstellung des Bedarfs, bezeichnete die Bezirksamtsmitglieder als „Agenten des Besitzes" und beschwerte sich über angebliche Vorenthaltung von Unterlagen. Genosse Schubart wandte sich scharf gegen die KPD., die Anträge stelle, von deren Undurchführbarkeit sie selbst von vornherein überzeugt sei. Bürgermeister Genosse Dr. Siggel wies den Vorwurf der Vorenthaltung von Unterlagen entschieden zurück. Gegen die Stimmen der KPD. wurde der Etat angenommen. Dann wurden noch einige kleinere Anträge erledigt, unter anderem ein Antrag, die Autobuslinie 19 bis Bahnhof Karlshorst und die Straßenbahnlinien 154 bis zur Herzbergstraße, 65 bis zum Röderplatz zu verlängern, angenommen. Genosse Becker begründete einen Antrag, beim Magistrat Schritte zu unternehmen, die Wohnungsuchenden, die aus Unkenntnis den im Sommer verlangten Meldebogen nicht eingereicht haben und deswegen aus der Liste auf den Wohnungsämtern gestrichen sind, wieder in diese Liste aufzunehmen. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

18 Bezirk — Weißensee.

In den Bezirksverordnetenversammlungen vom 23. und 28. November wurde über die Bedarfsanmeldung des Bezirks verhandelt. Genosse Falkenstein schilderte die Entwicklung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Die neue Eingemeindung hat sich für den 18. Bezirk überaus segensreich erwiesen. Der Etat schließt mit einem Bedarf von 13 405 000 M. ab, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet etwa 210 M. Weißensee hätte als selbständige Gemeinde nur einen Bruchteil dieser gewaltigen Leistung aufbringen können. Genosse Falkenstein ging auf die Einzelheiten der Bedarfsanmeldung ein und wies darauf hin, daß erhebliche Beträge für den Neubau bzw. Erweiterungsbau von Volksschulen, für den Ausbau der Berliner Allee und der Langhansstraße, den Erweiterungsbau des Krankenhauses, Neubau eines Hallenschwimmbades und Errichtung des Freibades am Orankesee in der Bedarfsanmeldung eingesetzt sind. Diese einmaligen Ausgaben betragen allein 5 750 000 M. Der Wohlfahrtsetat schließt mit 1,3 Millionen, etwa 25 M. auf den Kopf der Bevölkerung ab, das heißt soviel als das gesamte Steueraufkommen der Gemeinde Weißensee im Jahre 1913 betragen hat. Genosse Falkenstein erklärte, daß unsere Fraktion den Etat annehmen werde. Der Sprecher der Deutschnationalen Volkspartei erkannte die günstige Entwicklung des Bezirks durchaus an, erklärte aber, daß seine Fraktion den Etat ablehnen werde. Der Redner der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft erkannte lobend die Tätigkeit

TEILZAHLUNG
Kleinste Anzahlung, Wochenraten von 1,- an
Herren- u. Damen-Bekleidung
Herren- und Damen-Pelze
Teppiche * Läufer * Gardinen
Steppdecken * Tischwäsche * Bettwäsche
„Peca" Kottbusser Damm 79
Kein Laden

des Bezirksamts an, bemängelte einige Positionen der Grundstücksverwaltung und des Wohnungswesens, stellte aber die Annahme des Etats durch seine Freunde in Aussicht. Selbst die Kommunisten benahmen sich im Gegensatz zum vorigen Jahre sachlich. In der Einzelberatung am 28. November wurden nur einige Positionen geändert. 1000 M. für den Vaterländischen Frauenverein und 700 M. für die Unterhaltung der Denkmäler wurden gestrichen, Anträge der KPD. auf Erhöhung für Jugendpflege von 4130 auf 8000 M. und der Wöchnerinnenfürsorge von 8300 M. auf 10 000 M. (dieser Posten erhöht oder ermäßigt sich automatisch) wurden abgelehnt, ebenso ein Antrag, 1000 M. für die Rote Hilfe einzusetzen. Bei der Abstimmung über den Gesamtetat wurde dieser mit 11 gegen 9 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt. Die Deutschnationalen lehnten aus Grundsatz ab, die Kommunisten, weil die oben erwähnten Anträge abgelehnt wurden, die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft (Demokraten, Zentrum, Volkspartei und Wirtschaftspartei) enthielt sich der Stimme, weil 1000 M. für den Vaterländischen Frauenverein und 700 M. für die Unterhaltung der Denkmäler gestrichen wurden. Das nennt man verantwortungsbewußte Kommunalpolitik.

Die kommunale Politik der Partei.

Der Kreis Wilmersdorf versammelte am Mittwoch in der Aula der Hindenburg-Oberrealschule am Seepark seine Mitglieder zu einer Kreisversammlung, in der Stadtverordneter Genosse Wonwod über „Die kommunale Politik der Partei" referierte. Er gab in seinem ausführlichen Referat eine Darstellung über die Wohnungsbauprojekte, die die Berliner Stadtverordnetenversammlung in den letzten Wochen beschäftigt haben. Mehr als vor dem Kriege arbeitet die Partei heute in der Berliner Stadtverordnetenversammlung mit. Sie ist die stärkste Partei im Roten Hause. Gerade diese Vormachtstellung bedingt, daß die Genossen, die von uns in das Stadtparlament geschickt werden, alle Vorschläge und Projekte auf das Genaueste prüfen. Die Sozialdemokratie fördert den Wohnungsbau mit besten Kräften. Sie will aber unter allen Umständen verhindern, daß die Privatindustrie Millionengewinne einsteckt und der Berliner Bevölkerung Mieten abverlangt, die nicht tragbar sind. Herr Schacht hat in den letzten Wochen viel geredet, aber nicht immer Richtiges. Er sprach von der Ueberschuldung Deutschlands durch die Gemeindeanleihen, hat sich aber nicht die Mühe gegeben, einmal festzustellen, daß zum Beispiel Berlin vor dem Kriege über eine Milliarde Schulden hatte gegenüber einer Schuldenlast von 490 Millionen in den letzten Jahren. In Berlin entfallen auf den Kopf der Bevölkerung 420 Mark Schulden, in New York 900 Mark. Als zweiter Referent des Abends sprach Genosse Dr. Korach über „Pressefragen".

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der **Kinderfreunde** hatte am Dienstag abend die Helfer und Funktionäre der Partei, Jugend und Gewerkschaften im Städtischen Lichtspieltheater Neukölln, Bergstraße, versammelt, um noch einmal die Kinderrepublik Seekamp vor uns erstehen zu lassen. Nach Musikvorträgen sprach einleitend der „Präsident" der Kinderrepublik Genosse Löwenstein. Idee und Aufbau der Republik der Kinder wollte er erklären. Es wurde darüber hinaus eine begeisterte Rede vom Wollen der modernen Pädagogen, die Kindererziehung von Grund auf neuzugestalten. Die Kinder haben in diesem Zeltlager Seekamp vier Wochen gelebt. Sie wurden zu eigenen Gestaltern ihres Lebens. Die Kinder haben in diesen Wochen gelernt, wie groß die Macht einer Solidarität übenden Gruppe sein kann. Im Anschluß an die Ausführungen des Genossen Löwenstein wurde der bekannte Film „Die Kinderrepublik Seekamp" vorgeführt. Der sehenswerte Film wird an Parteiorganisationen vom Reichsbildungsausschuß ausgeliehen.

Der nächste **Volkskunstabend in Berlin-Friedrichshagen**, den die Deputation für Kunst und Bildung des Bezirks Köpenick in Verbindung mit der Kunstgemeinde Friedrichshagen veranstaltet, findet am Freitag, dem 9. Dezember, 20 Uhr, in der Aula der Friedrich-Schule in Friedrichshagen statt. Professor Max Deri wird einen Lichtbildervortrag über „Albrecht Dürers Vermächtnis" halten. Eintrittskarten 70 Pf. für Erwachsene und 50 Pf. für Schüler sind an der Abendkasse und in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben.

Buch- und Kunstausstellung in Köpenick. Das Bezirksjugendamt und die Deputation für Kunst und Bildung veranstalten vom 4. bis 11. Dezember d. J. im Bezirksverordnetensitzungssaal des Köpenicker Rathauses eine Buch- und Kunstausstellung, die werktäglich von 15 bis 20 Uhr und Sonntags von 10 bis 20 Uhr geöffnet ist. Die Ausstellung bringt auch zirka 40 zeitgemäße Oelbilder und etwa 25 Aquarelle, Zeichnungen und Graphiken, für die die Möglichkeit des Erwerbs offengehalten ist.

Arbeiter-Radioausstellung in Bohnsdorf. Am kommenden Sonntag, dem 4. Dezember, findet in Bohnsdorf im Gasthaus Vier Jahreszeiten eine größere Veranstaltung des Arbeiter-Radio-Bundes statt. Die Neuköllner Arbeiter-Funkgenossen veranstalten eine Ausstellung von selbstgebauten Empfangsgeräten, die besonders unter den Bohnsdorfer werktätigen Funkfreunden Interesse erwecken dürfte. Von 13 Uhr ab finden zwei wichtige Vorträge statt. Es spricht der technische Reichsleiter des Arbeiter-Radio-Bundes über praktische Empfangserfahrungen und der zweite Vorsitzende des Arbeiter-Radio-Bundes Wilhelm Hoffmann-Schmargendorf über Rundfunk und Arbeiterbewegung.

Kommunale Konferenz

Heute, Freitag, 2. Dez., 19 Uhr, im Zimmer 55 des Berliner Rathauses

Tagesordnung:

„Die Umbenennungen von Straßen und Plätzen Berlins."

Einladungen hierzu sind an die Beteiligten ergangen.

Das Kommunale Sekretariat des Bezirksverbandes Berlin der SPD.

Arbeitersport.

Nord-Ost-Kampfabend.

Freitag, 2. Dezember, 19½ Uhr, veranstaltet die Sportliche Vereinigung Nordost in der Königsbank, Große Frankfurter Str. 117, einen größeren Kampfabend, der mit je fünf Paarungen im Boxen, Jiu-Jitsu und Ringen wieder ein vielseitiges Programm in Aussicht stellt. Außerdem wird der mehrfache Rekordinhaber M. Lagenpusch versuchen, im Heben die bestehenden Bundesrekorde zu überbieten.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Zentrale Wien.

Abt. Charlottenburg: Freitag, 2. Dezember, 20 Uhr, Sprechstr. 30. Heiterer Abend. — **Abt. Südost:** Freitag, 2. Dezember, 20 Uhr, Reichenberger Str. 66, „König Alkohol." — **Abt. Gesundbrunnen:** Freitag, 2. Dezember, 20 Uhr, Lortzingstr. 19. Vortrag: „Arbeiterphotographie." — **Abt. Tempelhof:** Freitag, 2. Dezember, 20 Uhr, Eisenstr. 3. Geschäftliches. — **Abt. Neukölln:** Freitag, 2. Dezember, 20 Uhr, Altersheim Danziger Str. 62, Baracke 3. — **Photogemeinschaft:** Montag, 5. Dezember, 19½ Uhr, Eberstr. 12. „Die Platte während und nach der Entwicklung." — **Abt. Schöneberg:** Montag, 5. Dezember, 20 Uhr, Hauptstr. 15.

Um die Bezirksmeisterschaft.

Während im Norden noch die letzten Spiele um die Abteilungsplacierung vor sich gehen, stehen sich im Osten bereits die Abteilungsmeister der 1. Klasse um den Bezirksmeister gegenüber. Hochbetrieb herrscht auf dem Frisch-Frei-Platz in Niederschönweide, an der Gasanstalt. Um 10½ Uhr stehen sich die Mannschaften von Wildau und Senzig gegenüber. Um 12 Uhr steigt der Kampf BFB. Köpenick gegen Hertha 22. Um 2 Uhr findet dann das Spiel der beiden Abteilungsmeister Sparta und Lichtenberg 1 statt. Auf dem Spartaplatz in Lichtenberg, Hauptstraße, hat Lichtenberg III in der flinken Adlershofer Mannschaft einen ernsten Konkurrenten um die Bezirksmeisterschaft. Vorher spielen Rauldsdorf und Lichtenberg II um die eventuelle Beteiligung an der Trostrunde, Stralau hat Fröschendorf zu Gast und wird nur in erster Besetzung gewinnen. Im Norden ist Minerva in der Christianiastraße bei den Teutonen zu Gast. Auf dem Exer an der Schönhauser Allee hat Somjet Gelegenheit, durch einen Erfolg über Nordstern in der 1. Klasse zu bleiben. Sparta-Wedding spielt in Blankenburg, Pankerstraße, gegen Fichte-Gesundbrunnen. In Buch stehen sich Eberswalde und Schönholz gegenüber. Bavaria und Fichte-Nordost spielen auf dem Exer.

An **Gesellschaftsspielen** stehen folgende Treffen auf dem Programm: Velten gegen ASV. 24 (in Kremmen), Union gegen Amateure, Alemannia gegen Bernau (Christianiastraße), Birkenwerder gegen ATV. Pankow, Hansa gegen Briesetang, Elstal gegen Siemensstadt, Kelvin gegen Nauen, Eisenspalterei gegen Hennigsdorf, Blacker 24 gegen Adler 12, Britz gegen Fichte 34, Blau-Weiß gegen Adler 68, Steinfurth gegen Borussia, Sachsenhausen gegen Tegel, Nord-Oranienburg gegen Pankow 68.

Im Südwesten ist das wichtigste Treffen das Spiel zwischen Luckenwalde III und Lankwitz, Jüterbog und Berlin 12 stehen sich im Wiederholungsspiel in Treßbin gegenüber.

Beginn der Spiele um 14 Uhr, falls nichts anderes vermerkt.

Handballspiele am 4. Dezember.

In der 1. Gruppe spielen nur Sparta und Neukölln 2. Abt. um 14½ Uhr in Baumschulenweg. In der 2. Gruppe hat Nowawes Köpenick als Gast, und Fichte A. Abt. spielt um 10½ Uhr in Hohenschönhausen, Sommerstraße, gegen Rauldsdorf. In der 3. Gruppe spielen Lichtenberg-Sportler gegen Fichte 3. Abt. um 14½ Uhr im Lichtenberger Stadion und Groß-Berlin-Friedenau gegen Neukölln 1. Abt. um 14 Uhr in Friedenau, Offenbacher Str. 3a. Es fahren Schmargendorf nach Luckenwalde und in der 4. Gruppe Fichte 16. Abt. nach Klausdorf. In der 5. Gruppe findet in Reinickendorf, Scharnweberstraße, das wichtigste Spiel des Tages statt. Hier stehen sich um 14½ Uhr die beiden Platzrivalen Fichte-Nord und Groß-Berlin-Wedding 1 gegenüber. Ein scharfer Kampf um die Führung in der Gruppe ist zu erwarten. Groß-Berlin-Rosenthal spielt um 11 Uhr in Rosenthal, Hauptstraße, gegen Eiche-Tegel, und Nathenow besucht um 14½ Uhr Spandau in Spandau, Falkenhagener Chaussee. In der 6. Gruppe empfängt Brandenburg-Sportler um 11 Uhr Wittenau und um 14½ Uhr Fichte 4. Abt., Fichte 22. Abt. spielt um 14½ Uhr in Hohenschönhausen, Sommerstraße, gegen Groß-Berlin-Norden 1. An Frauenspielen finden statt: Fichte-Spielabteilung gegen Fichte 3. Abt. um 14½ Uhr und Fichte 2. Abt. gegen ASC. um 10 Uhr in Baumschulenweg. Lichtenberg 2. Abt. gegen Spandau um 15½ Uhr im Lichtenberger Stadion. Groß-Berlin-Süden gegen Neukölln 2. Abt. um 9 Uhr in Friedenau, Offenbacher Straße. Fichte-Nord gegen Fichte 9A um 10 Uhr und Groß-Berlin-Wedding gegen Fichte 5. Abt. um 9½ Uhr in Reinickendorf, Scharnweberstraße. Tegel gegen Moabit um 13½ Uhr in Tegel.

Hockeyspiele am 4. Dezember.

In der Gruppe A treffen sich der Athletik-Sportklub und ASV. Fichte-West um 13½ Uhr in der Normannenstraße. Fichte-West muß sicherer Sieger sein, da der ASC. eine zu unbeständige Spielweise zeigt. In Heinersdorf spielen der Pankower Arbeiter-Turnverein und Freie Tschft. Lichtenberg 2 I um 13½ Uhr. Pankow tritt erstmalig in veränderter, verstärkter Spielform an und kann, wenn sie sich nicht die harte Spielweise von den Lichtenbergern aufdrängen lassen, bestimmt siegen. Das schönste Spiel wird man in Charlottenburg zu sehen bekommen. Die dortige Freie Turnerschaft wird sich mit der in letzter Zeit stark verbesserten Sportl. Vereinigung Nordost messen. Immerhin geben wir den Charlottenburgern infolge ihrer beständigeren Spielform ein kleines Plus und glauben an einen knappen Sieg. Das Spiel findet um 10½ Uhr in Westend statt. In der Gruppe B tritt Zehn-Treptow zum ersten Serienspiel gegen die Freie Tschft. Charlottenburg II an. Die Treptower werden kämpfen müssen, wenn sie mit auf der Höhe bleiben wollen. Die Freie Tschft. Schmargendorf spielt um 14 Uhr gegen ASV. Fichte 12 I und wird Sieger sein. Um 10½ Uhr in der Schönhauser Allee ASV. Fichte 10 I gegen Moabit und 13½ Uhr Fichte 1 I gegen Roland. Sieger Fichte 1 I. Gruppe C: ATV. Pankow II gegen ASV. Fichte 1 II 10½ Uhr Heinersdorf. Freie Tschft. Groß-Berlin-Nordring II gegen ASC. II 12 Uhr Normannenstraße. In der Schönhauser Allee ASV. Fichte 10 II gegen SpV. Moabit II um 9 Uhr. Normannenstraße um 10½ Uhr ASC. III gegen Fichte 12 II und Fichte 10 II gegen Lichtenberg 2 II um 12 Uhr in der Schönhauser Allee. Jugend: Freie Tschft. Schmargendorf gegen SpV. Nordost und um 12½ Uhr ATV. Pankow Frauen gegen ASV. Fichte 1 Frauen.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität".

1. Bezirk. Sonntagstouren. **1. Abt.:** 16 Uhr Planetarium. Treffpunkt Bahnhof Zoo (Hauptportal). — **2. Abt.:** 13 Uhr Spandau (Zur Marktkelle). Start Dieffenbachstr. 36. — **3. Abt.:** Besuch des Zoo und Aquariums. Treffpunkt Lausitzer Platz. — **4. Abt.:** 8 Uhr Friesack (Jugendfahrt). Start Webermiese. — **5. Abt.:** 13 Uhr Adlershof (Riege). Start Landsberger Platz. — **6. Abt.:** Streifzüge durch die Jungfernheide. Start Schönhauser Allee 164. — **8. Abt.:** 13 Uhr Zehlendorf. Start Waldmeisterstr. 19. — **9. Abt.:** 13 Uhr Tour am Start Schulstr. 114. — **10. Abt.:** 13 Uhr Tour am Start Comeniusplatz. — **11. Abt.:** 14 Uhr Wittenau bei Eberhardt (Heringstour). Start Nachplatz. — **Rennfahrer, Gruppe Moabit:** 8 Uhr Trainingsfahrt Grunewald. Start Arminiusplatz.

Arbeiter-Sportvereine des Landkreises Teltow.

Alle Arbeiter-Turn- und Sportvereine des Landkreises Teltow werden aufgefordert, ihre Vorsitzenden oder deren Vertreter Sonntag, 11. Dezember, 10 Uhr, nach dem Jugendheim des Arbeiter-Sport- und Kulturkartells der Provinz Brandenburg, Berlin C 25, Landsberger Str. 62, Nähe Alexanderplatz, zu senden. Es soll dort an diesem Tage das Arbeiter-Sportkartell des Kreises Teltow errichtet werden. Zur Gründung dieses Kartells kommen nur Vereine folgender Organisationen der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege in Frage: Arbeiter-Turn- und Sportbund, Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Arbeiter-Athletenbund, Arbeiter-Samariterbund, Arbeiter-Schützenbund, Arbeiter-Schachbund, Touristenverein „Die Naturfreunde", Zentrale Wien, Verband Volksgesundheit und der Freie Seglerverband. Kein Verein darf an diesem Tage auf dieser Versammlung unvertreten sein. Es gilt, Rechte bei der Verteilung der Jugendpflegemittel festzulegen und die Jugendpflegearbeit der Vereine in der Kartellbewegung zu zentralisieren. J. A.: Oehlschläger.

Verschiedenes.

Arbeiter-Sportkartell Pankow. Montag, 5. Dezember, 19½ Uhr, Jugendheim Kissingenstraße Delegiertensitzung. Vortrag über die Volksfürsorge.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Eislaufabteilung: Jeden Sonnabend 19 Uhr im Sportpalast und bei Natureis im Friedrichshain Uebungsabend. Königstadt 3656 vorher anfragen.

Freie Schwimmer Charlottenburg 04 e. V. Freitag, 2. Dezember, 19½ Uhr, Monatssitzung bei Grimm, Kaiser-Friedrich-Str. 13.

Wassersportverein „Germania". Sitzung Freitag 20½ Uhr bei Hoffmann, Bismarckplatz 2. Gäste willkommen.

Arbeiter-Schwimmverein Welle. Heute 20 Uhr Sitzung der Mitglieder zwischen 18 und 20 Jahren Comeniusstübe, Memeler Str. 65.

Arbeiter-Radfahrerverein Groß-Berlin. Sonntag, 4. Dezember, 8 Uhr, Tour wird am Start bekanntgegeben. 13 Uhr Rauldsdorf, Gansauer. Motorfahrer dieselbe Tour; Start eine Stunde später. Start Waldemarstraße Ecke Mariannenplatz. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

O. T. 2. 10. 1922: 1815 Papiermark. Im Februar 1923 sehr schwankend, am 1. 2.: 41 500 Papiermark; 19. 2.: 19 850 Papiermark, und am 28. 2.: 21 700 Papiermark. — **O. Tr., Franzeckystraße.** In Deutschland werden amtliche Indexziffern für die Lebenshaltungskosten seit 1920 laufend veröffentlicht. Ursprünglich umfaßten sie nur Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, später wurde Bekleidung hinzugezogen, sodann auch noch „sonstige Bedürfnisse" wie Verkehr, Bildung, Reinigung. Die Grundlage bildet die regelmäßige Erhebung in 72 Gemeinden des Reichs, nach denen berechnet wird, was eine fünfköpfige Arbeiterfamilie für eine festumgrenzte Warenmenge aufzuwenden hat (Teuerungszahl). Die so errechnete Reichsteuerungszahl wird dann mit dem Stande der entsprechenden Zeit im Jahre 1913/14 in ein Verhältnis gesetzt und ergibt sodann die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.) Weiterhin trocken und ziemlich wollig, Temperaturen im Durchschnitt etwas unter Null. Mäßige Winde aus östlichen Richtungen. **Für Deutschland:** Mit Ausnahme des Nordwestens gelindes Frostwetter, wolkig, ohne wesentliche Niederschläge.

Ueberraschende Befreiung von Verdauungsstörungen

kann man sich in kurzer Zeit verschaffen, indem man einen halben Teelöffel Biserirte Magnesia in etwas warmem Wasser sofort nach dem Essen nimmt, oder jedesmal, wenn man Schmerzen fühlt. Tausende, die es versucht haben, erklären, es gibt nichts besseres als Biserirte Magnesia für Verdauungsstörungen, Magensäure und Dyspepsie. Besorgen Sie sich noch heute eine Flasche aus der Apotheke. Vergessen Sie nicht Biserirte Magnesia zu verlangen — das beste Mittel, um Schmerzen in kurzer Zeit zu stillen, wo nicht, erhalten Sie auf Verlangen Ihr Geld zurück.

Wichtig! Hüten Sie sich vor Nachahmungen und bestehen Sie darauf, nur die echte Biserirte Magnesia zu erhalten, die den Namen Bismag Ltd. London trägt.